

WIRTSCHAFT

IM SÜDWESTEN

JANUAR 2022
erscheint am 30.12.2021

Recht,
Steuern & Co.
Was 2022 Neues bringt
Seite 52

Energiewendevisionär

Bene Müller im Porträt

Verkehrsinfrastruktur

Schlüsselprojekte ausgeguckt

Unternehmenscampus

Die Fabrik Sonntag

Lieferengpässe

So hilft sich die Wirtschaft

IHK

Zeitschrift der
Industrie- und Handelskammern
Hochrhein-Bodensee
Schwarzwald-Baar-Heuberg
Südlicher Oberrhein



[Pan-, pan-]

Pan, die drei Buchstaben haben es in sich. Das griechische Präfix steht für „alles“, „gesamt“ oder „umfassend“. Umfassend ist auch sein Einsatzbereich – vom Panorama, dem Rundumblick, über die Pantomime, die alles ohne Stimme ausdrücken kann, oder die Panamericana, die von Alaska bis nach Feuerland führt, bis zur Pandemie, die gleich die ganze Menschheit im Griff hat.

Unterbrochene Lieferketten, überlastete Krankenhäuser, überforderte Bürokratien und, nicht zuletzt, der vielen Einschränkungen überdrüssige Menschen haben diese Infektionskrankheit zu einer Herausforderung für alle gesellschaftlichen Disziplinen gemacht. Wirtschaft, Kultur, Gesundheit, Bildung, Politik, Verwaltung – alle sind gefordert, nicht nur bei uns, sondern einmal rund um den Globus. Allumfassend darf auch die vom Menschen beschleunigte Erderwärmung genannt werden, der zu begegnen erst recht alle und alles fordert. Wenn es stimmt, dass der Mensch mit seinen Aufgaben wächst, dürfen wir uns auf neue Rekorde freuen.

Zu den Höhen des vergangenen Jahres zählen jedenfalls die schnelle Entwicklung von Impfstoffen und ihre Anwendung in Milliarden von Dosen. Zu den Tiefen das Leid derer, die nichts davon abbekommen haben, und die – gerade deshalb – so peinliche Debatte um den Sinn des Impfens und die angeblich bedrohte Freiheit just in den Ländern, denen der Wohlstand aus den Ohren kommt. Zu den Höhen der Klimadiskussion gehört die international geteilte Einschätzung, dass, wenn diese Erde für den Menschen bewohnbar bleiben soll, an einem Ende der fossilen Verbrennung nichts vorbeiführt, zu den Tiefen der schleppende Fortschritt bei der Umsetzung dieser Erkenntnis. Das können wir besser.

Neues Jahr, neues Glück! Und, bitte, bitte, etwas weniger Stillstand. Dafür ganz viel Mut zur Veränderung. Veränderung, die notwendig ist, wenn vieles, was wir lieben, so bleiben soll, wie es ist. Wir haben alles, was es für eine gute Zukunft braucht – die wissenschaftliche Erkenntnis, die technologischen Lösungen, die ökonomische Kraft und die Einsicht, was zu tun ist. Und was besser nicht. Was zählt, ist, dass wir damit beginnen. Jetzt. Ein ganzes, ein neues Jahr steht bereit dafür!

Redaktion, Verlag und Anzeigenverwaltung der „Wirtschaft im Südwesten“ und die Industrie- und Handelskammern im Regierungsbezirk Freiburg wünschen allen Mitgliedern, Partnern, Kunden und Lesern ein erfolgreiches Jahr 2022.

Ihr 



Bild: Herbert Weniger

Claudius Marx

Hauptgeschäftsführer der
IHK Hochrhein-Bodensee
für die Herausgeber der
Wirtschaft im Südwesten

INHALT

JANUAR

4 PANORAMA

6 > TITEL

Lieferengpässe.
So hilft sich die Wirtschaft

13 LEUTE

13 Gründer:

Andreas Klenk

> 14 Kopf des Monats:

Bene Müller

15 Ewald Grundler

Werner Späth

Simon Balk/Rainer E. Keller

Holger Klein/Peter Wohlfahrt

Johann-Martin Rogg/Michael Klein

Marius Wunder/Michael Stoevelbaek

17 REGIO REPORT

Neues aus dem IHK-Bezirk und öffentliche Bekanntmachungen

40 UNTERNEHMEN

> 40 Fabrik Sonntag

42 Amend, Advanced Unibyte

44 Energiedienst

45 Trötschler

Kompetenzzentrum Tourismus

46 Goldbeck

47 Endress + Hauser, Trumpf

> Themen der Titelseite



Aus dem Südwesten

Leuchtschilder von Westiform

Autohäuser, Tankstellen, Flughäfen und Firmen: Beleuchtung von Westiform zieren Gebäude rund um den Globus. Produziert werden sie in Ortenberg.



Bild: Benedikt Brüne

REGIO REPORT

Neues aus dem IHK-Bezirk und öffentliche Bekanntmachungen

17



Bild: Benedikt Brüne

Kopf des Monats

Bene Müller

Bene Müller, Vorstand der Solarcomplex AG aus Singen, ist ein Visionär in puncto Energiewende – und unser Kopf des Monats.

14



6

TITELTHEMA: Lieferengpässe So hilft sich die Wirtschaft

„Ausverkauft“, „nicht lieferbar“, „sorry, doppelt so teuer“ - der akute Rohstoff- und Teilemangel treibt Einkäufern gerade die Tränen in die Augen. Zeit für kreative Ideen. Unternehmen wie Zweirad Joos aus Radolfzell berichten, wie sie zurzeit Lieferengpässen begegnen.

Fabrik Sonntag Weit mehr als nur vermieten

Albert Sonntag, Margarethe Schmidt-Sonntag und Danijel Cubelic (v.l.) wollen ihren Gewerbemietern in Waldkirch mehr bieten als bloß Büroflächen.



40



Praxiswissen Das bringt 2022

Auf Unternehmen kommen in diesem Jahr diverse Änderungen zu. Ein Überblick, was sie in Sachen Recht, Steuern, Umwelt und im internationalen Geschäft wissen müssen.

52



WIS IM NETZ

Ausgewählte Inhalte, das komplette E-Magazin sowie die Regio-Reporte aller drei Kammern unter: wirtschaft-im-suedwesten.de

50 > THEMEN & TRENDS

Verkehrsinfrastruktur am Oberrhein: IHKs machen bei 20 Schlüsselprojekten mobil

52 > PRAXISWISSEN

- 52 Innovation und Umwelt
- 53 Umweltthemen im Jahr 2022
- 54 Was 2022 im internationalen Geschäftsverkehr bringt
- 56 Rechtliche Neuerungen
- 58 Das Steuerjahr 2022

68 DIE LETZTE SEITE

Aus dem Südwesten:
Leuchtschilder von Westiform

STANDARDS

- 48 Literatur
- 51 Impressum
- 60 Börsen

■ BEILAGENHINWEIS

Dieser Ausgabe ist ein Prospektinhefter der Haufe Lexware GmbH & Co. KG, Freiburg eingehftet.



Wir versuchen, unsere Texte geschlechtsneutral zu formulieren. Wenn uns dies aus Gründen der Lesbarkeit nicht möglich scheint, verwenden wir zur Bezeichnung von Personengruppen die männliche Form. Sie gilt dann im Sinne der Gleichbehandlung und ohne Wertung für alle Geschlechter.

Bild: Adobe Stock / Shutterstock



Wie digital ist die Wirtschaft in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern? Ein Blick in die Kurzfassung des Digitalisierungsindex 2021 zeigt: Sie ist Spitzenreiterin. Baden-Württemberg bildet gemeinsam mit Bayern die Bundeslandgruppe Süd, deren Indexwert bei 129,1 Punkten (Vorjahr: 111,5 Punkten) liegt und damit deutlich über dem Durchschnitt der insgesamt vier Bundeslandgruppen von 113 Punkten (Vorjahr: 100 Punkte). Dass die Wirtschaft in Baden-Württemberg und Bayern immer digitaler wird, führt der Bericht unter anderen auf die positive Entwicklung wesentlicher unternehmensinterner und -externer Kategorien zurück. Dazu zählen: Prozesse, Technische Infrastruktur, Produkte, Humankapital sowie Geschäftsmodelle. Und wie ist es in Sachen Digitalisierung allgemein um die deutsche Wirtschaft bestellt? Auch hier stehen die Zeichen auf Fortschritt, der deutschlandweite Indexwert liegt für das Erhebungsjahr 2021 bei 108 Punkten (Vorjahr: 100 Punkte). Die Kernergebnisse des Digitalisierungsindex 2021 hat das Bundeswirtschaftsministerium vergangenen November veröffentlicht, der ausführliche Ergebnisbericht ist für Anfang 2022 geplant. ks

i Die detaillierte Auswertung ist zu finden unter:
 🌐 www.de.digital
 🔍 Lagebild Digitalisierungsindex



Zahl des Monats

**129,3
Milliarden**

Euro, so hoch ist die Summe, die der Bund bis Mitte Dezember 2021 an Coronahilfen für Unternehmen ausgezahlt beziehungsweise bewilligt hat. Diese Summe ergibt sich aus Zahlen des „Dashboard Deutschland“, dem interaktiven Onlineportal des Statistischen Bundesamtes (🌐 www.dashboard-deutschland.de). Mit 59,7 Milliarden Euro belegen Zuschüsse in Form von Soforthilfen, November- und Dezemberhilfen sowie Überbrückungshilfen (I-III, III Plus, Neustarthilfe und Neustarthilfe Plus/Plus Q4) den ersten Platz unter den Finanzhilfen. Darauf folgen Kredite (KfW-Sondermaßnahmen) über 54,82 Milliarden Euro und Rekapitalisierung etwa über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds mit 8,82 Milliarden. Der geringste Teil der Gesamtsumme – 6 Milliarden Euro – entfällt auf Bürgschaften und Garantien. ks

- i** Mehr zu Coronafinanzierungshilfen: 🌐 www.suedlicher-oberrhein.ihk.de 🔍 5242798
- i** Das Rückmeldeverfahren zur Soforthilfe Corona ist bis zum **16. Januar** verlängert. 🌐 www.l-bank.de/rueckmeldeverfahren-soforthilfe

Bild: Df Studio - Adobe Stock



Homeoffice

Gerne flexibler, für weniger Gehalt

Viele Mitarbeiter schätzen es, regelmäßig von zu Hause aus zu arbeiten. Wie umfangreich sollte das Homeofficeangebot sein? Im Durchschnitt 2,9 Tage, antworteten die Teilnehmer der Konstanzer Homeofficestudie in der Befragung vom November 2021 von Florian Kunze, Professor für Organisational Studies an der Universität Konstanz, und seiner Mitarbeiterin Sophia Zimmermann. Interessant für Arbeitgeber: Immerhin etwa jeder Sechste zwischen 18 und 35 Jahren wäre bereit, im Gegenzug auf einen Teil seines Gehalts zu verzichten. Ähnlich offen für diese Variante sind die 36- bis 50-Jährigen. Produktivitätsverluste befürchten dagegen 26 Prozent der Führungskräfte. ks

i Zentrale Studienergebnisse:
 🌐 www.uni-konstanz.de
 🔍 konstanzer-homeoffice-studie

Lieferengpässe

So hilft sich die Wirtschaft

Was als Chipmangel in der Autoindustrie begann, machte sich schnell in allen Branchen breit und spitzte sich bis zum Jahresende noch zu: Lange Lieferzeiten für eine Vielzahl von Produkten und Rohstoffen, manches ist gar nicht mehr zu bekommen. Zeit für kreative Lösungen. Wir haben uns bei Unternehmen aus der Region umgehört, mit welchen Strategien sie den Problemen begegnen.



„**M**ittlerweile gibt es keinen Unternehmer mehr, der nicht von Einschränkungen berichtet“, fasst Uwe Böhm, Geschäftsführer für Internationales bei der IHK Hochrhein-Bodensee, die Treffen seines Außenwirtschaftsausschusses zusammen. „Die meisten bekommen ihre notwendigen Teile und Produkte irgendwie zusammen, aber über Termine und Preise sind die meisten schon hinweg.“ Alles dauere nicht Wochen länger, sondern Monate; Preise seien inzwischen eher zweitrangig, Hauptsache es gehe überhaupt irgendetwas. Tatsächlich mangelt es der Wirtschaft längst nicht mehr nur an Halbleitern wie noch zu Beginn der Krise. Engpässe zeigen sich inzwischen bei den unglaublichsten Produkten, mit Folgen für viele Branchen und Unternehmen. Das reicht vom Teeladen, der seine umsatzstärksten Sorten noch in einem Container auf hoher See vermutet, bis zum Schuhgeschäft, das nicht mit genügend Winterschuhen für die Kleinsten dienen kann, weil wegen der Lockdowns Produktionen ausgefallen sind. Agenturen, die Aufträge nicht abrechnen können, weil das Papier für die Werbeflyer fehlt. Fahrradläden, denen Neuware und Ersatzteile ausgehen. Autohersteller wie BMW, die ihre Fahrzeuge aktuell nur mit einer abgespeckten Chipausstattung ausliefern. Bauunternehmer, die viel zu hochwertige Abwasserrohre verbauen, nur um Projekte überhaupt voranzubringen. Die traditionsreiche Freiburger Fahrzeugmesse „Automobil 2022“, eigentlich für Anfang März angesetzt, wurde Ende Oktober abgesagt, weil es für die Autohäuser angesichts der aktuellen Lieferzeiten wenig Sinn ergibt, Neuwagen zu präsentieren.

Die Erholung kam zu schnell

So vielfältig die Mangelsituationen, so bunt ist auch der Strauß an Ursachen. „Es ist eine Gemengelage aus vielen Faktoren“, stellt Martin Schmidt, stellvertretender Geschäftsbereichsleiter für die Standortpolitik bei der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg, fest. Das reiche von Produktionsausfällen und nicht geförderten Rohstoffen wegen der



IHK Hochrhein-Bodensee:

Uwe Böhm
 ☎ 07622 3907-218
 ✉ uwe.boehm@konstanz.ihk.de

IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg:

Martin Schmidt
 ☎ 07721 922-207
 ✉ martin.schmidt@vs.ihk.de

IHK Südlicher Oberrhein:

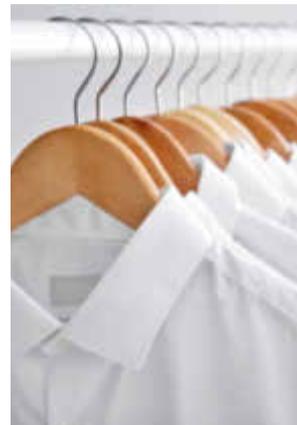
Norbert Uphues
 ☎ 0761 3858-117
 ✉ norbert.uphues@freiburg.ihk.de



Modehaus Fuchs

Mehr Hemden auf Lager

Normalerweise wird jedes weiße Herrenhemd, das **Ingo Fuchs** und seine Mitarbeiter im Modehaus Fuchs in Edingen verkaufen, automatisch nachbestellt und ist am nächsten Tag ersetzt. Denn Fuchs, der das Unternehmen in fünfter Generation führt, legt Wert darauf, dass er von Klassikern wie weißen Hemden oder dunklen Anzügen immer alle Größen vorrätig hat. Zurzeit gibt es aber immer wieder Nachschubprobleme. Denn während des ersten Coronajahrs brach die Nachfrage nach Kleidung, die zu Festen oder geschäftlichen Anlässen getragen wird, rapide ein – und die Hersteller fuhren die Produktion herunter und arbeiteten zum Teil kurz. Zuletzt stieg die Nachfrage wieder, doch die Produzenten kamen nicht hinterher. Fuchs rechnet damit, dass es noch ein paar Monate dauert, bis die Lieferketten wieder reibungslos funktionieren. Im Modehaus Fuchs, das Damen-, Herren- und junge Mode führt, merkt der Kunde davon aber nichts, denn Ingo Fuchs bestellt die Ware stets für etwa eine Woche auf Vorrat. Das ist zwar teurer – Fuchs benötigt mehr Liquidität –, aber für ihn ist es wichtiger, die Kundschaft immer bedienen zu können. Das klappt auch in anderen Bereichen, obwohl es immer wieder Lieferprobleme bei T-Shirts, Pullovern und Jeans bestimmter Marken und Farben gibt. „Da ist unser Vorteil, dass wir viele Marken führen und immer Alternativen bieten können“, sagt Fuchs. Ihm komme neben dem breiten Sortiment zugute, dass er mehrheitlich Stammkunden und langjährige Lieferanten habe und man sich gegenseitig auch in der Coronapandemie die Treue halte. Herausfordernd ist dies für ihn trotzdem. „Hätten wir nicht jahrzehntelang gut gewirtschaftet, hätten wir mehr Probleme“, sagt er. Glück im Unglück hatte Fuchs bei Winterjacken für Damen eines amerikanischen Herstellers. Dieser musste mehrere Wochen auf Reißverschlüsse aus Asien warten – und die Jacken kamen schließlich im September statt im Juli in Edingen an, aber immer noch rechtzeitig für die Wintersaison.



mae

Expert Villringer

Auch zu Alternativen beraten

Ob elektrische Zahnbürsten, Waschmaschinen, Smartphones oder PCs: „Es gibt seit dem Sommer in allen Bereichen Lieferengpässe“, sagt **Bruno Hall**, Geschäftsführer der Expert Villringer GmbH, die gleichnamige Elektrofachmärkte in Lörrach, Schopfheim, Rheinfelden und Bad Säckingen betreibt. Der promovierte Kaufmann rechnet damit, dass dies auch noch etwa ein halbes Jahr lang so bleibt. Deshalb haben Hall und seine Mitarbeiter die Art, Ware zu bestellen, geändert: „Wir kaufen nicht mehr nur den tatsächlichen Bedarf, sondern fast alles, was wir bekommen“, sagt er. „In manchen Produktbereichen haben wir unsere Warendispositionen verdreifacht.“ So hat er nicht nur genügend Ware in den Geschäften, sondern auch um etwa 20 Prozent höhere Lagerbestände, um für künftige Engpässe gerüstet zu sein. Hall ist froh, dass es dafür zurzeit günstige Kredite von der Kreditanstalt für Wiederaufbau gibt. Er arbeitet nun mit mehr Lieferanten als früher zusammen und bestellt auch neue Marken. Zum Beispiel Smartphones von asiatischen Anbietern, die in letzter Zeit auf den Markt gekommen sind, um so die Wartezeiten bei den etablierten Anbietern auszugleichen. Und auch zusätzliche Modelle von Waschmaschinen, damit immer genügend Geräte vorhanden sind – auch wenn es nicht immer die sind, die die Kunden zunächst im Auge hatten. „Unsere Aufgabe besteht dann darin, den Kunden zu erklären, warum das andere Modell die Anforderungen des Kunden in ähnlicher Weise erfüllt“, sagt Hall. „Da kommt uns unsere Beratungskompetenz zugute.“

Denn wessen Waschmaschine oder Smartphone kaputt sei, der brauche nunmal Ersatz. Wer lieber ein paar Wochen auf das neueste Modell wartet, der könne es vorbestellen. „Das machen wir viel mehr als früher“, sagt Hall. Eine weitere Herausforderung ist für ihn zurzeit die Papierknappheit, da das Unternehmen regelmäßig mit Werbebeilagen in der Presse auf seine Angebote hinweist: „Wir haben Probleme, unsere Beilagen erstellen zu lassen“, berichtet er. Daher setzt Hall nun mehr auf Onlinewerbung als er es bisher ohnehin schon getan hat. „Corona wirkt hier als Beschleuniger.“ mae



Testo

Redesign von Produkten

Ist Testo von Lieferengpässen betroffen?

Peter Kräuter, Vorstandsmittglied (CTO): Auch wir, in der Branche für Messtechnik und Sensorik, sind von Lieferengpässen und -ausfällen von elektronischen Bauteilen direkt betroffen – aktuell bei mehr als 40 unserer Produkte. Das verursacht enorme Aufwände. Die Situation ist zudem so dynamisch, dass jederzeit weitere Produkte hinzukommen könnten, was eine langfristige Planung schwer möglich macht.

Was fehlt?

Stark von den Lieferengpässen belastet ist das Produktgeschäft mit Messgeräten samt allen produktionsnahen Fachbereichen des Supply Chain Managements. Es fehlen vornehmlich aktive Komponenten wie Controller, digitale Wandler, Speicher oder auch Spannungsregler. Insbesondere Microcontroller bereiten uns aktuell große Sorgen, da diese das Herzstück jedes Testo-Messgerätes sind. Grund für die Engpässe bei diesen elektronischen Zulieferteilen ist ein Zusammenspiel aus der weltweit stark erhöhten Nachfrage aufgrund der Digitalisierung und dem schnellen Hochfahren von Industrie und Handel nach dem Covid-19-bedingten Konjunkturabschwung.

Wie stark beeinträchtigt Sie das?

Derzeit ist auf Lieferbestätigungen von Zulieferern kein Verlass, und es herrscht große Unsicherheit hinsichtlich kurzfristiger Absagen von Herstellern. Die Verfügbarkeit von Zweitlieferanten für ähnliche Bauteile ist ebenfalls stark eingeschränkt. Aufgrund des globalen Ausmaßes und dem zu beobachtenden Konfliktpotential auf dem Halbleitermarkt droht in diesem Jahr ein hohes Risiko an Umsatzausfällen. Daher ist für uns aktuell die Versorgungsabsicherung hinsichtlich Qualität und Menge, mit Blick auf unsere Produkte und die dafür benötigten Zulieferteile, eine der größten Herausforderungen.

Mit welchen Strategien arbeiten Sie dagegen an?

Bisher wurden hohe Mehrausgaben getätigt, um den Materialvorrat im Lager zu erhöhen und die Lieferfähigkeit unserer Produkte abzusichern. Bei Produkten, wo definitiv keine Komponenten – auch nicht durch erhöhte Preise – verfügbar sind, wurden umfangreiche Redesigns von elektronischen Schaltungen und Firmwareanpassungen getätigt und werden zukünftig auch weiterhin erforderlich sein.

Mit welcher „Durststrecke“ rechnen Sie?

Perspektivisch wird uns diese Krise voraussichtlich bis 2023 begleiten. Wobei Dauer und Ausmaß schwer zu prognostizieren sind, da viele Faktoren zusammenkommen und sich laufend verändern. Durch die genannten Maßnahmen und einen intensiven Dialog mit den Herstellern versuchen wir, auch in den kommenden Jahren die Lieferfähigkeit unserer Produkte aufrechtzuerhalten.

Interview: uh

› Coronalockdowns über überlastete Häfen und fehlende Speditionskapazitäten bis zur gestiegenen Nachfrage etwa durch Hamsterkäufe und der Verlagerung von Vertriebskapazitäten in Regionen, die sich schneller von Corona erholt hatten als Europa.

Ein Großteil des – ohnehin zu niedrigen – weltweiten Containerbestandes ist nach wie vor in den falschen Gewässern unterwegs. Project 44, eine Plattform für Logistikdienstleister, verzeichnet von 2019 auf 2021 neben weltweit längeren Transitzeiten auch eine deutliche Zunahme von sogenannten Container Rollovers, Frachtladungen, die aufgrund von Terminverzögerungen auf andere als die ursprünglich vorgesehenen Schiffe verladen werden müssen, und so den weltweiten Warenumsatz stören. Durch den eingeschränkten Personenreiseverkehr bleiben Flieger am Boden, und selbst die gestärkte Bahnverbindung von China nach Europa kann die fehlenden Schiffscontainerkapazitäten bei Weitem nicht ersetzen. „Die Erholung der Weltwirtschaft in diesem Umfang kam schneller als erwartet“, erklärt IHK-Experte Schmidt, „nun kommen die ohnehin auf Kante genährten Prozesse nicht hinterher.“

Aber egal, woran es im konkreten Fall letztlich liegt, Produzenten wie Händler stellen die Lieferengpässe seit Monaten vor handfeste Probleme. 88 Prozent der Unternehmen haben, so ergab eine DIHK-Umfrage im Frühherbst, mit höheren Einkaufspreisen zu kämpfen. Immerhin zwei Drittel versuchen, diese an ihre Kunden weiterzugeben. Fast ebenso viele suchen nach zusätzlichen Lie-

Ein Standard-container kostete im Dezember 9.300 US-Dollar im Mittel der acht wichtigsten Ost-West-Verbindungen. 170 Prozent mehr als in der Vorjahreswoche

Quelle: Drewry Supply Chain Advisors

UNTERSTÜTZUNG & INFORMATION

- **Kontaktstelle Lieferketten:** Die zentrale Anlaufstelle für Unternehmen aus Baden-Württemberg ist die IHK Region Stuttgart. www.stuttgart.ihk24.de ☎ 4792398
- **Blitzumfrage Lieferengpässe der DIHK:** www.dihk.de ☎ Lieferengpässe
- **Kostenloses Web-Seminar Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz:** 2. Februar, 15.30-17 Uhr, Anmeldung: www.suedlicher-oberrhein.ihk.de ☎ Veranstaltungen
- **Infos zum Lieferkettengesetz:** www.konstanz.ihk.de ☎ 5195636

Zweirad Joos

Schritt ins Risiko



Bild: Benedikt Brüne

Fahrräder, wohin man schaut. Die Verkaufshalle steht voll, auch die Zubehörregale weisen keine erkennbaren Lücken auf. Wer bei Zweirad Joos in der Radolfzeller Schützenstraße gährende Leere zu sehen glaubt, vermutet das Problem an der falschen Stelle. Denn egal ob mit oder ohne elektrische Unterstützung: Fahrräder gibt es genug. Schwierig wird's bei individuellen und kurzfristigen Kundenwünschen. Das liegt vor allem an Verzögerungen in den internationalen Lieferketten. „Besonders knapp sind Fahrradkomponenten und Ersatzteile von Shimano“, erläutert **Andreas Joos**, seit 1997 Chef des Familienunternehmens. „Während wir im Sommer im See gebadet haben, gingen in Asien einige Länder in den Lockdown, was zu vorübergehenden Schließungen der Produktionsfabriken führte“, so der 55-Jährige. Als Konsequenz entstanden weltweite Verzögerungen in den Auslieferungen, Container Routen wurden umgeplant, Frachtkosten explodierten.

Die Auswirkungen erklärt Joos am Beispiel eines neuen Mountainbikes: „Wenn ich 40 Räder geordert habe, bekomme ich 20, und ein Drittel hiervon ist schon von Kunden bestellt.“ Als sich die Entwicklung abzeichnete, hat der Firmenchef seine jährliche Vor-Order verdoppelt. Ein Schritt ins Risiko, aber: „Wenn etwa für eine Reparatur das Bremsöl fehlt, ist das ein Misserfolg auf der ganzen Linie“, sagt Joos. Verfügbarkeit gewinnt an Bedeutung zu Lasten rein betriebswirtschaftlicher Argumente. Verständlich bei 16.000 Reparaturen, die sein Unternehmen jährlich umsetzt. Mitunter spielt die Branche verkehrte Welt: So berichtet Joos von Mitbewerbern, die – um nicht auf dem Trockenen zu sitzen – Zahnkränze bei ihm zum Verkaufspreis bestellt haben statt beim Hersteller zum Einkaufspreis. Joos hat deshalb nicht nur seine Bestellmengen, sondern auch den Lieferantenpool erweitert – etwa um ein Drittel im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit. „Jeder Kanal wird genutzt“, sagt Joos. Das gilt für den Einkauf – und den Vertrieb: Der 2007 gegründete Onlineshop ermöglicht vieles. Individuelle Videoberatung, Automatisierung und Versand wie Click & Collect-Optionen. Hier findet der Kunde sein Wunschrad, nur dauert es jetzt länger, bis er es fahren kann. Deshalb empfiehlt Joos mit seinen 165 Mitarbeitern: „Frühzeitig bestellen!“ bb

IMS Gear

Mit Kunden zusammenarbeiten



Kai Konieczny im Stahlager von IMS Gear.

Von Lieferengpässen vor allem bei sogenannten High-Performance-Kunststoffen, die im Automotive-Sektor zum Einsatz kommen, aber auch bei einigen Stahlsorten, berichtet **Kai Konieczny**, Vice President Purchasing bei der IMS Gear SE & Co. KGaA mit Sitz in Donaueschingen. Das Unternehmen ist ein auf Zahnrad- und Getriebetechnik spezialisierter Automobilzulieferer mit weltweit rund 3.100 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von circa 440 Millionen Euro (2020). Preissteigerungen spürt IMS Gear ebenfalls. Konieczny berichtet beispielsweise, dass bestimmte Kunststoff- und Stahlsorten vergangenes Jahr bis zu 30 Prozent mehr gekostet haben als 2020. Er rechnet mit „teils dramatisch weiter steigenden Preisen“ 2022 – aufgrund der Energiekostenzuschläge sowie der im Aufbau begriffenen CO₂-freien Produktion von Stahl. Zudem geht er davon aus, dass auch die Rohstoffengpässe noch bis weit in das Jahr 2022 hinein anhalten werden. Was kann man bei IMS Gear dagegen tun? „Die Möglichkeiten, den Lieferengpässen und Preissteigerungen entgegenzuwirken, sind – vorsichtig ausgedrückt – sehr begrenzt“, sagt Konieczny. Im Automotivebereich seien aktuell, abhängig vom jeweiligen Rohstoff, lediglich Lieferverträge mit einer Dauer von einem bis maximal sechs Monaten realistisch machbar. Auf längerfristige Verträge lasse sich derzeit kein Anbieter ein, dazu sei die Marktlage zu volatil. Die überwiegende Mehrzahl der Lieferanten habe die zu erwartenden Engpässe bei Liefermengen und -fristen frühzeitig angekündigt. So konnte sich IMS Gear laut Konieczny darauf „flexibel einstellen“. Beispielsweise veränderte das Unternehmen die Produktionsmengen entsprechend. „Zudem nutzen wir die Möglichkeit, zusammen mit unseren Kunden auf gemeinsame Beschaffungsquellen zuzugreifen“, sagt Konieczny. Gänzlich vermeiden ließen sich temporäre Lieferengpässe allerdings nicht. mae

Trumpf

Einer für alle



Und täglich grüßt das Murmeltier. Seit Anfang September beginnen **Moritz Ziegler**s Tage immer auf dieselbe Weise: 7.30 Uhr, weltweiter Videocall mit den Einkaufsleitern aller Trumpf-Standorte samt den Vorständen fürs operative Geschäft, zur Bestandsaufnahme. Wo gehen wichtige Teile zur Neige? Wo rund um den Globus ließe sich Nachschub aufreiben? „Wir haben zwar schon im Herbst 2020, als sich die ersten coronabedingten Lieferprobleme abzeichneten, begonnen, Engpasslagen über die gesamte Gruppe zu monitoren“, berichtet Ziegler, der bei dem Ditzinger Werkzeugmaschinenhersteller Trumpf mit hiesigen Töchtern in Freiburg, Teningen und Schramberg die konzernübergreifende „Task Force Beschaffung“ leitet. „Damals schien es uns angemessen, Transparenz zu schaffen, sich alle 14 Tage zu treffen und sich bei Bedarf untereinander auszuhelfen.“ Seitdem habe sich der Mangel an Teilen und Rohstoffen rasant zugespitzt. „Dieser neuen Intensität seit Herbst begegnen wir mit täglichen Calls und vor allem, indem wir Aufgaben bündeln, um die einzelnen Tochtergesellschaften zu entlasten. Diese müssen vor allem technische Alternativen in kürzester Zeit qualifizieren“, erklärt Moritz Ziegler. So geht beispielsweise sein Team für alle Trumpf-Standorte auf die weltweite Chipsuche „und hat sich so in dem Thema eine hohe Expertise erarbeitet“ – von der gelegentlich auch Unterprioritäten mit nicht so guten Zugängen zum Brokermarkt profitieren. Droht tatsächlich irgendwo ein Bauteil auszugehen, wird konzernweit recherchiert, wer noch alternative Beziehungen hat und sich einschalten kann. uh

Straub-Verpackungen

Maximal flexibel



„Es wäre übertrieben zu sagen, dass wir aus Klopapier und Küchenrolle Verpackungen machen“, schmunzelt **Steffen Würth**, Geschäftsführer des Bräunlinger Verpackungsspezialisten Straub, um gleich wieder ernst zu werden: „Aber aktuell versuchen wir tatsächlich, alles an Materialien, was uns zur Verfügung steht, so sinnvoll wie unter diesen Umständen möglich einzusetzen, um die Balance zwischen Kundenansprüchen und Rentabilität zu halten.“ Die Verpackungsindustrie sieht sich seit Monaten doppelt herausgefordert: Erhöhte Nachfrage dank Hamsterkäufen und Onlinebestellboom trifft auf Engpässe von der Papierfaser über Kleber bis zu Transportkapazitäten. „Wir produzieren unterschiedlichste Wellpappprodukte für gewöhnlich höchst optimiert. Wenn Papierlieferungen aber einfach zwei, drei Wochen später eintreffen, ist das Gift für jede Optimierung. Dann wird man zwangsläufig jeden Tag aufs Neue kreativ und vor allem flexibel“, stellt Würth fest. Dann werden eben auch mal Aufträge vorgezogen, bei denen die Fasermischung gerade besser passt, oder man steuert notgedrungen einen höheren Anteil von teuren Primärfasern bei, wenn Recyclingmaterial partout nicht zu bekommen ist. „Immerhin schweiß es das Team noch enger zusammen“, versucht er dem täglichen Improvisieren etwas Gutes abzugewinnen. Alle müssten sich intensiver absprechen. Trotzdem wünscht sich Würth bald mal wieder eine Zeit – vielleicht im zweiten Halbjahr – zum Durchschnaufen, wo sich alles beruhigen kann. uh



Bild: Johannes Weitzel

› feranten. 43 Prozent der Firmen berichten von Umsatzausfällen, und ein Viertel musste die Produktion damals schon drosseln oder sogar stoppen.

Ob alle Unternehmen dies am Ende überstehen werden, bleibt abzuwarten. Wer stark von einem einzigen Werkstoff, Zulieferer oder Abnehmer abhängig sei, könnte ernsthaft in Schieflage geraten, schätzt IHK-Experte Martin Schmidt. Kollege Uwe Böhm sieht die hiesige mittelständische Wirtschaft im Vorteil, die schon früher auf eine Mischkalkulation mit deutschen und asiatischen Lieferanten gesetzt hat: „Das kommt denen jetzt zugute.“

Not macht erfinderisch

Das Gros der betroffenen Unternehmen hat mittlerweile Mittel und Wege gefunden, sich zu behelfen. In den Testimonials stellen Unternehmen aus der Region quer durch alle Branchen und Größenklassen ihre Strategien vor. Von einer wirklich schnellen Besserung der Lage geht indes niemand aus. „Es dauert mindestens sechs bis zwölf Monate, um eine Halbleiterfertigung aufzubauen, Chips zu produzieren und auszuliefern. Und damit wir in der zweiten Jahreshälfte eine Entlastung spüren, muss dabei alles glatt laufen“, kalkuliert zum Beispiel Moritz Ziegler, Leiter Globale Einkaufsstrategie und -steuerung beim Werkzeug-

42 Prozent länger als noch im Jahr 2019 brauchten Waren 2021 von Shanghai nach Deutschland

Quelle: Project44

maschinenhersteller Trumpf. Mit einem langfristigen Ende der globalen Arbeitsteilung und Lieferketten rechnet im Gegenzug aber auch niemand, stellt IHK-Fachmann Böhm fest: „Manches bekommen Sie einfach nur in Asien günstig. Schon wegen der Preise wird sich an den Lieferketten nicht grundlegend und dauerhaft etwas ändern. Unterm Strich hat ja alles seine Daseinsberechtigung.“

Bis der Welthandel aber wieder in ruhigerem Fahrwasser unterwegs sein wird, wird noch einiges an Wasser den Rhein hinunterfließen. Einkäufer wird vorerst weiterhin nicht der entspannteste Job der Welt sein: „Die Umstände, unter denen wir arbeiten, waren tatsächlich noch nie schwieriger. Andererseits ist unser Beitrag zur Stabilität und zum Erfolg des Unternehmens auch noch nie größer gewesen“, meint Trumpf-Mitarbeiter Ziegler. Gut dran also, wer im Moment findige Einkäufer hat. Aber auch die sind schon seit einiger Zeit nicht leicht zu finden – im weitesten Sinne auch ein schwerer Fall von Rohstoffmangel.

Ulrike Heitze

Verlag Herder

Standardmaterialien nutzen

Wie ist Herder vom Rohstoffmangel und den Lieferengpässen betroffen?

Roman Holletschek, Leiter Einkauf und Board-Mitglied: Wir spüren die Rohstoffverknappung und Produktionsengpässe in allen Bereichen. Angefangen von den Materialien und den Zusatzstoffen bei der Produktion, bis zu den fehlenden Europaletten und Seefracht-Containern bei der Logistik. Die Papierhersteller haben schon vor längerer Zeit auf den boomenden Onlinehandel reagiert und ihre Maschinen von grafischem Papier auf rentablere Verpackungspapiere umgestellt. Dieser Veränderungsprozess hat bereits vor Corona begonnen und wurde durch die Krise beschleunigt.

Welche Lösungen haben Sie dafür?

Wir arbeiten sehr agil und in Teams. Die nötigen Entscheidungen, welche Titel vorrangig produziert werden, welches Material eingesetzt wird und wo gedruckt wird, können wir so schnell fällen. Wichtig dabei ist immer, das Risiko von langen Lieferzeiten zu minimieren und flexibel sowie nach Verfügbarkeit Standardmaterialien einzusetzen. Wir halten nicht mehr Bücher vorsorglich auf Lager und wir produzieren so weit wie möglich nach dem Bedarf unserer Käuferinnen und Käufer.

Welche zeitliche Durststrecke erwarten Sie?

Eine Tendenz zur Beruhigung der globalen Marktsituation ist für mich heute noch nicht absehbar, die Durststrecke wird sich vermutlich im Jahr 2022 weiter fortsetzen. Ich denke, wir müssen uns längerfristig auf höhere Preise und Engpässe, insbesondere bei Nicht-Standardpapieren, einstellen. Mittelfristig sehe ich keine Veränderung im Beschaffungsmarkt. Interview: mae

Spiel + Freizeit Swars

Im Verbund einkaufen

Ihre Produkte für das Weihnachtsgeschäft hat **Sonja Uhl**, Inhaberin des Radolfzeller Spielwarengeschäfts Spiel + Freizeit Swars, wie immer im Februar geordert. „Normalerweise erhalten wir die Ware Ende Oktober. Aktuell sind wir aber über jedes Teil dankbar, das uns noch erreicht“, sagt die Unternehmerin im Dezember. Die Lieferprobleme betreffen die gesamte Palette – von Holzspielzeug über Kunststofftiere bis zur Modelleisenbahn. Uhl bestellt ihre Artikel bei zwei, drei Großhändlern und über den Branchenverband Idee und Spiel. Letzterer bietet den Vorteil, dass sich kleine Händler zusammenschließen und so größere Mengen abnehmen. „Das ist wichtig, da Importeure den Platz in ihren Containern meistbietend vergeben. Einzelne Produkte benötige ich aber meist nur in kleiner Stückzahl und habe daher das Nachsehen im Vergleich zu großen Onlineversandhändlern, die gerne mehr als das Hundertfache von mir ordern“, erklärt sie. Diese Konkurrenz bleibe selbst bei größeren Bestellmengen wie für das Weihnachtsgeschäft bestehen. „Da ich in Vorkasse gehen muss, kann ich auch nicht das 20-fache meines Bedarfs bestellen. Zumal mir die Lagerkapazitäten fehlen“, sagt Sonja Uhl, die ihren Kunden eine flexible Wunschliste gegen leere Gabentische unter dem Weihnachtsbaum empfohlen hat. ks





Wettbewerb

Jobmotor 2021

Sie haben 2021 Arbeitsplätze geschaffen? Oder Konzepte entwickelt, um Mitarbeitende zu finden und zu binden? Dann sollten es doch andere auch erfahren. Machen Sie mit beim Jobmotor.

Anmeldeschluss: 31. 1. 2022

Bewerben Sie sich unter:

www.badische-zeitung.de/jobmotor



Badische Zeitung





Xinevio GmbH

Gründer: Andreas Klenk (50)

Ort: Konstanz

Gründung: Oktober 2019

Branche: (IT-)Dienstleistungen

Idee: Deutsche Unternehmen bei chinesischen Touristen bekanntmachen

Xinevio informiert über deutsche Unternehmen

Wegweiser für Touristen aus China

Sie wollen deutschen Händlern und Gastronomen chinesische Kunden vermitteln, die in Deutschland Urlaub machen. Wie funktioniert das, und wie verdienen Sie damit Geld?

Wir sprechen Einzelhändler, Restaurants, Apotheken, Bekleidungsunternehmen oder Tourismusbetriebe in Deutschland an, fragen die wichtigsten Eckdaten und ihre Besonderheiten ab. Ebenfalls bitten wir sie um Bildmaterial vom Geschäft oder ihren Produkten. Daraus erstellen wir auf Chinesisch ein Onlineprofil, das auf Portalen erscheint, die chinesische Touristen für ihre Reiseplanung nutzen. Unseren Kunden berechnen wir eine Gebühr fürs Erstellen und eine Monatsgebühr fürs Bewerben des Profils.

Kommen chinesische Touristen denn nicht meist in großen Bussen mit organisierten Reisen?

Die Zahl der chinesischen Individualreisenden nimmt enorm zu. Vor Corona sind 30 bis 40 Prozent der Touristen individuell gereist, nach Corona werden es laut Studien deutlich mehr sein. Unsere Zielgruppe will sich in Deutschland frei bewegen. Und sie gibt im Urlaub bis zu 1.000 Euro am Tag aus – für Essen, Unterkunft, Sehenswürdigkeiten und Produkte, die sie für sich und ihr gesamtes Umfeld einkauft. Vieles ist in Deutschland um bis zu 30 Prozent billiger, da es in China eine Luxussteuer gibt. Die Chinesen gehen aber nicht spontan in Restaurants oder Geschäfte, sondern planen alles vorab und informieren sich über verschiedene Apps, die wir bestücken.

Sie sind 2019 mit dem Namen Asienfreunde gestartet, 2021 aber in Xinevio umfirmiert. Wie kam es dazu?

Mit unserem Angebot sind wir bislang nicht nur in Deutschland auf Interesse gestoßen, sondern auch in der Schweiz und in Österreich. Daher habe ich das Unternehmen inzwischen auf den globalen Markt ausgelegt. Da funktioniert der Name Asienfreunde nicht.

Wie kamen Sie auf Ihre Geschäftsidee?

Bis zur Firmengründung habe ich bei dem Zahlungsdienstleister Payone den Bereich Marketing verantwortet. Payone unterstützt unter anderem deutsche Einzelhandelsketten bei der Einführung von chinesischen Zahlverfahren wie Alipay oder Wechat Pay, mit denen die Touristen zahlen können. In diesen Zahlungsapps gibt es umfangreiche Marketingmöglichkeiten für das lokale Ladengeschäft. Ich dachte, es kann doch nicht sein, dass kleine Händler, Apotheken oder Restaurants nicht daran partizipieren können und sich keiner um diesen riesigen Markt kümmert. Deshalb habe ich die Firma gegründet.

Können Sie angesichts der Coronapandemie davon leben?

Momentan nicht, da der Überseetourismus noch nicht wieder angeht. Daher arbeite ich zurzeit auch für eine andere Firma im Bereich Vertrieb und Marketing. Gleichzeitig habe ich das Angebot von Xinevio erweitert. Wir unterstützen jetzt auch Unternehmen, die mit chinesischen Firmen mehr Umsatz machen wollen, indem wir für diese den Onlineauftritt und das Onlinemarketing für den chinesischen Markt übernehmen.

Wann rechnen Sie damit, dass Sie wieder wie ursprünglich geplant weitermachen können?

Aktuell gehe ich davon aus, dass wir ab Herbst 2022 wieder mit chinesischen Touristen in Deutschland rechnen können. Da diese aber ihre Reise einige Monate im Vorfeld planen, denke ich, dass die Vermarktung an stationäre Unternehmen ab Ostern 2022 wieder beginnen kann.

Interview: mae

Visionär der Energiewende



Bene Müller | Solarcomplex AG, Singen

SINGEN. Für Bene Müller ist die Shibuya-Kreuzung in Tokio ein verrückter Ort. Menschen, wohin man schaut. „Den Bahnhof Shinjuku ein paar Meter weiter nutzen täglich drei Millionen Menschen – fast so viele, wie Berlin Einwohner hat.“ Die schiere Menschenmenge ist das eine, die Videowände an den Fassaden ringsum sind das andere. Die Japaner sehen in dieser Art von Energieverschwendung offensichtlich kein Problem. Als Müller einmal in Tokio zu Vorträgen über deutsche Energieprojekte eingeladen war, fragte er seine Gastgeber: „Geht es nicht mit etwas weniger Werbung?“ Die Antwort: Kopfschütteln. Dass heute im Bürogebäude in Singen ein großformatiges Bild von der Shibuya-Kreuzung hängt, ist kein Ausweis für die Weltläufigkeit des Solarcomplex-Vorstands. Vielmehr verknüpft das Foto zwei Hauptstränge seiner Biografie. Der eine bezieht sich auf die Leidenschaft für moderne Kunst. Weil der 1965 in St. Blasien im Schwarzwald geborene Benedikt Müller nach seinem Sozialwissenschaftsstudium in Konstanz zunächst von der Kunst leben wollte, ließ er sich in den 1990er-Jahren den heutigen „Bene“ in den Ausweis eintragen – als Künstlername. Schwerpunkt erster Werkreihen waren farbintensive Bilder, mit denen er klimatische Veränderungsprozesse visualisieren wollte. „Wir Menschen sind Augenwesen“, erklärt er sein Faible für Falschfarbenbilder – Bilder, die vom natürlichen Farbeindruck abweichen und dadurch ihre besondere Wirkung entfalten.

» *Das Fachwissen kam erst mit den Jahren* «

Glücklicherweise entwickelte sich in Singen abseits der wenig einträglichen künstlerischen Produktionen („Meine Bilder haben kaum jemanden interessiert“) eine Gesprächsgruppe aus befreundeten Unternehmern und Künstlern, die sich zwei Jahre lang einmal wöchentlich traf – zum zwanglosen Austausch. Bene Müller mittendrin. „Eine Mischung aus Volksuni und Stammtisch“ sei das gewesen. Man plauderte über Gott und die Welt, schmiedete Pläne für eine bessere Zukunft, meist aber im Konjunktiv. „Künstler neigen ja zum geistigen Abheben“, erzählt Müller rückblickend. Aber aus den vielen vagen Ideen konkretisierte sich rund um den Millenniumswechsel die sehr konkrete Vision, binnen 30 Jahren in der Region am westlichen Bodensee die Energiewende umzusetzen. Also warfen 20 Menschen je 2.500 Euro in einen Topf, gründeten Ende September 2000 die Solarcomplex GmbH mit dem Ziel, erste Solarstromprojekte zu planen und zu realisieren.

„Fachwissen hatten wir kaum“, sagt Müller. „Wir waren Idealisten und haben unsere Expertise über die Jahre aufgebaut.“ Anfangs

Learning by Doing, später über die Anstellung von ausgebildeten Mitarbeitern. Die junge Firma habe Fehler gemacht – aber aus ihnen gelernt. Und auch wenn etwa für die Dachanlage auf dem Friedrich-Wöhler-Gymnasium in Singen die Ertragsprognosen anfangs danebenlagen, malte Bene Müller mit diesem Auftaktprojekt die ersten Pinselstriche zu seinem Lebenswerk als Firmenchef: Der Umbau der regionalen Energieversorgung und damit sein Beitrag zum Klimaschutz. Das zweite große Thema in Bene Müllers Leben.

Die Anfangszeit von Solarcomplex beschreibt er als Zeit der „finanziellen Selbstaubeutung“. Man habe gearbeitet, ohne etwas zu verdienen. Erst nach einem Jahr blieb etwas Geld für eine erste Aufwandsentschädigung übrig. 800 Euro. „Für mich als Künstler war das nichts Ungewohntes“, sagt er. Seine Frau Dagmar Eisenhart, mit der Müller in Rielasingen ein altes Bauernhaus umgebaut hatte, verdiente den Lebensunterhalt.

Auf Basis des Erneuerbare-Energien-Gesetzes nahm das Projektgeschäft dann Fahrt auf. Der Zulauf potenzieller Gesellschafter war enorm, ebenso die öffentliche Aufmerksamkeit. Das Interesse hielt an, auch nach der Umwandlung der Firma in eine Aktiengesellschaft im Jahr 2007. Aktuell halten 1.200 Privataktionäre ein Eigenkapital von 18 Millionen Euro. Hochfliegende Renditen verspricht Müller nicht: „Solarcomplex fährt einen dezidiert konservativen Kurs.“

Das Unternehmen behauptet sich in einer Branche, die nach einem steilen Aufstieg in den Nuller-Jahren speziell in der Solarenergie viele Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste hinnehmen musste. Die Auftragslage ist derzeit ordentlich, für Solaranlagen, Windparks sowie mit Wärmenetzen, von denen bislang 18 realisiert wurden. Gut zwei Drittel der Zeit, die sich die Visionäre aus dem Jahr 2000 für den Umbau der regionalen Energieversorgung

gegeben hatten, sind verstrichen. Heute spricht Bene Müller von einem „jugendlich naiven Ziel“, das man sich damals gesteckt habe. Der Flaschenhals, der die Energiewende bremst, sei weder das Kapital noch die fehlende Technologie, beides sei vorhanden. „Es hapert in Baden-Württemberg massiv an den Genehmigungen“, erklärt Müller. Und es fehlen Fachkräfte, Elektriker und Ingenieure etwa, die Solarcomplex reihenweise einstellen könnte.

Klar ist aber: Bene Müller wird sich weiter für den Umbau der Energieversorgung engagieren. Die Kreativität, die in ihm steckt, fließt in die Firma, nicht in neue Kunstwerke: „Wenn Sie abends nach Hause kommen, nehmen Sie keinen Pinsel mehr in die Hand.“ Zum Ausgleich wandert er mit seiner Frau im Alpsteingebirge oder greift zu Garten- statt zu Malwerkzeugen und freut sich über die Kartoffeln, die er erntet. Das Bild der Shibuya Kreuzung in Tokio bleibt für ihn ein Antreiber: Denn bei aller Bodenständigkeit und regionalen Verwurzelung ist Bene Müller auch bereit, weite Wege auf sich zu nehmen – zumindest, wenn es um die Energiewende geht. **bb**



Bild: Benedikt Brüne

STOCKACH



Besondere Ehre für **Ewald Grundler** (78): Der Seniorchef der **Obstgroßmarkt Espasingen Grundler GmbH & Co. KG** in Stockach-Espasingen hat vergangenes Jahr die Staufermedaille des Landes Baden-Württemberg erhalten. Sie wurde ihm als „Dank und Anerkennung für besondere Verdienste für unser Land Baden-Württemberg“ verliehen, wie auf der Urkunde zu lesen ist. Grundler ist Seniorchef der Firmengruppe Grundler, die

drei Obstgroßmärkte in Espasingen, Markdorf und Meckenbeuren betreibt. 1974 übernahm er von seinen Eltern den kleinen Obsthandel in Espasingen mit zwei Festangestellten sowie fünf Saisonkräften und baute ihn kontinuierlich aus. 2009 und 2010 kamen die anderen beiden Standorte dazu. Zwischenzeitlich ist die Firmengruppe Grundler nach eigenen Angaben der führende private Obstvermarkter am Bodensee mit über 100 Beschäftigten. Ewald Grundler war zudem bei der Gründung der Marktgemeinschaft Bodenseeobst und der Obst vom Bodensee Vertriebsgesellschaft maßgeblich beteiligt. Auch über seinen Beruf hinaus war und ist er engagiert: als Aufsichtsrat beziehungsweise Vorsitzender der damaligen Spar- und Kreditbank Bodman und nach der Fusion der Volksbank Überlingen. Zudem war Grundler viele Jahre Präsident des Bodensee-Hegau-Sängerbundes und 1. Vorsitzender des Segelclubs Bodman. Für sein Engagement wurde er vielfach geehrt. Das Unternehmen führen heute seine Kinder **Nico Grundler** (52), **Anke Baumgarthuber** (46) und **Fabian Grundler** (38). Gleichwohl ist der Seniorchef noch täglich im Betrieb. sum

WALDSHUT-TIENGEN



Werner Späth (31, Bild) ist der neue Eigentümer der **FAB Fördertechnik und Anlagenbau GmbH** in Waldshut-Tiengen. Er hat zuletzt als Geschäftsführer des 1974 von Anton Müller gegründeten Unternehmens gearbeitet. Wie das Unternehmen mitteilte, war die Nachfolge bereits seit längerem geplant, weshalb ein fließender Übergang möglich war. Späth, der seit 2015 im Unternehmen tätig ist, studierte nach seiner Ausbildung **BWL**, **Spedition**,

Transport und **Logistik** sowie **Unternehmensführung**. In der **FAB** war er zunächst als **kaufmännischer Leiter** und **Prokurist** tätig, bevor er 2019 zum **Geschäftsführer** ernannt wurde. Das Unternehmen beschäftigt derzeit circa 60 Mitarbeiter. ak

EMMINGEN-LIPTINGEN

Seit Juli ist **Simon Balk** (29) Geschäftsführer der **Leiber Poland GmbH** mit Sitz in Ruda Slaska. Er folgt auf **Rainer E. Keller** (64), der die operative Verantwortung des Unternehmens übernommen hat. Balk arbeitet seit zehn Jahren für Leiber Poland. Weitere Mitglieder der Geschäftsführung sind **Rolf Leiber** und **Brygida Grzyska**. Sitz des Mutterunternehmens Leiber Group ist Emmingen-Liptingen. dea

FREIBURG



Holger Klein (43, Bild links) ist seit 1. Januar neuer Geschäftsführer des **Badischen Weinbauverbandes**. Er folgt auf **Peter Wohlfahrt** (64, Bild rechts), welcher das Amt seit 2006 innehatte und der im März aus gesundheitlichen Gründen in

den Ruhestand gehen wird. Wohlfahrt war auch auf nationaler Ebene in zahlreichen Gremien aktiv und hat laut Pressemitteilung in diesen Positionen die deutsche Weinbaupolitik maßgeblich geprägt. Innerhalb Badens hat er die Schutzgemeinschaft der gU (geschützte Ursprungsbezeichnung) Baden gegründet. Wie der Verband berichtet, wurde Holger Klein in den letzten beiden Jahren von Wohlfahrt für die Nachfolge eingearbeitet und so auf seine neue Aufgabe vorbereitet. dea

FREIBURG



Nach 19 Jahren ist **Johann-Martin Rogg** (66, Bild links), Geschäftsführer der **Regiowind KG** in Freiburg, Ende vergangenen Jahres in den Ruhestand gegangen. Sein Nachfolger ist **Michael Klein** (49, Bild rechts), der bereits seit mehreren Jahren **Geschäftsführer** bei **Badenova Wärmepuls** ist. Rogg gründete 2002 zusammen mit **Andreas Markowsky** die **Regiowind KG** als Tochterunternehmen der **Badenova** und der **Ökostrom GmbH**, gemeinsam brachten sie „die Freiburger Windmühlen der Regiowind KG auf den Weg“. Mehrere Wind- und Solarprojekte in Südbaden konnten während Roggs Zeit als Geschäftsführer umgesetzt werden. ak

STEINACH



Die **Paschal-Werk G. Maier GmbH** in Steinach hat einen neuen Geschäftsführer. **Marius Wunder** (37, Bild links) wird bereits seit September als Nachfolger von **Michael Stoevelbaek** (62, Bild rechts) eingearbeitet. Stoevelbaek war seit Januar 2019 Geschäftsführer von Paschal und hat das Unternehmen laut Pressemitteilung aus privaten Gründen verlassen. Marius Wunder ist promovierter Bauingenieur mit einem zweiten Dokortitel in Wirtschaftswissenschaften. Er hat internationale Berufs- und Führungserfahrung im Bereich Beratung und Management in der Bau- und Baustoffindustrie. ak



Bilder: Halfpoint - Adobe Stock / Achim Mende

IHK-Präsident Thomas Conrady zum neuen Jahr

Helle Fenster, leere Tische

Nicht wie sonst auf dem Neujahrsempfang der IHK, sondern hier an dieser Stelle wendet sich IHK-Präsident Thomas Conrady zum Jahresbeginn an alle Mitgliedsunternehmen. Diesmal mit dem Fokus auf der Gastronomie.

Wenn Soziologen über die Gastronomie sprechen, beschreiben sie diese gerne als „dritten Ort“ der Menschen. Warum dritter Ort? Weil Restaurants, Cafés und Bars neben dem Zuhause (erster Ort) und dem Arbeitsplatz (zweiter Ort) die Bühne sind, auf der sich Freunde, Bekannte oder Familienangehörige treffen. Wir nehmen dort nicht nur Speisen und Getränke zu uns, wir lachen dort gemeinsam, wir reden über unser Leben und diskutieren über Gott und die Welt. Die Gastronomie ist ein Ort der Begegnung. Das Gegenteil von alleine sein.

Wie sehr das zutrifft, haben wir im vergangenen Sommer gespürt. Mit Händen zu greifen war die Freude, als sich die Menschen nach dem monatelangen Lockdown im Frühling endlich wieder in Restaurants und Cafés treffen konnten. Und jetzt? In der kalten Jahreszeit, an den kürzer werdenden Tagen, gerade jetzt, wo es besonders Freude macht, in das freundliche Ambiente eines Lokals einzutauchen, sind diese Orte des Zusammenkommens zwar geöffnet, aber drinnen ist es leer.



Thomas Conrady

Exponentiell steigende Inzidenzen und verschärfte Coronamaßnahmen haben uns das Ausgehen verleidet. Helle Fenster, leere Tische, überall - in Konstanz, Singen, Lörrach, Waldshut genauso wie in Schopfheim, Rheinfelden, Bad Säckingen oder Weil am Rhein.

Ich möchte meinen Beitrag für die Januarausgabe 2022 der Wirtschaft im Südwesten dazu nutzen, auf die Gastronomie aufmerksam zu machen. Denn ich glaube, dass es kaum eine Branche in dieser Pandemie schwerer hatte als sie. Seit bald zwei Jahren erleben die Unternehmerinnen und Unternehmer im Gastgewerbe einen schwer zu ertragenen Wechsel zwischen Lockdown, Öffnungen, Teilschließungen und sich ständig ändernden Coronamaßnahmen. Manch einer weiß schon nicht mehr, was schwerer zu ertragen ist - geschlossen zu sein oder geöffnet zu haben - ohne Gäste.

Verstehen Sie mich nicht falsch, viele Branchen haben schwer unter der Krise gelitten und tun es immer noch - der Einzelhandel, der Tourismus, die Hotellerie, die Kultur- und Veranstaltungsbranche und viele Dienstleistungsunternehmen, deren Geschäftsmodell den Kontakt zum Kunden voraussetzt. Auch die Industrie kämpft nach wie vor mit Lieferkettenproblemen, Versorgungsengpässen und steigenden Energie- und Rohstoffpreisen. Dennoch: Die Gastronomie steht besonders hart im Wind. Und wo sich Erholung abzeichnete, da bremsten Personalmangel und

Hygienekonzepte den Erfolg.

Ja, wir befürchten Insolvenzen - mit Auswirkungen auch für andere Branchen. Nicht erst seit der Coronakrise wissen wir, wie sehr in

INHALT



- 17** **Helle Fenster, leere Tische**
IHK-Präsident Thomas Conrady zum neuen Jahr
- 18** **Neujahrsempfänge abgesagt**
- 19** **IHK-Vollversammlung**
Positionspapier für nachhaltige Wirtschaft verabschiedet
- 21** **Das Positionspapier**
Zehn Punkte zur ökologischen Transformation
- 22** **Booster für An- und Ungelernte**
Neuer Zertifikatslehrgang für den Pharmabereich
- 23** **Außenwirtschaftsausschuss**
Über digitale Währung diskutiert
- 24** **Wirtschaft trifft Zoll**
- 25** **Vor Ort an der EU-Außengrenze**
Vertreter des Wirtschaftsministeriums zu Besuch
- 27** **Öffentliche Bekanntmachungen**
27 Beitragsordnung
27 Gebührentarif ab 2022
30 Wirtschaftssatzung der IHK
31 Einigungsstelle für 2022
- 32** **Lehrgänge und Seminare der IHK**

› Wirtschaft und Gesellschaft alles mit allem verbunden ist. Nicht nur der stationäre Einzelhandel ist auf die Gastronomie angewiesen. Ohne die Gastronomie leidet das Aufenthaltserlebnis in der gesamten Innenstadt, ohne Gastronomie gehen mit dem Ladenschluss wortwörtlich die Lichter aus. Nicht, dass wir kein Verständnis für die aktuellen Corona-Einschränkungen hätten – angesichts der Entwicklung der pandemischen Lage waren sie nicht nur abzusehen, sondern auch geboten. Wir alle müssen unsere Kontakte vorübergehend reduzieren. Auch die Gastronomie weiß das, und dennoch hat sie jedes Recht, verärgert und verzweifelt zu sein. Wie den Betrieb offenhalten, wenn keine Gäste kommen? Wie die Rechnungen bezahlen, wenn nahezu alle Reservierungen abgesagt, Weihnachtsfeiern, Hochzeiten und Familienfeste storniert werden?

Weil die Lasten dieser Pandemie nicht gleich verteilt sind, aber auch, weil es gerade ein Gebot des Anstandes und der Verantwortung jedes Einzelnen ist, unser Gesundheitssystem nicht ohne Not an den Rand der Überforderung zu bringen, meine ich, sollte sich ein jeder und eine jede fragen, ob er oder sie alles getan hat, damit es besser wird. Und dazu gehört nach allem, was wir wissen, zuvorderst das Impfen. Einmal, zweimal, dreimal. Und weiter, wenn es notwendig sein sollte. Wenn wir uns daran halten, können wir schon bald die Oberhand über das Virus gewinnen, unser aller Freiheit zurückerobern und – nicht zuletzt – unsere Restaurants, Cafés und Bars wieder so richtig bevölkern. Für das Jahr 2022 wünsche ich mir, dass alle diese Orte der Begegnung auch dann noch da sind, wenn die Temperaturen wieder steigen und die Pandemie ein geselliges Zusammensein zulässt. Vielleicht sehen wir uns.

Allen Mitgliedern der IHK Hochrhein-Bodensee wünsche ich, dass 2022 das Jahr wird, in dem wir all das zurückerlangen, was unser Leben, unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft ausmacht.

Ihr Thomas Conrady

Neujahrsempfänge in Konstanz und Schopfheim Erneut abgesagt

Aufgrund der pandemischen Lage hat sich die IHK dazu entschlossen, den Schopfheimer und den Konstanzer Neujahrsempfang für 2022 abzusagen. „Die Entscheidung ist uns nicht leichtgefallen“, sagt IHK-Präsident Thomas Conrady. Doch die Entwicklung der Pandemie lasse keine andere Erwartung zu als die, dass sich die Lage in naher Zukunft noch weiter verschärfen werde, bevor beschlossene Gegenmaßnahmen wirken und eine Entspannung eintreten könne. „In dieser nicht nur für das Gesundheitssystem und Betroffene extrem belastenden Situation ist ein Anlass der Art und Größenordnung unserer Neujahrsempfänge in Präsenz nicht angezeigt“, so Conrady. Die Neujahrsempfänge in Schopfheim und Konstanz (letzterer wird gemeinsam mit der Handwerkskammer ausgerichtet), sind wichtige gesellschaftliche Ereignisse in der Region, auf denen jährlich bedeutende Persönlichkeiten sprechen und viele Menschen aus unterschiedlichsten Bereichen und Branchen miteinander ins Gespräch kommen. Dafür gibt es in einer Pandemie nur schwer eine Alternative. Der IHK ist es dennoch wichtig, mit den Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Kultur in der Region in einem lebendigen Kontakt zu bleiben. „Wir werden uns nicht zurückziehen“, verspricht Thomas Conrady. **hw**



IHK-Vollversammlung verabschiedet Positionspapier

Für eine nachhaltige ökologische Transformation der Wirtschaft

Mit überwältigender Mehrheit haben die Mitglieder der IHK Hochrhein-Bodensee auf ihrer Wintervollversammlung Mitte Dezember einem Positionspapier zur nachhaltigen ökologischen Transformation der Wirtschaft zugestimmt. Sie fand pandemiebedingt erneut digital statt.

In unserer Sommersitzung hatten wir bereits einen ersten Entwurf dieser Positionen diskutiert. Dabei haben unsere Mitglieder unterschiedliche Aspekte aus ihren Branchen eingebracht“, sagt IHK-Präsident Thomas Conrady. „Nun haben wir uns auf zehn Punkte verständigt, wie eine ökologische Transformation technisch und wirtschaftlich, aber auch regulatorisch und sozial gelingen kann. Daraus lassen sich klare und stringente Positionen ableiten, wenn es künftig um konkrete Entscheidungen in unserer Region geht.“ Die Vollversammlung sieht es als Aufgabe ihrer Mitgliedsunternehmen, mithilfe der Wissenschaft technologische Lösungen für diese Transformation zu entwickeln und in Produkten und Dienstleistungen zur Marktreife zu führen. Sie sieht es als Aufgabe der IHK, den komplementären legislativen, administrativen und fiskalischen Handlungsrahmen einzufordern, den eine erfolgreiche Implementierung voraussetzt, und dabei die Akzeptanz der Konsumentinnen und Konsumenten, der Bürgerinnen und Bürger und der Wählerinnen und

Wähler als notwendige Voraussetzung für den Erfolg nicht aus den Augen zu verlieren.

Aus dieser Perspektive erkennen die IHK-Vollversammlungsmitglieder drei gesellschaftliche Kreise, in denen einerseits Handlungsoptionen, andererseits aber auch Verantwortung verortet werden könnten und müssten – einen wissenschaftlich/wirtschaftlichen, einen politischen/legislativen/administrativen und einen privaten der Menschen, die als Konsumentinnen und Konsumenten letztlich den Ressourcenverbrauch auslösten. „Im ersten dieser drei Kreise werden die technologischen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit entwickelt – von der Grundlagenforschung an den Hochschulen über die Innovation in den Unternehmen bis hin zu konkreten Produkten und Dienstleistungen“, erläutert IHK-Hauptgeschäftsführer Claudius Marx das Modell. „Hier werden die Wärmepumpen, die Photovoltaikmodule, die Windräder, die Speichertechnik, die Sensoren und Aktoren, die Steuerungstechnik und die Software entwickelt, produziert und permanent verbes- ➤

› sert und optimiert. Im zweiten Kreis werden die Bedingungen gesetzt, unter denen diese Technologien zum Einsatz gebracht werden können – Verbote, Erlaubnisse, Zulassungsverfahren, gesetzliche Privilegierungen, Art und Umfang des möglichen Rechtsschutzes, aber auch steuerliche Anreize, Subventionen und andere fiskalische Werkzeuge gehören hierher. Auch Anreize für das Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher können regulatorisch gesetzt und gesteuert werden. Im dritten Kreis schließlich entscheidet sich, ob eine technologische Lösung oder eine legislative Vorgabe auch Akzeptanz bei der Bevölkerung findet. Fehlt es daran, weil etwa eine Technologie auf Ängste, Ablehnung und Widerstand trifft, kann ein Veränderungsprozess leicht ins Stocken geraten. Umgekehrt gilt: Im Schnittbereich der drei Kreise, wo also die Technologie stimmt, die Administration die Implementierung fördert und schließlich die Anwender überzeugt sind, da wird die Transformation ein gesamtgesellschaftlicher Erfolg.“ Deutlich wird in den Positionen aber auch, dass Klimaschutz ungeachtet seiner enormen Bedeutung für die Menschheit nicht Gegenstand einer monothematischen Politik sein darf, so die Unternehmerinnen und Unternehmer im IHK-Bezirk Hochrhein-Bodensee. Gesamtgesellschaftliche Ziele und Aufgaben wie der soziale Ausgleich, die allgemeine Daseinsvorsorge, Generationengerechtigkeit sowie die physische und psychische

Gesundheit der Menschen, aber auch der Erhalt von Beschäftigung und Wohlstand und gesundes Wachstum müssten in allen klimapolitischen Entscheidungen mitbedacht werden, fordern sie mit einem Verweis auf die 17 Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung.

„Die Wirtschaft in unserer Region ist überdurchschnittlich exportorientiert. Ambitionierte nationale Klimaziele dürfen nicht dazu führen, dass unsere Region im internationalen Vergleich ihre Standortgunst verliert. Das nämlich wäre wenig nachhaltig“, so IHK-Präsident Conrady. Wo überambitionierte Klimaziele zu Standortverlagerungen führten, entstehe nur eine lokale „Klimaschutzillusion“ – die Emissionen fänden dann schlicht an anderen Orten statt, an denen weniger strenge Auflagen gälten. Damit sei niemandem gedient. „Damit ökologische Transformation und ökonomischer Erfolg zusammengehen, muss deshalb die nationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten werden. Technologieführerschaft ist der Königsweg für einen erfolgreichen Wandel hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Dafür braucht es Planungssicherheit und Vorhersehbarkeit politischen Handelns und eine Gesellschaft, die erkennt, dass es zu wenig ist, beim Klimaschutz immer nur auf den anderen zu zeigen. Wirtschaft, Politik und Bürger müssen ihren jeweiligen komplementären Beitrag leisten. Die Wirtschaft ist bereit dazu.“ **hw**



Die zehn Punkte zur ökologischen Transformation finden Sie rechts. Sie gibt es auch als PDF zum Download mit mehreren Grafiken unter <https://www.konstanz.ihk.de/Q/5365236> und www.wirtschaft-im-suedwesten.de/rubrik/downloads

ZEHN PUNKTE ZUR ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION

1. Der Klimawandel bezeichnet die wissenschaftlich hinreichend belegte und empirisch nachweisbare, rasante Veränderung des Weltklimas (Erderwärmung). Die Ursachen für diesen Wandel, insbesondere seine Geschwindigkeit, sind großenteils menschengemacht (Industrialisierung, exponentieller Verbrauch fossiler Energieträger der letzten 150 Jahre, Treibhausgasemissionen, insbesondere CO₂).
2. Angesichts der erwartbaren, vielerorts bereits sichtbaren Folgen des Klimawandels stehen Wirtschaft und Gesellschaft vor der doppelten Aufgabe, den globalen Temperaturanstieg einzudämmen und die Anpassung an die nicht mehr abzuwendenden Folgen des Klimawandels zu organisieren und zu finanzieren (Pariser Klimaabkommen).
3. Der Ordnungsrahmen des Klimaschutzes wird international (Pariser Abkommen), europäisch (Green Deal) und national (Klimaschutzprogramm 2030) auf unterschiedlichem Ambitionsniveau gebildet. Damit ökologische Transformation und ökonomischer Erfolg gleichwohl zusammengehen, muss die nationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten beziehungsweise hergestellt und Technologieführerschaft angestrebt werden.
4. Klimaschutz darf ungeachtet seiner enormen Bedeutung für die Menschheit nicht Gegenstand einer monothematischen Politik sein. Gesamtgesellschaftliche Ziele und Aufgaben wie der soziale Ausgleich, die allgemeine Daseinsvorsorge, der Erhalt von Beschäftigung und Wohlstand, gesundes Wachstum, Generationengerechtigkeit sowie die physische und psychische Gesundheit der Menschen müssen in allen klimapolitischen Entscheidungen mitbedacht werden. Die 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung bilden dies ab.
5. Das weltweite Emissionsgeschehen verteilt sich aktuell zu circa 30 Prozent auf China, zu 13 Prozent auf die USA, zu 9 Prozent auf die EU und zu 2 Prozent auf Deutschland. Daraus folgt nicht, dass es sinnlos wäre, Emissionen auf nationaler Ebene zu reduzieren, umso weniger, als der Pro-Kopf-Ausstoß und die kumulative historische Betrachtung ein anderes Bild der Verantwortung zeichnen. Daraus folgt indessen die Notwendigkeit, nationale Anstrengungen in internationale einzubetten und das Ziel, durch gutes Beispiel und Technologieführerschaft über die eigenen Grenzen hinaus zu wirken.
6. Emissionsminderung kann gleichermaßen technologisch wie auch durch das Verhalten jedes Einzelnen erzielt werden. Ersteres verlangt die Entwicklung und den wirtschaftlich tragfähigen Einsatz neuer technischer Lösungen, was gegebenenfalls der staatlichen Förderung bedarf, nicht dagegen der Regulierung im Sinne einer politischen Zielvorgabe (Technologieoffenheit). Letzteres verlangt einen gesellschaftlichen Konsens, der nicht verordnet werden kann, sondern Ergebnis eines offenen Diskurses sein muss.
7. Ambitionierte nationale Klimaziele dürfen nicht dazu führen, dass unsere Region im internationalen Vergleich ihre Standortgunst verliert. Standortverlagerungen in Länder mit geringeren Umweltauflagen führen zu einer „nationalen Klimaschutzillusion“. Tatsächlich verursachen sie mehr Emissionen und erhöhten logistischen Aufwand.
8. Ressourcenkonflikte lassen sich mit Instrumenten des Marktes und des Wettbewerbes effizient steuern. Beim Klimaschutz leistet dies das Europäische Emissionshandelssystem. Ein CO₂-Preismechanismus soll die externen Effekte der Emission abbilden, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Branchen zu unterlaufen. Schlichte Ge- und Verbote sind nur dann das Mittel der Wahl, wenn marktwirtschaftliche Instrumente fehlen oder versagen.
9. Investitionsentscheidungen sind ihrer Natur nach langfristig angelegt. Daraus resultiert das notorische Bedürfnis unserer Wirtschaft nach Planungssicherheit und Vorhersehbarkeit politischen Handelns. Dieses legitime Bedürfnis verlangt höchstmögliche Konstanz und Verlässlichkeit aller rechtlichen, steuerlichen, administrativen und ökonomischen Rahmenbedingungen.
10. Die Effizienz von Klimaschutzmaßnahmen nimmt regelmäßig mit zunehmender Zielerreichung ab („abnehmender Grenznutzen“). Die Klimateffizienz jedes dafür eingesetzten Euro ist deshalb sowohl unter den betroffenen Sektoren (Stromerzeugung, Industrie, Transport, Gebäude) als auch im internationalen Kontext (Anpassung ärmerer Länder, Emissionsminderung an rückständigen Standorten) ein maßgebliches Kriterium und angesichts allgemeiner Mittelknappheit auch ein ethisches Gebot.



Die Teilnehmer des ersten Zertifikatslehrgangs „Industriefachwerker Pharmazeutische Herstellung“.

Erster Zertifikatslehrgang „Industriefachwerker Pharmazeutische Herstellung“ erfolgreich beendet

Booster für An- und Ungelernte

In der pharmazeutischen Industrie sind viele Mitarbeiter eingesetzt, die aus anderen Branchen und Ausbildungsgängen kommen. Sie sind in ihrem Tätigkeitsfeld angelernt und verfügen zumeist über keine weitergehenden pharmazeutischen Grundkenntnisse. Um dies zu ändern, bietet die IHK den Zertifikatslehrgang „Industriefachwerker Pharmazeutische Herstellung“ an, der Ende 2021 zum ersten Mal in Schopfheim durchgeführt wurde.

In 180 Unterrichtsstunden erwarben die Teilnehmer darin Fachkenntnisse aus dem Ausbildungsrahmenplan „Pharmakant“, die eine wichtige Grundlage für weitere Tätigkeiten in der pharmazeutischen Fertigung und Verpackung legen. Bernhard Behle, einer der beiden Fachdozenten und ehemaliger Senior Technical Trainer beim Biotechnologie- und Pharmaunternehmen Novartis, zieht eine positive Bilanz des ersten Lehrgangs: „Die Teilnehmer sind hungrig nach den Hintergründen ihrer Arbeit, sie wollen verstehen, was sie täglich machen und die vielen Fragen, die sich im Alltag aufgetürmt haben, beantwortet wissen.“ Es sei aber nicht zu verhehlen, dass der Lehrgang die Teilnehmer auch stark forderte. „Das Wissen muss aufgenommen, verarbeitet und in insgesamt acht Tests wiedergegeben werden, um das IHK-Zertifikat zu erlangen.“



Bernhard Behle



Carina Klein



Veton Rexhepi

Inhalte sind neben der pharmazeutischen Technologie Arzneimittelkunde, Qualität und Good Manufacturing Practice sowie Konfektionierung. Es erfolgt eine kontinuierliche Lernstandskontrolle. Die Absolventen sind begeistert: Carina Klein ist ehemalige Konditorin und arbeitet jetzt bei Develco in Schopfheim. Sie freut sich darüber, dass die beiden Dozenten auf alle Fragen eingegangen sind und die Sachverhalte so lange erklärten, bis alle sie verstanden hatten. „Ich habe sehr viel Runduminformationen zu meiner Arbeit erhalten und konnte schon ab der ersten Unterrichtswoche mein Wissen anwenden.“ Ähnlich sieht es Veton Rexhepi von der Firma Glatt in Binzen: „Man geht nach dem Kurs mit einem ganz anderen Blick durchs Unternehmen“, sagt der ehemalige Fliesenleger.

Der nächste Lehrgang startet am **4. Februar** und findet 14-tägig freitags und samstags ganztags statt. Insgesamt umfasst er neun Wochenenden. Die Teilnehmer schließen mit einem IHK-Zertifikat ab. JS



Informationen und Anmeldung:

🌐 konstanz.ihk.de ☎ 143152044,

oder bei Johanna Speckmayer

☎ 07622 3907-231

✉ johanna.speckmayer@konstanz.ihk.de

Tagung des Außenwirtschaftsausschusses

Über Vor- und Nachteile von digitaler Währung

Mit den Plänen der Europäischen Zentralbank (EZB) für eine digitale Währung und mit der Kryptowährung Bitcoin beschäftigte sich der IHK-Außenwirtschaftsausschuss bei seiner Tagung im November. Einen besonderen Einblick in die Thematik gaben die beiden Ausschussmitglieder Stefan Bauknecht von der Deutschen Bank und Bernd Frei von der Sparkasse Hochrhein. Ihnen zufolge überlegt die EZB, den Euro auch als digitale Währung anzubieten. Diese könnte dann auch von Geschäftsbanken übernommen werden. Eine digitale Währung biete eine Menge Vorteile, so Bauknecht und Frei: allzeitige Verfügbarkeit, sofortige Transaktionsmöglichkeit, Kostenfreiheit und eine Gewährung der Anonymität bei Transaktionen. Es gebe allerdings auch Probleme: Themen wie Datenschutz, Schwarzgeld und Geldwäschegesetz sowie die Nichtexistenz eines regulatorischen Umfeldes bürden Risiken, wobei der Bitcoin mit großem Abstand die höchste Marktkapitalisierung aufweise. Momentan liegt dessen Kurs bei über 56.000 Euro und hat eine enorme Steigerung erfahren. Im geschäftlichen Umfeld wird momentan nicht mit digitaler Währung gearbeitet, nur in manchen japanischen Onlineshops sind bereits Bitcoins als Zahlungsmittel akzeptiert. Einen großen Nachteil des Bitcoins sehen Bauknecht und Frei in der enormen Rechenleistung und den damit verbundenen hohen Stromkosten. Momentan verbraucht das Bitcoin-System geschätzt 120 Terawattstunden Strom pro Jahr. Zum Vergleich: Mit rund 56 Terawattstunden benötigt die gesamte Schweiz knapp die Hälfte. Ein weiterer Schwerpunkt der Tagung war das Scheitern des institutionellen Rahmenabkommens zwischen der EU und der Schweiz, das vergangenen Mai für Verwirrung gesorgt hatte. Direkte Konsequenzen, beispielsweise durch die zukünftige Nichtanerkennung von technischen Zertifikaten, seien bisher nur bei den Medizinprodukten ein Thema, so Uwe Böhm, Leiter des Geschäftsfelds



Die Mitglieder des Außenwirtschaftsausschusses vor der Sedus Stoll AG in Dogern.

International bei der IHK Hochrhein-Bodensee. Die großen Verwerfungen würden erst in Zukunft auftauchen, da es sich hier um ein langsames Auseinanderdriften der technischen Normen handeln werde. Breite Anwendungen wie Maschinenbau oder Bauprodukte sowie der Datenschutz stünden erst noch bevor.

Interessante Einblicke aus Sicht eines Schweizer lieferte Stefan Forster. Er lebt in der Schweiz und ist Geschäftsführer der Hectronic GmbH mit Sitz in Bonndorf: Weil in der Schweiz alle Entscheidungen mit nationaler Tragweite sowohl vom Schweizer Volk als auch vom Ständerat getroffen werden müssen, habe der Bundesrat schlicht erkannt, dass die Vorlage keine Erfolgsaussichten mehr habe, das obligatorische Referendum zu schaffen und deshalb die Reißleine gezogen. Es bleibe nun zu hoffen, dass sich die Vertragspartner wieder an einen Tisch setzen und hier nach einer Lösung suchen. **Bö**

Kostenloses Onlineseminar

Neues vom Transparenzregister

Bisher war das Transparenzregister noch als Auffangregister ausgestaltet. Eine Meldung des wirtschaftlich Berechtigten an das Transparenzregister war deshalb in der Regel entbehrlich, soweit bereits ausreichende Registerpublizität vorlag. Mit der Novelle des Geldwäschegesetzes (GwG) ist das Transparenzregister seit dem 1. August vergangenen Jahres zu einem Vollregister geworden. Nahezu jede deutsche Gesellschaft sowie auch ausländische Gesellschaften, die direkt oder indirekt Grundeigentum in Deutschland erwerben, müssen nun ihre wirtschaftlich Berechtigten an das Transparenzregister melden. Gleichzeitig wird auch die Bußgeldpraxis des für die Überwachung zuständigen Bundesverwaltungsamts zunehmend schärfer. Bei Verstößen drohen

empfindliche Sanktionen. Unternehmen sind deshalb dringend angehalten, ihre Transparenzregister-Compliance zu überprüfen und an die neue Rechtslage anzupassen.

 Weitere Informationen und Anmeldung unter www.konstanz.ihk.de Q 143157971

In dem Onlineseminar „Neues vom Transparenzregister“ der IHK Hochrhein-Bodensee vermitteln die Rechtsanwälte Rolf Stagat und Stefan Jäkel von den GKD Rechtsanwälten aus Konstanz die gesetzlichen Grundlagen und erklären, wer transparenzpflichtig ist, wer jeweils als wirtschaftlich Berechtigter anzusehen ist, wie der Eintragungsprozess von Meldungen von wirtschaftlich Berechtigten abläuft und wie Einsichtnahmen und Unstimmigkeitsmeldungen funktionieren.

Das Seminar ist eine kostenlose Onlineveranstaltung. Es findet statt am Dienstag, 1. Februar, von 18 bis 19.30 Uhr. **TV**

Veranstaltung

„Wirtschaft trifft Zoll“

Und wieder machte Corona der sonst traditionell im großen Kreis in Präsenz stattfindenden Veranstaltung „Wirtschaft trifft Zoll“ einen Strich durch die Rechnung. Kurzfristig mussten die in der Stadthalle Schopfheim und Rielasingen-Worblingen vorgesehenen persönlichen Treffen zwischen der deutschen und der schweizerischen Zollverwaltung sowie den Unternehmen der Region online durchgeführt werden. Innerhalb kürzester Zeit wurden die Veranstaltungen umorganisiert, mit erfreulich großer Resonanz und Teilnehmerzahlen von insgesamt über 150. Die Teilnehmer erfuhren in der Onlineveranstaltung aus erster Hand von den Neuerungen an der deutsch-schweizerischen Grenze und beim Zoll. Schwerpunkte waren dabei neben den Besonderheiten des Freihandelsabkommens und der Lieferantenerklärungen auch Themen wie Rückwaren, vorübergehende



Bild: studio v-zwoelf - Adobe Stock

Verwendung und das Verfahren Import-One-Stop-Shop, aber auch die Besonderheiten an den Grenzübergängen. Die Schweizer Zollverwaltung berichtete über die ersten positiven Erfahrungen zum Thema DaZit, der nach und nach vollständigen Digitalisierung der Zollabwicklung. Das Ziel ist, dass Lkw über ein sogenanntes Geofencing-System digital erfasst werden, sodass die Fahrer den Lkw nicht mehr verlassen müssen, sondern direkt die Grenze passieren können. Allerdings bleibt dieses vorerst noch Zukunftsmusik, da analog auch die europäischen Systeme angepasst werden müssten. Davon ist absehbar nicht auszugehen. Weitere Themen waren die weitreichenden Änderungen bei den Zolltarifnummern ab 2022, aber auch das Scheitern des Institutionellen Rahmenabkommens zwischen der EU und der Schweiz. **Bö**



Die Unterlagen der Veranstaltung unter www.konstanz.ihk.de ☎ 4200090

Vertreter des Wirtschaftsministeriums besuchen deutsch-schweizerische Grenzregion

Herausforderung der EU-Außengrenze erlebt

Die deutsch-schweizerische Grenze ist gleichzeitig eine EU-Außengrenze und birgt damit viele Besonderheiten. Da diese insbesondere die wirtschaftliche Verflechtung beider Länder betreffen, stoßen sie auch beim Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg immer wieder auf großes Interesse. Um sich ein Bild davon zu machen, besuchten der Referatsleiter für den Standort Baden-Württemberg Thomas Schwara und die für die Schweiz zuständige Referentin Ines Steinhauser vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg vor Kurzem die Region. Den Besuch angeregt hatte Uwe Böhm, der Leiter des Geschäftsfelds International bei der IHK Hochrhein-Bodensee, anlässlich des trinationalen Europakongresses in Basel.

Der erste Weg von Schwara und Steinhauser führte an die größte EU-Straßenaußengrenze Weil am Rhein-Autobahn. Bei Gesprächen mit der deutschen und schweizerischen Zollverwaltung informierten sie sich zum Stand der Zoll-Digitalisierung und zur möglichen Entlastung der Zollverwaltung durch elektronische Ausfuhrkassenzettel. Das Thema Ausfuhrkassenzettel wurde auch im nächsten Gespräch wieder aufgegriffen: Beim Besuch von Hieber´s Frische Center in Grenzach betonten Seniorchef Jörg Hieber und Geschäftsführer Norbert Schöffel, wie abhängig der Erfolg ihrer Geschäfte von der schweizerischen Kundschaft ist und wie wichtig es deshalb sei, Grenzschießungen wie während des ersten Lock-downs in Zukunft unbedingt zu vermeiden.

Zum Thema Dienstleistungserbringung in der Schweiz stand ein Austausch im Möbelhaus Seipp Wohnen in Tiengen auf der Agenda. Das Möbelhaus liefert viele Möbel in die Schweiz. Dabei fallen immer wieder Montagedienstleistungen an. Wie hoch dabei die bürokratischen Hürden sind, machte der Geschäftsführer Jochen Seipp den beiden Vertretern des Wirtschaftsministeriums deutlich. Die nächsten Gesprächspartner waren der Geschäftsführer Joachim Maier und der Technische Vertriebsleiter Rolf Beckert von der Wefa Inotec GmbH in Singen sowie IHK-Präsident Thomas Conrady. Sie berichteten aus eigener Erfahrung über die unterschiedlichen Standortbedingungen in Deutschland und der Schweiz – in unmittelbarer Nähe, im schweizerischen Thayngen, ist ein weiteres Produktionswerk von Wefa vorhanden.



Vor der Wefa in Singen: Wefa-Vertriebsleiter Rolf Beckert, Ines Steinhauser und Thomas Schwara vom Wirtschaftsministerium, IHK-Präsident Thomas Conrady und Uwe Böhm, Leiter des Geschäftsfelds International bei der IHK (von links).

Auch die anstehende Problematik für Medizinprodukte und die gegenseitige Anerkennung EU-Schweiz wurde angesprochen. Ein Nebeneffekt der Fahrt von West nach Ost war auch ein Eindruck der Verkehrsinfrastruktur, die fehlende Autobahn, aber auch die Stausituation vor den Grenzübergängen. **Bö**

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Beitragsordnung

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Hochrhein-Bodensee hat in Ihrer Sitzung vom 14. Dezember 2021 die nachfolgenden Änderungen der Beitragsordnung beschlossen:

§ 6 Berechnung des Grundbeitrags

- (1) Der Grundbeitrag kann gestaffelt werden. Zu den Staffelungskriterien gehören insbesondere Art und Umfang sowie die Leistungskraft des Gewerbebetriebes. Berücksichtigt werden können dabei der Gewerbebeitrag, die Handelsregisterertrags, das Erfordernis eines in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetriebs, der Umsatz, die Bilanzsumme und die Arbeitnehmerzahl. Die Staffelung und die Höhe der Grundbeiträge legt die Vollversammlung in der Wirtschaftssatzung fest.
- (2) Der Grundbeitrag wird als Jahresbeitrag erhoben. Er ist auch dann in voller Höhe zu entrichten, wenn der gewerbliche Betrieb oder seine Betriebsstätten nicht im ganzen Erhebungszeitraum oder nur mit einem Betriebsteil beitragspflichtig sind. Besteht die Beitragspflicht im Erhebungszeitraum nicht länger als sechs Monate, kann auf Antrag von der Erhebung des Grundbeitrags ganz oder teilweise abgesehen werden.

§ 22 Inkrafttreten

Die Beitragsordnung tritt am 1. Januar 2022 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Beitragsordnung vom 27. November 2017 außer Kraft. Für die Festsetzung/Berichtigung von Beiträgen aus Haus-

haltungsjahren vor dem 1. Januar 2022 gilt die Beitragsordnung in der vor dem 1. Januar 2022 geltenden Fassung.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg hat die Änderung der Beitragsordnung mit Schreiben vom 16. Dezember 2021, Aktenzeichen WM42-42-367/87, gemäß § 11 Abs. 2 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (IHKG) vom 18. Dezember 1956 (BGBl. I. S. 920), zuletzt geändert durch Artikel 1 des zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 7. August 2021 (BGBl. I. S. 3306) genehmigt.

Die Änderung der Beitragsordnung wurde am 17. Dezember 2021 ausgefertigt und im Mitteilungsblatt „Wirtschaft im Südwesten“ veröffentlicht.

Konstanz, 17. Dezember 2021

gez.
Der Präsident
Thomas Conrady

gez.
Der Hauptgeschäftsführer
Prof. Dr. Claudius Marx

Gebührentarif ab 1. Januar 2022

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee hat in ihrer Sitzung am 14. Dezember 2021 gem. den §§ 3 und 4 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 18. Dezember 1956 (BGBl. I, 920), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 7. August 2021 (BGBl. I S. 3306) und gem. § 4 Abs. 2 b) der Satzung der IHK Hochrhein-Bodensee vom 19. April 2021 sowie gem. § 1 Abs. 1 der Gebührenordnung der IHK Hochrhein-Bodensee vom 28. November 2007 den Gebührentarif wie folgt neu gefasst:

				EUR
			Zuschlag für nicht IHK-Zugehörige	
1. Außenwirtschaft / International				
		EUR	EUR	
1.1	Ausstellen eines Carnets			
	für Mitglieder bis zu 5 Reisen	73,00*		
	für Mitglieder ab 6 Reisen	91,00*		
	*) auch für Mitglieder der Handwerkskammer für nicht IHK-Zugehörige	138,00		
1.2	Nachbearbeitung eines Carnets	37,00		
1.3	Regulierung nicht ordnungsgemäß abgefertigter Carnets	63,00		
1.4	Ausstellen von Ursprungszeugnissen sowie dem Wirtschaftsverkehr dienenden Bescheinigungen inklusive bis drei Kopien	18,00		
	für jede, ab 4. Kopie	3,00		
1.5	Ausstellung von elektronischen Ursprungszeugnissen	18,00		
1.6	Ausstellung von Ursprungszeugnissen mit erhöhtem Aufwand	20,00-50,00		
1.7	Elektronische Ausstellung von dem Wirtschaftsverkehr dienenden Bescheinigungen	18,00		
2. Berufliche Bildung				
2.1	Berufsausbildung und Umschulung			
2.1.1	Betreuung eines Berufsausbildungs- oder Umschulungsverhältnisses:			
	Pauschalgebühr für die Eintragung und Prüfungen in allen Ausbildungsberufen, die nicht unter die Ausnahmen 2.1.1.1 und 2.1.1.2 fallen	360,00	125,00	
2.1.1.1	Berufskraftfahrer	600,00	165,00	
2.1.1.2	Hotel- und Gastronomieberufe	360,00	125,00	
2.1.2	Bei Auflösung eines Berufsausbildungs- oder Umschulungsverhältnisses ermäßigt sich die Gebühr:			
	a) vor Beginn der Ausbildung auf	70,00	20,00	
	b) innerhalb der Probezeit auf	70,00	20,00	
	c) bis zur ersten Teil- oder Zwischenprüfung auf	50%		
2.1.3	Übernahme eines Auszubildenden nach abgelegter erster Teil- oder Zwischenprüfung oder in einem aufbauenden Ausbildungsvertrag			50%
2.1.4	Abschlussprüfung nach Zulassung in besonderen Fällen (§ 45 Abs. 2 BBiG) in allen Ausbildungsberufen, die nicht unter die Ausnahmen 2.1.4.1 oder 2.1.4.2 fallen			300,00
2.1.4.1	Berufskraftfahrer			600,00
2.1.4.2	Hotel- und Gastronomieberufe			350,00
2.2	Sonderfälle Ausbildung / Umschulung			
	Umschulungsverhältnisse, die nicht im Rahmen der Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg und den Kammern über die gemeinsamen Abschlussprüfungen gem. § 34 BBiG abgewickelt werden, werden behandelt wie nicht IHK-Zugehörige unter 2.1.1			
2.2.2	Wiederholung einer Abschluss- oder Umschulungsprüfung			265,00
2.2.2.1	Wiederholung des praktischen Prüfungsteils Berufskraftfahrer			530,00
2.2.3	Prüfungsgebühr für Zusatzqualifikationen (ZQ) für Auszubildende, die nicht unter 2.2.3.1 fallen			50,00
2.2.3.1	Prüfungsgebühr Internationales Wirtschaftsmanagement (IWM)			300,00
2.2.4	Wiederholungsprüfung in einer Zusatzqualifikation			50%
2.3	Weiterbildung			
2.3.1	Prüfungen gem. § 4 Ausbilder-Eignungsverordnung und Wiederholungsprüfungen			
	a) Gesamtprüfung			170,00 – 300,00
	b) mündlicher Prüfungsteil			85,00 – 150,00
	c) schriftlicher Prüfungsteil			85,00 – 150,00
2.3.2	Prüfungsgebühr für die Durchführung von Fortbildungsprüfungen			
	a) Wirtschaftsbezogene Qualifikationen/Fachrichtungsübergreifende Basisqualifikationen/Grundlegende Qualifikationen			300,00 – 500,00
	b) Technische Qualifikationen			300,00 – 500,00
	c) Handlungsspezifische und spezielle Qualifikationen			390,00 – 500,00
2.3.3	Sonstige Fortbildungsprüfungen teilweise mit Projektarbeiten und/oder aufwendigem Fachgespräch			300,00 – 1.200,00
2.3.4	Wiederholung einer Fortbildungsprüfung nach 2.3.2			
	a) pro Prüfungsteil			300,00 – 500,00
	b) bei einzelnen Prüfungsfächern pro Prüfungsteil anteilig nach Anzahl der Prüfungsfächer			60,00 – 240,00
2.3.5	Wiederholung einer Fortbildungsprüfung nach 2.3.3			100,00 – 1.200,00
2.4	Ersatzausfertigungen / Gleichwertigkeitsbescheinigung / verspätete Anmeldung			
2.4.1	Ersatzausfertigung von Prüfungsdokumenten			80,00

*redaktioneller Hinweis: Die ICC-Gebühr wird als Auslagensatz – derzeit 8,- EUR – zzgl. USt. erhoben.

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

	EUR		EUR
2.4.2	Übersetzung eines Zeugnisses	50,00	
2.4.3	Zusatzbearbeitungsgebühr bei verspäteter Anmeldung zur Weiterbildungsprüfung	50,00	
2.5	Rücktritt/Widerspruch		
2.5.1	Rücktritt von einer Prüfung		
	a) bei Rücktritt von der Prüfung einen Tag vor der Prüfung	Volle Gebühr	
	b) bei Rücktritt von der Prüfung 7 Arbeitstage vor der Prüfung	75%	
	c) bei Rücktritt von der Prüfung 14 Arbeitstage vor der Prüfung	50%	
2.5.2	Zurückweisung eines Widerspruchs oder Rücknahme eines Widerspruchs durch den Antragsteller, nachdem mit der sachlichen Bearbeitung begonnen wurde	50,00 – 200,00	
3. Handel und Dienstleistungen			
3.1	Unterrichtungsverfahren im Gaststättengewerbe		
3.1.1	Unterrichtung im Gaststättengewerbe	90,00	
3.1.2	Ausstellung von Ersatzbescheinigungen über die Teilnahme am Unterrichtsverfahren	30,00	
3.1.3	Einzelunterricht	375,00	
3.1.4	Bescheinigung über die Befreiung vom Unterrichtsverfahren aufgrund besonderer Qualifikation	40,00	
3.2	Bewachungsgewerbe		
3.2.1	Sachkundeprüfung Bewachungsgewerbe	150,00 – 300,00	
3.2.2	Rücktritt von einer Sachkundeprüfung:		
	a) bei Rücktritt von der Prüfung einen Tag vor der Prüfung	Volle Gebühr	
	b) bei Rücktritt von der Prüfung 7 Arbeitstage vor der Prüfung	75 %	
	c) bei Rücktritt von der Prüfung 14 Arbeitstage vor der Prüfung	50 %	
3.2.3	Unterrichtsverfahren im Bewachungsgewerbe für unselbstständiges Bewachungspersonal	425,00	
3.2.4	Ausstellung von Ersatzbescheinigungen über die Teilnahme am Unterrichtsverfahren	30,00	
4. Recht			
4.1	Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen		
4.1.1	Bearbeitung eines Antrags auf öffentliche Bestellung und Entscheidung darüber	550,00	
4.1.2	Bearbeitung eines Antrags auf Erweiterung des Fachgebiets und Entscheidung darüber	240,00	
4.1.3	Öffentliche Bestellung und Vereidigung	370,00	
4.1.4	Bearbeitung eines Antrags auf erneute Bestellung	300,00 – 600,00	
4.1.5	Widerspruchsgebühr (bei Zurückweisung des Widerspruchs)		
	- im Fall 4.1.1	330,00	
	- im Fall 4.1.2 und 4.1.4	165,00	
4.2	Erlaubnis- und Registrierungsverfahren für Versicherungsvermittler		
4.2.1	Erlaubnisverfahren	300,00 – 400,00	
4.2.2	Erlaubnisbefreiung	175,00	
4.2.3	Ersatzausstellung Gewerbeerlaubnis	45,00	
4.2.4	Rücknahme/Widerruf einer Erlaubnis oder Erlaubnisbefreiung	150,00 – 250,00	
4.2.5	Registrierung	45,00	
4.2.6	Ergänzung/Änderung Registerdaten außerhalb Gewerbeanzeige	45,00	
4.2.7	Eintragung/Veränderung der (beabsichtigten) Betätigung in anderem EU- oder EWR-Staat (pro Staat) und Änderungen der Registerdaten, soweit für die IHK eine Pflicht zur Weiterleitung der Information besteht	45,00	
4.2.8	Schriftliche Auskünfte aus dem Register	45,00	
4.2.9	Prüfung nach § 15 VersVermV	150,00 – 400,00	
4.2.10	Überprüfung der Erlaubnis- bzw. Erlaubnisbefreiungsvoraussetzungen infolge personenbezogener Änderungen	100,00	
4.2.11	Überprüfung der Erlaubnisvoraussetzungen infolge Änderung/Beendigung Vermögensschadenshaftpflichtversicherung	45,00	
4.2.12	Anforderung der Weiterbildungsnachweise	45,00	
4.3	Erlaubnis- und Registrierungsverfahren für Finanzanlagenvermittler und Honorar-Finanzanlagenberater		
4.3.1	Erlaubnisverfahren	300,00 – 400,00	
4.3.2	Durchführung des Erlaubnisverfahrens unter Vorlage der bisherigen Erlaubnis nach § 34 f Abs. 1 S. 1 Nr. 2 oder 3 GewO	50,00	
4.3.3	Erweiterung/Reduzierung der bestehenden Erlaubnis gem. § 34 f GewO oder § 34 h GewO um eine oder mehrere Kategorien	50,00 – 250,00	
4.3.4	Ersatzausstellung Gewerbeerlaubnis	45,00	
4.3.5	Rücknahme/Widerruf einer Erlaubnis	150,00 – 250,00	
4.3.6	Entgegennahme und Durchsicht des Prüfberichtes nach § 24 Abs. 1 FinVermV	45,00 – 200,00	
4.3.7	Anforderung des Prüfberichtes gem. § 24 Abs. 1 FinVermV	50,00 – 100,00	
4.3.8	Ergänzung/Änderung der Registerdaten außerhalb Gewerbeanzeige	45,00	
4.3.9	Schriftliche Auskünfte aus dem Register	45,00	
4.3.10	Prüfung nach § 24 Abs. 2 FinVermV	150,00 – 400,00	
4.3.11	Überprüfung der Erlaubnisvoraussetzungen infolge personenbezogener Änderungen	100,00	
4.3.12	Überprüfung der Erlaubnisvoraussetzungen infolge Änderung/Beendigung Vermögensschadenshaftpflichtversicherung	45,00	
4.3.13	Registrierung	45,00	
4.3.14	Registrierung von beschäftigten Personen (je Person)	45,00	
4.4	Erlaubnis- und Registrierungsverfahren für Immobiliendarlehensvermittler		
4.4.1	Erlaubnisverfahren	300,00 – 400,00	
4.4.2	Durchführung des Erlaubnisverfahrens unter Vorlage der bisherigen Erlaubnis nach § 34 c Abs. 1 S. 1 Nr. 1 und 2 GewO	125,00	
4.4.3	Ersatzausstellung Gewerbeerlaubnis	45,00	
4.4.4	Rücknahme/Widerruf einer Erlaubnis	150,00 – 250,00	
4.4.5	Überprüfung der Erlaubnisvoraussetzungen infolge personenbezogener Änderungen	100,00	
4.4.6	Überprüfung der Erlaubnisvoraussetzungen infolge Änderung/Beendigung Vermögensschadenshaftpflichtversicherung	45,00	
4.4.7	Registrierung	45,00	
4.4.8	Registrierung von beschäftigten Personen (je Person)	45,00	
4.4.9	Ergänzung/Änderung der Registerdaten außerhalb der Gewerbeanzeige	45,00	
4.4.10	Schriftliche Auskünfte aus dem Register	45,00	
4.4.11	Prüfungen nach § 15 Abs. 1 ImmVermV	150,00 – 400,00	
4.4.12	Registrierung einer Zulassung als Immobiliendarlehensvermittler in einem anderen EU- oder EWR-Staat (pro Staat)	45,00	
4.5	Erlaubnisverfahren für Immobilienmakler, Darlehensvermittler, Bauträger, Baubetreuer, Wohnimmobilienverwalter		
4.5.1	Erlaubnisverfahren	300,00 – 400,00	
4.5.2	Erweiterung/Reduzierung der bestehenden Erlaubnis gem. § 34 c GewO um eine oder mehrere Kategorien	50,00 – 250,00	
4.5.3	Ersatzausstellung Gewerbeerlaubnis	45,00	
4.5.4	Rücknahme/Widerruf einer Erlaubnis	150,00 – 250,00	
4.5.5	Entgegennahme und Durchsicht des Prüfberichtes nach § 16 Abs. 1 MaBV	45,00 – 200,00	
4.5.6	Anforderung des Prüfberichtes nach § 16 Abs. 1 MaBV	50,00 – 100,00	
4.5.7	Prüfung nach § 16 Abs. 2 MaBV	150,00 – 400,00	
4.5.8	Überprüfung der Erlaubnisvoraussetzungen infolge personenbezogener Änderungen	100,00	
4.5.9	Überprüfung der Erlaubnisvoraussetzungen infolge Änderung/Beendigung Vermögensschadenshaftpflichtversicherung	45,00	
4.5.10	Anforderung der Weiterbildungsnachweise nach § 15 b Abs. 3 MaBV	45,00	
5. Umwelt			
5.1	Maßnahmen im Rahmen der Wahrnehmung der Aufgaben der Register führenden Stelle nach Kapitel 2 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 und §§ 32 – 36 des Umwelt-Audit-Gesetzes (UAG)		
5.1.1	Erstmalige Eintragung einer Organisation in das Register	470,00 – 930,00	
5.1.2	Ergänzung der Eintragung um einen neuen, bisher noch nicht in das Umweltmanagement der Organisation einbezogenen Standort oder Teilstandort	100,00 – 510,00	
5.1.3	Prüfung der Voraussetzungen für den Bestand der Eintragung nach Ablauf der Frist zur Vorlage einer neuen Umwelterklärung	275,00 – 510,00	
5.1.4	Eintragung nach vorübergehender Aufhebung oder Streichung der Eintragung	470,00 – 930,00	

	EUR		EUR
5.1.5	Im Widerspruchsverfahren bei Zurückweisung des Widerspruchs	Die Gebühr beträgt das 1,5-fache der vollen Amtshandlungsgebühr	
5.1.6	Hat eine Organisation eine Mehrzahl von Standorten, auch im europäischen Ausland, kann die Register führende Stelle wegen eines daraus resultierenden Mehraufwands die in Nrn. 5.1.1 bis 5.1.5 genannten Gebühren um bis zu 25 v. H. je zusätzlichem Standort überschreiten		
6. Verkehr			
6.1	Gefahrgutfahrerschulung gem. GGvSE/ADR		
6.1.1	Anerkennung eines Lehrganges		
	a) für den ersten Kursteil	700,00	
	b) für jeden weiteren Kursteil	260,00	
6.1.2	Wiedererteilung der Anerkennung		
	a) für den ersten Kursteil	260,00	
	b) für jeden weiteren Kursteil	200,00	
6.1.3	Modifikation einer Anerkennung	50,00 – 255,00	
6.1.4	Prüfung für Gefahrgutfahrer je Kurs	80,00	
6.1.5	Lehrgangsbetreuung je Kurs	150,00	
6.1.6	Ersatzausstellung einer ADR-Bescheinigung	30,00	
6.1.7	Umschreibung von ADR-Bescheinigungen anderer Behörden	60,00	
6.2	Gefahrgutbeauftragtenschulung gem. GbV		
6.2.1	Anerkennung eines Lehrganges		
	a) für den ersten Verkehrsträger	700,00	
	b) für jeden weiteren Verkehrsträger	370,00	
6.2.2	Wiedererteilung der Anerkennung		
	a) für den ersten Verkehrsträger	470,00	
	b) für jeden weiteren Verkehrsträger	200,00	
6.2.3	Modifikation einer Anerkennung	50,00 – 255,00	
6.2.4	Prüfung für Gefahrgutbeauftragte	180,00	
6.2.5	Ersatzausstellung eines Schulungsnachweises	55,00	
6.3	Erwerb der Grundqualifikation der Fahrer im Güterkraft- und Personenverkehr: beschleunigte Grundqualifikation		
6.3.1	Regelprüfung	150,00	
6.3.2	Prüfung Quereinsteiger	130,00	
6.3.3	Prüfung Umsteiger	130,00	
6.3.4	Ersatzausstellung einer Bescheinigung	55,00	
6.3.5	Sonderkosten für Zusatzprüfung	125,00 – 150,00	
6.4	Fachkundenachweise nach dem Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) und nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG)		
6.4.1	Fachkundenachweise nach GüKG		270,00
6.4.2	Fachkundenachweise nach PBefG		220,00
6.4.3	Prüfung einer Vortätigkeit		100,00
6.4.4	Bestätigung aufgrund eines gleichwertigen Ausbildungsabschlusses		40,00
6.4.5	Ersatzausstellung eines Fachkundenachweises		30,00
6.4.6	Umschreibung eines beschränkten Fachkundenachweises		30,00
7. Zentrale Dienste			
	Mahngebühren		
7.1	Mahnung		15,00
7.2	Beitreibung		55,00
Der Gebührentarif tritt zum 1. Januar 2022 in Kraft.			
Konstanz/Schopfheim, 14. Dezember 2021			
IHK Hochrhein-Bodensee			
gez.		gez.	
Der Präsident		Der Hauptgeschäftsführer	
Thomas Conrady		Prof. Dr. Claudius Marx	
Er ist mit Bescheid vom 16. Dezember 2021, Aktenzeichen WM42-42-367/86 durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg im Einvernehmen mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg genehmigt worden.			
Der vorstehende Gebührentarif wird hiermit ausgefertigt und im Mitteilungsblatt „Wirtschaft im Südwesten“ veröffentlicht.			
Konstanz, 17. Dezember 2021			
IHK Hochrhein-Bodensee			
gez.		gez.	
Der Präsident		Der Hauptgeschäftsführer	
Thomas Conrady		Prof. Dr. Claudius Marx	

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Wirtschaftssatzung der IHK Hochrhein-Bodensee für das Geschäftsjahr 2022

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee hat am 14. Dezember 2021 gemäß den §§ 3 und 4 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 18. Dezember 1956 (BGBl. I S. 920), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 7. August 2021 (BGBl. I S. 3306) und der Beitragsordnung vom 27. November 2017, folgende Wirtschaftssatzung für das Geschäftsjahr 2022 (1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022) beschlossen:

I. Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan wird

1. In der Plan-Gewinn-und-Verlust-Rechnung (Plan-GuV) mit der Summe der Erträge in Höhe von	14.253.000 EUR
mit der Summe der Aufwendungen in Höhe von	14.697.000 EUR
mit dem Saldo der Rücklagenveränderung in Höhe von	-444.000 EUR
2. Im Finanzplan mit der Summe der Investitionseinzahlungen in Höhe von	0 EUR
mit der Summe der Investitionsauszahlungen in Höhe von	897.000 EUR
mit der Summe der Einzahlungen in Höhe von	2.646.000 EUR
mit der Summe der Auszahlungen in Höhe von	897.000 EUR

festgestellt.

II. Gesamtdeckungsfähigkeit / Übertragbarkeit / Bewirtschaftungsvermerk

Die Personalaufwendungen und alle übrigen Aufwendungen werden insgesamt für gegenseitig deckungsfähig erklärt (§11 Abs. 3 Finanzstatut).

Die Investitionsausgaben werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt (§ 11 Abs. 4 Finanzstatut).

Die Investitionsauszahlungen werden für übertragbar erklärt (§12 Abs. 5 Finanzstatut). Die Vollversammlung nimmt von der Wiederanlage der Fondserträge bei thesaurierenden Fonds zustimmend Kenntnis.

III. Beitrag

1. Von nicht im Handelsregister eingetragenen natürlichen Personen und Personengesellschaften und von eingetragenen Vereinen, wenn nach Art oder Umfang ein in kaufmännischer Weise eingerichteter Geschäftsbetrieb nicht erforderlich ist, wird kein Beitrag erhoben, sofern deren Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, 5.200 EUR nicht übersteigt.

Nicht im Handelsregister eingetragene natürliche Personen, die ihr Gewerbe nach dem 31. Dezember 2003 angezeigt und in den letzten fünf Wirtschaftsjahren vor ihrer Betriebseröffnung weder Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbstständiger Arbeit erzielt haben noch an einer Kapitalgesellschaft mittelbar oder unmittelbar zu mehr als einem Zehntel beteiligt waren, sind für das Geschäftsjahr der IHK, in dem die Betriebseröffnung erfolgt, und in dem darauf folgenden Jahr von Grundbeitrag und Umlage, im dritten und vierten Jahr von der Umlage befreit, wenn ihr Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, 25.000 EUR nicht übersteigt.

2. Als Grundbeiträge werden erhoben von
- 2.1 IHK-Zugehörigen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind und deren Gewerbebetrieb nach Art oder Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erfordert,
- | | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------|
| a) bei einem Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, von mehr als 5.200 EUR bis einschließlich 24.500 EUR (soweit nicht die Befreiung nach III. Ziff. 1. Abs. 2 eingreift) | 65 EUR |
| b) bei einem Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, von mehr als 24.500 EUR bis einschließlich 100.000 EUR (soweit nicht die Befreiung nach III. Ziff. 1. Abs. 2 eingreift) | 130 EUR |
| c) bei einem Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, von mehr als 100.000 EUR bis einschließlich 250.000 EUR | 260 EUR |
| d) bei einem Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, von mehr als 250.000 EUR bis einschließlich 500.000 EUR | 415 EUR |
| e) bei einem Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, von mehr als 500.000 EUR | 815 EUR |
- 2.2 IHK-Zugehörigen, die im Handelsregister eingetragen sind oder deren Gewerbebetrieb nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert,
- | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------|
| a) vorbehaltlich der nachfolgenden Regelungen g) bis j) mit einem Verlust oder mit einem Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, bis einschließlich 24.500 EUR | 230 EUR |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------|

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|
| b) vorbehaltlich der nachfolgenden Regelungen g) bis j) mit einem Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, von mehr als 24.500 EUR bis einschließlich 120.000 EUR | 260 EUR |
| c) vorbehaltlich der nachfolgenden Regelungen g) bis j) mit einem Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, von mehr als 120.000 EUR bis einschließlich 250.000 EUR | 350 EUR |
| d) vorbehaltlich der nachfolgenden Regelungen g) bis j) mit einem Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, von mehr als 250.000 EUR bis einschließlich 500.000 EUR | 500 EUR |
| e) vorbehaltlich der nachfolgenden Regelungen g) bis j) mit einem Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, von mehr als 500.000 EUR bis einschließlich 1.000.000 EUR | 900 EUR |
| f) vorbehaltlich der nachfolgenden Regelungen g) bis j) mit einem Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, von mehr als 1.000.000 EUR | 1.150 EUR |
| g) wenn mindestens zwei der folgenden drei Kriterien überschritten werden:
12.780.000 EUR Bilanzsumme
38.350.000 EUR Umsatzerlöse
250 Beschäftigte im Jahresdurchschnitt | 2.700 EUR |
| h) wenn mindestens zwei der folgenden drei Kriterien überschritten werden:
25.560.000 EUR Bilanzsumme
76.700.000 EUR Umsatzerlöse
500 Beschäftigte im Jahresdurchschnitt | 5.400 EUR |
| i) wenn mindestens zwei der folgenden drei Kriterien überschritten werden:
51.120.000 EUR Bilanzsumme
153.400.000 EUR Umsatzerlöse
750 Beschäftigte im Jahresdurchschnitt | 10.800 EUR |
| j) wenn mindestens zwei der folgenden drei Kriterien überschritten werden:
102.240.000 EUR Bilanzsumme
306.800.000 EUR Umsatzerlöse
1.000 Beschäftigte im Jahresdurchschnitt | 16.000 EUR |
- k) Die Anzahl der Beschäftigten errechnet sich aus dem Jahresdurchschnitt der bei dem IHK-Zugehörigen beschäftigten Arbeitnehmer, jedoch ohne die zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten.
- l) Als Umsatz gilt für die Regelungen g) bis j) bei
- aa) Kreditinstituten die Summe der Posten 1 bis 5 des Formblattes 2 der Ertragsseite bzw. der Posten 1 bis 7 des Formblattes 3 der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute vom 11. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3658),
- bb) Versicherungsunternehmen die Summe der Posten 1, 2, 3 und 5 des Formblattes 2 Abschnitt I bzw. 1, 2, 3, 5 und 7 des Formblattes 3 Abschnitt I der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen vom 8. November 1994 (BGBl. I S. 3378) in der jeweils geltenden Fassung.
- Für IHK-Zugehörige, die Betriebsstätten außerhalb des IHK-Bezirks unterhalten, werden die Daten des Gesamtunternehmens im Sinne des § 29 GewStG zerlegt.
- m) Der 1.150 EUR übersteigende Anteil des Grundbeitrags wird bis zum Höchstbetrag von 1.550 EUR (g) bzw. 4.250 EUR (h) bzw. 9.650 EUR (i) bzw. 14.850 EUR (j) auf die Umlage angerechnet.
- n) IHK-Zugehörige mit einem Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag, die nach III. Ziff. 2.2 g) bis m) veranlagt werden und deren Umlage höher als die in III. Ziff. 2.2 m) festgelegten Beträge sind, können beantragen, dass bei ihnen lediglich der Grundbeitrag gem. III. Ziff. 2.2 f) veranlagt wird und die Umlage gem. III. Ziff. 2.3 direkt beim beherrschenden Unternehmen veranlagt wird.
- 2.3 Als Umlage werden 0,18 v. H. des Gewerbebeitrags, hilfsweise vom Gewinn aus Gewerbebetrieb, erhoben. Bei natürlichen Personen und Personengesellschaften ist die Bemessungsgrundlage einmal um einen Freibetrag von 15.340 EUR für das Unternehmen zu kürzen.
- 2.4 Soweit für den Grundbeitrag, die Umlage oder eine Beitragsfreistellung der Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, als Bemessungsgrundlage dient, ist
- | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| a) bei Inhabern einer Apotheke lediglich ein Viertel |
| b) bei IHK-Zugehörigen, die oder deren sämtliche Gesellschafter |
| aa) ausschließlich einen freien Beruf ausüben und deswegen einer anderen Kammer anderer freier Berufe angehören oder |
| bb) ausschließlich Land- und Forstwirtschaft betreiben und über ein oder mehrere im Bezirk der IHK gelegene Grundstücke verfügen, für die eine Umlage zur Landwirtschaftskammer zu entrichten ist, lediglich ein Zehntel des Gewerbebeitrags anzusetzen. |

2.5 IHK-Zugehörigen in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft, deren gewerbliche Tätigkeit sich in der Funktion eines persönlich haftenden Gesellschafters in nicht mehr als einer ebenfalls der IHK zugehörigen Personenhandelsgesellschaft erschöpft, kann auf Antrag eine Ermäßigung des Grundbeitrags um 50 Prozent auf den Grundbeitrag gemäß III. Ziff. 2.2 a) gewährt werden.

2.6 Bemessungsjahr für die Grundbeiträge und die Umlage ist das Jahr 2022.

2.7 Solange ein Gewerbeertrag bzw. Gewinn aus Gewerbebetrieb des Bemessungsjahres nicht bekannt ist, wird eine Vorauszahlung des Grundbeitrags und der Umlage auf der Grundlage des letzten der IHK vorliegenden Gewerbeertrags bzw. Gewinns aus Gewerbebetrieb erhoben; soweit ein solcher nicht vorliegt, wird aufgrund einer Schätzung in entsprechender Anwendung des § 162 AO vorläufig veranlagt.

Soweit ein IHK-Zugehöriger, der nicht im Handelsregister eingetragen ist und dessen Gewerbebetrieb nach Art oder Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erfordert, die Anfrage der IHK nach der Höhe des Gewerbeertrags bzw. Gewinns aus Gewerbebetrieb nicht beantwortet hat, wird eine vorläufige Veranlagung nur des Grundbeitrags gem. III. Ziff. 2.1 a) durchgeführt.

IV. Kredite

1. Investitionskredite

Für Investitionen dürfen im Geschäftsjahr 2022 keine Kredite aufgenommen werden.

2. Kassenkredite

Zur Aufrechterhaltung der ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft dürfen Kassenkredite bis zur Höhe von 1.000.000 EUR aufgenommen werden.

Das Finanzstatut der Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee wurde in der IHK Zeitschrift „Wirtschaft im Südwesten“ in der Ausgabe 10/2014 veröffentlicht.

Konstanz, 14. Dezember 2021

IHK Hochrhein-Bodensee

Der Präsident
Thomas Conrady

Der Hauptgeschäftsführer
Prof. Dr. Claudius Marx

Die vorstehende Wirtschaftssatzung wird hiermit ausgefertigt und im Mitteilungsblatt „Wirtschaft im Südwesten“ veröffentlicht.

Konstanz, 14. Dezember 2021

IHK Hochrhein-Bodensee

Der Präsident
Thomas Conrady

Der Hauptgeschäftsführer
Prof. Dr. Claudius Marx

Einigungsstelle nach § 15 UWG Beisitzer für das Jahr 2022

Die Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee gibt nachfolgend die Liste der Beisitzer und Beisitzerinnen der bei ihr eingerichteten Einigungsstelle zur Beilegung von Wettbewerbsstreitigkeiten für das Jahr 2022 bekannt (§ 15 Abs. 11 UWG i.V.m. § 4 Abs. 2 Einigungsstellenverordnung Baden-Württemberg vom 9. Februar 1987, zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. Oktober 2004).

Arnold, Ingo, Kumpf & Arnold GmbH, Singen

Blender, Johann Georg, Autohaus Blender GmbH, Radolfzell

Conrady, Thomas, COWA Chemische Fabrikation GmbH, Gottmadingen

Eisenschmidt, Bernd, Qualitätsprüfung + Testen von Fahrrädern, Gefasi-Institut, Allensbach

Hepp, Michael, Hepp & Hepp Optik-Photo GmbH, Konstanz

Klauser-Kischnick, Monika, Rudolf Klauser, der Name für Pelz und Leder,
Inh. Peter Kischnick, Lörrach

Klever, Stefan, Klever GmbH, Schopfheim

Marschall, Markus, f.u.n.k.e. Senergie GmbH, Engen

Schächtle, Tom, Schreinermeister, Konstanz

Schlageter, Joachim, Issler & Pütz Inh. Joachim Schlageter e. K.,
Grenzach-Wyhlen

Spicker-Hizli, Iris, City-Reisebüro e.K., Konstanz

Vayhinger, Christoph, Zimmermeister, Konstanz

Die IHK teilt außerdem mit, dass der Präsident der IHK Hochrhein-Bodensee, Thomas Conrady, Frau Rechtsanwältin Ingrid Merker Exec. MBA-HSG, Konstanz als Vorsitzende und Herrn Rechtsassessor Marc Schlossarek, Konstanz, als stellvertretenden Vorsitzenden für die Amtsperiode 2021/2022 ernannt hat.

Lehrgänge und Seminare der IHK

Wann? Was?
Wo?
Euro

 Informationen: Konstanz, Tel.: 07531 2860-118; Schopfheim, Tel.: 07622 3907-266, www.konstanz.ihk.de
Außenwirtschaft

15.02./17.02.22	Änderungen Zoll- und Außenwirtschaftsrecht 2021/2022	Schopfheim/Konstanz	290
17.02.22	Export-, Zoll- und Versandpapiere richtig erstellen	Schopfheim	290

Büromanagement

ab 20.01.22	Professionelles Office-Management (IHK) – Zertifikatsweblehrgang		520
-------------	------------------------------------------------------------------	--	-----

Einkauf/Logistik

ab 11.02.22	Lagerleiter/in (IHK) – Zertifikatslehrgang	Konstanz	1.250
-------------	--------------------------------------------	----------	-------

Immobilienmanagement

17.01.+8.01.22	Aufbau und Führung einer Hausverwaltung – Mietenverwaltung	Schopfheim	520
03.02.+04.02.22	Basiswissen Immobilienmakler/in	Schopfheim	520

Persönliche Kompetenzen

01.02.22	Überzeugend online präsentieren – Web-Seminar		290
02.02.22	Zeitmanagement und Arbeitstechnik	Schopfheim	290
17.02.22	Fit über 50	Konstanz	290

Personalwesen

02.02.22	Aktuelles zum Reisekosten- und Bewirtschaftungsrecht für 2022	Schopfheim	290
11.02.22	Social Media in der Personalwerbung einsetzen	Schopfheim	290

 Weitere Seminare und Lehrgänge finden Sie unter www.konstanz.ihk.de



Albert Sonntag und seine Frau Margarethe Schmidt-Sonntag (Bild S. 41, links) füllten das Areal Sonntag (links) ab den 1990ern wieder gezielt mit Leben.

Fabrik Sonntag

Co-Working für Unternehmen

Der Unternehmenscampus Fabrik Sonntag in Waldkirch bietet mittlerweile in neun Häusern Büro-, Praxis- und Geschäftsflächen auf rund 7.000 Quadratmetern. Dabei ist den Eigentümern des traditionsreichen Geländes wichtig, ihren Mietern mehr zu sein als bloße Vermieter. Mit viel Herzblut unterstützen sie als Berater, Inkubatoren und Netzwerker.

WALDKIRCH. Wer sich in Waldkirch der Fabrik Sonntag von Nordosten nähert, von der L186, findet sich schnell mitten im prallen Leben. Auf dem Parkplatz neben dem Gesundheitszentrum herrscht ein Kommen und Gehen; vor der Kandel-Apotheke steht eine kleine Gruppe ins nachbarschaftliche Gespräch vertieft; um sie herum eilen Menschen zu ihren Terminen bei einem der gut ein Dutzend Ärzte und Therapeuten oder sind auf dem Weg zur Kosmetikerin oder zum Yogakurs. Wenn man den Unternehmenscampus dagegen von Südwesten her betritt, aus Richtung Innenstadt über das Papiergäßle, trifft man es ruhiger an. Ein Ensemble aus modernen und aus sanierten vorindustriellen Gebäuden; dazwischen Rasenstücke mit Gänseblümchen; der von Buschwerk gesäumte Gewerbekanal, den man über eine

Fußgängerbrücke schnell mal überqueren kann, um sich Essen im benachbarten Bistro Kostbar zu holen; ein Platz mit Bänken unter einem Blätterdach. Hier überwiegen eher die Gewerbemietler: Steuerberater, Hightech-Entwickler, Kreativbüros, Start-ups. Auch hier ist vieles auf Begegnung und Austausch ausgerichtet – mit den Eigentümern des Unternehmenscampus als treibende Kraft. „Wir sind mit dem Anspruch gestartet, Unternehmern einen Ort der Zusammenarbeit zu bieten. Einen Ort, wo sie wachsen und sich entfalten können“, erinnert sich Albert Sonntag, Gründungsgesellschafter der Fabrik Sonntag GmbH & Co. KG. „Wäre uns der Begriff damals schon bekannt gewesen, so hätten wir es Co-Working für Unternehmen genannt.“

„Damals“ war vor ziemlich genau 30 Jahren. Als das Areal Sonntag bereits seit Jahrzehnten im Dornröschenschlaf vor sich hindämmerte. 1857 hatte ein Vorfahr Albert Sonntags, der Unternehmer Johann Philipp Sonntag, dort am Rande von Waldkirch eine Florettseidenspinnerei gegründet und über 74 Jahre betrieben. Mit dem Erstarken der Kunstseide in den 1930ern wurde die Fertigung eingestellt, und das Gelände lag über Jahrzehnte brach, lediglich von einigen Künstlern und Kreativen für ihre Arbeit genutzt. „Aus deren Reihen, vom Architekten



Geschäftsführer Danijel Cubelic (links) mit einem Modell von „TorEins“, dem jüngsten Neubauprojekt auf dem Areal Sonntag (auch ganz unten). Unten: Die Häuser 4 und 6.



Thomas Schindler, der später einiges für uns gebaut hat, kam dann auch der Vorschlag, das Areal zu revitalisieren“, berichtet Albert Sonntag. „Er sagte, „Herr Sonntag, aus diesem Gebilde könnte man viel mehr machen.“ Und sie machten. Der damals 50-jährige Investmentbanker und seine Frau Margarethe, Betriebssoziologin und Kommunikationsmanagerin, warfen ihre Talente zusammen und nahmen im Auftrag der Erbgemeinschaft Sonntag – der heutigen Fabrik Sonntag GmbH & Co. KG – ein Kommunikations- und Dienstleistungszentrum in Angriff. Ab 1991 wurden zunächst die noch erhaltenswerten Gebäude, die Häuser 3, 6, 7 und 9, saniert und zu hochwertigen Büroflächen mit historischem Charme umgebaut. „Die ersten Jahre war das hier eine einzige große Baustelle, die allen viel Verständnis abverlangte“, erinnert sich die gebürtige Schwedin Margarethe Schmidt-Sonntag. Immerhin: Die erste Mieterin von damals, die AOK Baden-Württemberg, residiert auch heute noch in Haus 7. Mit den Jahren folgten die Neubauten Haus 4, unter anderem mit dem ersten Gründerzentrum und die wegen seiner vier Stockwerke „Hochhaus“ getaufte Nummer 8. Der Erfolg des Unternehmenscampus ist Chance und Herausforderung zugleich, meint Danijel Cubelic. Er leitet seit 2019 als geschäftsführender Gesellschafter in der nächsten Generation das Familienunternehmen. Die Nachfrage nach Räumen sei groß, die Fluktuation gering. „Wann immer sich jemand verändern will, versuchen wir dies in der Fabrik Sonntag für ihn möglich zu machen.“ Als die Mediziner aus Haus 8 deutlich wachsen wollten und es partout keine freien Flächen gab, beschloss man, das Gesundheitszentrum, Haus 5, in Angriff zu nehmen. Im November 2021 feierte es bereits sein Zehnjähriges. Unterm Strich beherbergt der Unternehmenscampus nun in neun Gebäuden auf rund 7.000 Quadratmetern etwa 50 Unternehmen. Für Margarethe Schmidt-Sonntag versteht sich von selbst, dass sie zu allen etwas erzählen kann: „Wir sind als Botschafter unserer Mieter unterwegs. Wir halten Augen und Ohren für sie offen. Wo können wir sie unterstützen, wo sinnvoll verdrahten?“ Wer möchte, dem stehen der ehemalige Banker, die passionierte Netzwerkerin und der erfahrene Ingenieur mit fachlicher Expertise, Lebenserfahrung oder einfach

Empathie zur Seite. Nicht wenige Unternehmen, wie etwa das Medizintechnikunternehmen Dr. Langer Medical, haben in Fabrik Sonntag klein angefangen, um später aus ihr herauszuwachsen. „Auch wenn uns das erstmal Leerstand beschert hat, freut uns der Erfolg unserer Mieter außerordentlich“, sagt Albert Sonntag. „Wir sind gerne eine Brutstätte für junge Unternehmen.“ In der sogenannten Kulturkathedrale finden regelmäßig neben Kunst- und Kulturveranstaltungen auch Netzwerk- und Vortragsformate für Unternehmer und Existenzgründer statt. Mit dem 2017 in Haus 6 gegründeten Ideenlabor, das Start-ups kleine Büroeinheiten, Co-Working-Spaces und Shared-Desks bietet, ist die Fabrik Sonntag Teil der vom Land ausgezeichneten und geförderten „Zukunft.Raum.Schwarzwald“-Initiative, die künftig dezentrale Innovations-Hubs etablieren möchte. Und weil „wir wachsen mit und für unsere Mieter“ nicht einfach so daher gesagt ist, blickt das Unternehmen nach 30 erfolgreichen Jahren auf dem Areal nun 30 Jahre in die Zukunft: „Es gab immer mehr Anfragen nach neuen Räumen, so dass wir angefangen haben, den Parkplatz und die Lagergebäude unten an der Lange Straße zu

» Wir sind gerne Brutstätte für junge Unternehmen «

überdenken“, berichtet Danijel Cubelic. Projekt „TorEins“ soll noch in diesem Jahr starten. Der fünfgeschossige Neubau an der Ecke Lange Straße/An den Brunnenwiesen (L186) soll weitere 3.000 Quadratmeter Fläche für eine gemischte Gewerbemieterschaft bieten. Die Genehmigungsverfahren laufen bereits. Auf Wunsch der Stadt Waldkirch stellte man zudem Überlegungen an, wie die Entwicklung des Areals weiter aussehen könnte – um alles in einen entsprechenden Bebauungsplan zu gießen. „Intern trägt dieser Plan den Namen ‚Vision 2050‘, sagt Danijel Cubelic. „Damit zeigen wir der nächsten Generation, unseren Mietern und der Stadt Waldkirch die Entwicklungsperspektive des Unternehmenscampus Fabrik Sonntag.“ **uh**



Die Schrottschere von vorne: Hier werden die gepressten Schrottstücke ausgegeben und abgeschnitten.



Blick von oben: Ein großer Container wird von oben in die Schrottschere geladen. Viel von ihm bleibt am Ende nicht übrig (rechts).



Bilder: Keller

Amend investiert mehr als zwei Millionen Euro

Neue Schrottschere in Betrieb genommen

KEHL. „Knochen, Lumpen und Papier“ – so beschreibt Patrick Amend, Geschäftsführer der Amend Rohstoff GmbH in Kehl, die Anfänge des Familienunternehmens im Jahr 1907. Sein Urgroßvater gründete den Schrotthandel damals im Zentrum von Offenburg. Eine Sammelstelle eben auch für Knochen, die für die Seifenherstellung verwendet wurden.

Auf dem weitläufigen Gelände im Kehler Hafengebiet, wo sich das Recyclingunternehmen seit 2005 befindet, nimmt Amend Stahlschrott, Nichteisenmetalle und Rohstoffe an, lagert sie und bereitet sie – soweit nötig – für den Transport vor. Ein Grund für die Niederlassung in Kehl war die Möglichkeit, die nutzbare Fläche nach und nach auf in der Zwischenzeit 32.000 Quadratmeter zu erweitern. Entscheidend war jedoch die direkte Lage am Rhein: Die gesamte Schiffsanlegestelle erstreckt sich heute auf knapp 280 Meter Länge. Schrott als Massegut ist über den Wasserweg deutlich ökologischer und ökonomischer zu transportieren. Ein Schiff mit 2.500 Tonnen Ladung ersetzt 110 Lkw auf der Straße. Das Ziel des Unternehmens ist es, 90 Prozent des Warenausgangs über den Wasserweg zu trans-

portieren. In den vergangenen zwölf Monaten wurden 2,6 Millionen Euro investiert, um der ökologischen und ökonomischen Ausrichtung gerecht zu werden, für die „nach drei Jahren intensiver Arbeit sowie Umsetzung der geforderten Auflagen der Behörde kürzlich der Bundes-Immissionsschutzgesetz-Änderungsantrag genehmigt wurde“, wie Patrick Amend betont. Der größte Teil des Geldes floss in eine neue Schrottschere, die Mitte November in Betrieb genommen wurde. Sie ist etwa 19 Meter lang, acht Meter breit und hat eine Höhe von circa sechs Metern sowie ein Eigengewicht von 340 Tonnen. Dank ihrer Größe und der Scherkraft von 1.100 Tonnen erbringt sie die doppelte Leistung der alten Schrottschere, die nach 15 Jahren nach Dubai verkauft wurde. Zudem können 50 Prozent der Brennschneidearbeiten eingespart werden, was wiederum eine deutliche CO₂-Reduzierung zur Folge hat. Amend investierte außerdem in seinen Fuhrpark, unter anderem in ein Elektrofahrzeug mit Ladestation vor Ort. Die Durchsatzkapazität des Rohstoffhändlers beträgt bis zu 200.000 Tonnen Schrott pro Jahr. Derzeit beschäftigt Amend 20 Mitarbeiter.

dea

Advanced Unibyte wächst in der Region

IT-Dienstleister setzt auf Standort Denzlingen

DENZLINGEN. Das Metzinger IT-Unternehmen Advanced Unibyte GmbH (AU) hat seine Niederlassung in Denzlingen gestärkt und ausgebaut. 2017 wurde der Standort mit vier Mitarbeitern gegründet, heute hat die AU in Denzlingen 15 Beschäftigte, davon zwei Auszubildende. Der Umsatz im Geschäftsjahr 2020/21 betrug 11,2 Millionen Euro. In den fast fünf Jahren seit der Gründung der Niederlassung hat sich die Mitarbeiteranzahl fast vervierfacht, der Umsatz wurde mehr als verdoppelt. Kerngeschäft sind IT-Infrastruktur-

lösungen für Kunden aus Industrie, Forschung sowie für öffentliche Auftraggeber. Das 1994 gegründete Unternehmen beschäftigt an seinen vier Standorten Metzingen (Hauptsitz), München, Freiburg und Leverkusen insgesamt 206 Mitarbeiter. Der Gesamtumsatz für das Geschäftsjahr 2020/21 wird laut Pressebericht mit 74,2 Millionen Euro beziffert. Für sein Engagement im Bereich der Nachhaltigkeit wurde die Advanced Unibyte GmbH 2021 von dem IT-Unternehmen Cisco Sys-

tems, mit dem sie zusammenarbeitet, als „Sustainability Partner of the Year“ ausgezeichnet. „Die Auszeichnung motiviert uns, die Nachhaltigkeit im Unternehmen weiter voranzutreiben“, erklärt AU-Gründer und Geschäftsführer Sandro Walker in einer Pressemitteilung. „Sie bestätigt uns in unserem Umgang mit der Umwelt, den Menschen und unseren Wunsch nach langfristigen Beziehungen.“ Advanced Unibyte plant für den Standort Denzlingen mit jährlich drei neuen Arbeitsplätzen.

bb

Ausgezeichnet

Arbeitgeber-Engagement für Helden des Alltags

REGION. Hilfe für Betroffene während und nach der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal oder der Aufbau und der Betrieb der Coronatest- und Impfzentren – wie wäre all das zu schaffen gewesen ohne Menschen, die im Ehrenamt mit anpacken, und Unternehmen, die ihnen das ermöglichen? Das Land Baden-Württemberg hat nun 19 Firmen aus der Region als ehrenamtsfreundliche Arbeitgeber ausgezeichnet. „Das gegenseitige ‚Füreinander da sein‘ ist das herausragende Merkmal des Ehrenamts im Bevölkerungsschutz. Und die Basis des Bevölkerungsschutzes ist das Ehrenamt“, betonte Thomas Strobl, stellvertretender Ministerpräsident und Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, im Rahmen der Preisverleihung Ende 2021.



Ausgezeichnet wurden:

- Autohaus Stähle GmbH & Co. KG, Kasto Maschinenbau GmbH & Co. KG, Hodapp GmbH & Co. KG sowie Securiton GmbH, Alarm- und Sicherheitssysteme aus Achern
- BLG Logistics Solutions GmbH & Co KG und Edeka Handelsgesellschaft Südwest mbH aus Offenburg
- Freiburger Verkehrs AG
- Elithera Gesundheitszentrum Wolfach und Frank Urvat Pflege mobil an Wolf und Kinzig, beide aus Wolfach
- Breisgau Haus GmbH aus Staufen-Grunern
- Klemens Nowack Holzbau Holzhandel, Naudascher Bauunternehmen sowie Neugart GmbH aus Kippenheim
- Neuwald Auto GmbH und Wiedemann Landtechnik aus Eichstetten am Kaiserstuhl
- Zahoransky AG aus Todtnau
- Gebrüder Beyl GmbH aus Gottmadingen
- Gerhard Jordan e.K. aus Villingen-Schwenningen
- Schneider Schreibgeräte GmbH Tennenbronn aus Schramberg

Hilfsorganisationen und Kommunen hatten Vorschläge eingereicht, die vom Landesinnenministerium ausgewertet wurden. Insgesamt wurden 32 Unternehmen in ganz Baden-Württemberg ausgezeichnet. Die Würdigung erhielten Konzerne wie auch Mittelständler und Handwerksbetriebe. ak

KURZ NOTIERT

Die auf die kontaktlose Übertragung von Sensordaten spezialisierte **Manner Sensortelemetrie GmbH** mit Sitz in Spaichingen im Landkreis Tuttlingen hat den Dr.-Rudolf-Eberle-Innovationspreis des Landes Baden-Württemberg erhalten. Prämiert wurde laut Pressemitteilung das Produkt „Torsionssensor im Briefmarkenformat“, der weltweit erste schweißbare Drehmomentsensor in Miniaturgröße. Nach Angaben des Unternehmens ermöglicht der Sensor die Drehmomentfassung für Industrie 4.0-Anwendungen in Seriengetrieben, Pumpen oder Antriebssträngen. Mit der Auszeichnung ist ein Preisgeld in Höhe von 15.000 Euro verbunden. Der Preis wird seit 1985 vom Land Baden-Württemberg für unkonventionelle Ideen für innovative Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen verliehen.

Die Designer **Moritz und Otto Kasper** aus Rielasingen gehören zu den Preisträgern des „German Design Award 2022“. Mit ihrem Akustikleuchttower „MONO-LIT“ (zwei Beispiele sind auf dem Bild unten zu sehen) wurden sie zum Gewinner in der Kategorie „Excellent Product Design – Office Furniture“ gekürt. Unter der Marke Schallsauger betreibt die Kasper GmbH seit 2009 ihren Geschäftsbereich Akustik, der inzwischen auf schallabsorbierende Leuchtwände und weitere Designelemente spezialisiert ist.



Auch weitere Unternehmen aus der Region wurden für ihre Produkte oder Kampagnen mit dem Design Award ausgezeichnet, darunter **Hansgrohe** aus Schiltach, **Duravit** aus Hornberg, **Sedus Stoll** aus Dogern, **Wiha Werkzeuge** aus Schonach und **Tietge** aus Offenburg. Der Wettbewerb wurde vor zehn Jahren vom Rat für Formgebung ausgelobt, der 1953 auf Initiative des Deutschen Bundestages gegründet und von der deutschen Industrie gestiftet worden war.

KURZ NOTIERT

Der Fertighaushersteller **Weberhaus** mit Sitz in Rheinau-Linx hat zum 1. Januar die **Möstel Bedachungen GmbH & Co. KG** in Kehl-Auenheim übernommen. Der 1970 gegründete Dachdeckerfachbetrieb soll einer Pressemitteilung zufolge den Fertighaushersteller vor allem bei anspruchsvollen und aufwändigen Bedachungen in der Region unterstützen. Möstel bleibt rechtlich eigenständig und soll mit seinen über 15 Mitarbeitern auch weiterhin unabhängig am Markt agieren. Weberhaus beschäftigt insgesamt 1.280 Mitarbeiter an seinen zwei Standorten Rheinau-Linx und Wenden-Hünsborn (Nordrhein-Westfalen).

Das Beratungsnetzwerk **Regio Plus** in Donaueschingen hat seine Mehrheitsanteile an der **RMB Process Engineering GmbH** an dessen Gründer Moritz Böcher verkauft. In den vergangenen zwei Jahren hatte Regio Plus das in Villingen ansässige Unternehmen von der Gründung bis in die Wachstumsphase begleitet. Kerngeschäft der RMB Process Engineering ist die Unterstützung mittelständischer Unternehmen bei der Prozessoptimierung von Produktion und Warenwirtschaft. Zudem hat die „**Regio mlh kst GmbH**“, eine Tochter der Regio plus mit Sitz in St. Georgen, die Oberndorfer **Babberger Plastic GmbH** übernommen. Mit der Investition bündeln beide Unternehmen nach eigenen Angaben ihre Kompetenzen in den Branchen Medizintechnik, Elektronik, Automotive, Antriebstechnik und Schuhindustrie. „Regio mlh kst“ beschäftigt laut Regio Plus zusammen mit der Babberger Plastic GmbH rund 50 Mitarbeiter, der Jahresumsatz liegt bei etwa fünf Millionen Euro.

Die **Inomed Medizintechnik GmbH** mit Sitz in Emmendingen feierte 2021 ihr 30-jähriges Bestehen. Sie entwickelt, produziert und vertreibt medizintechnische Systeme zum Schutz und zur Therapie neurologischer Funktionen. Nach der Gründung durch Rudi Mattmüller und Dieter Mussler im Jahr 1991 begründet Inomed seinen Erfolg heute auf sein starkes Auslandsgeschäft. Der Exportanteil liegt bei 70 Prozent des Umsatzes. Die Unternehmensgruppe beschäftigt weltweit rund 300 Mitarbeiter, davon 210 in Emmendingen. Niederlassungen unterhält Inomed in Polen, Frankreich, Großbritannien, den USA, Italien und Russland. Kernkompetenz von Inomed ist intraoperatives Neuromonitoring, mit dem beispielsweise Nerven während Operationen gezielt überwacht werden können.



Investition in Sonnenstrom

Energiedienst weiht neuen Solarcarport ein

RHEINFELDEN. Das deutsch-schweizerische Versorgungsunternehmen Energiedienst an seinem Standort Rheinfelden einen Carport mit 504 Photovoltaikmodulen und einer Leistung von 160 Kilowatt Peak (KWp) eingeweiht. Zu der neuen Anlage gehören überdachte 38 Stellplätze, 14 Wallboxen, mit denen E-Fahrzeuge mit Sonnenstrom geladen werden können, sowie ein Batteriespeicher mit 110 KWp. Zentraler Bestandteil ist zudem ein Lademanagement, das die Energieströme berechnet und die Ladevorgänge steuert. Die Gesamtinvestitionskosten liegen laut Energiedienst bei 750.000 Euro. Darin enthalten ist eine Förderung vom Land Baden-Württemberg in Höhe von 180.000 Euro.

Der Fuhrpark von Energiedienst umfasst derzeit rund 80 E-Fahrzeuge. Hinzu kommen die E-Carsharing-Fahrzeuge der Firma „my-e-car“, die das Unternehmen zusammen mit Stadtmobil Südbaden betreibt. 30 dieser Fahrzeuge sind als potenzielle Stromabnehmer in der näheren Umgebung stationiert. Bei der Anzahl der ladefähigen E-Fahrzeuge aus den Reihen der 400 Mitarbeiter am Standort Rheinfelden geht Energiedienst von 10 bis 15 Fahrzeugen aus. Die Energiedienst-Gruppe beschäftigt insgesamt 1.000 Mitarbeiter. bb



Die von Street-Art-Künstlern verzierte Fassade lässt keinen Zweifel aufkommen: Hier dreht sich alles um den Schwarzwald.

Trötschler Industrie- und Gewerbebau 25 Jahre in der Region aktiv

MARCH. „Im Interesse des Bauherren und des Bauvorhabens zu agieren und nicht in erster Linie auf den maximalen Gewinn orientiert“ – dies ist, so Norbert Trötschler, die Philosophie seines Unternehmens. Und das seit 25 Jahren. Dieses Jubiläum feierte die Trötschler Industrie- und Gewerbebau GmbH vergangenes Jahr. 1996, nachdem der studierte Architekt bereits einige Jahre als Angestellter im Gewerbe- und Industriebau gearbeitet hatte, machte er sich in diesem Bereich selbstständig. Nicht, wie es in dieser Zeit üblich war, als Freiberufler, sondern mit einer GmbH. Allerdings startete er, typisch für viele Gründer, in der eigenen Wohnung. Im Laufe der Jahre ist das Unternehmen auf zehn Mitarbeiter angewachsen, die im Wohnhaus Trötschlers in March-Hugstetten zwei Etagen belegen. Von dort aus planen sie Industrie- und Gewerbebauten in ganz Baden. Entweder fungieren sie als Generalunternehmer oder – meist wenn sie für öffentliche Auftraggeber arbeiten – als Architekten.

Das größte Projekt, das Norbert Trötschler und seine Mitarbeiter in den 25 Jahren realisiert haben, ist der Neubau der Offenburger Firma Kratzer im Jahr 2018, der ein Volumen von rund 8,3 Millionen Euro hatte. Weitere bekannte sind das Dreiecklandmuseum in Heitersheim und die Lofts in der ehemaligen Riegeler-Brauerei. Dazu kommen viele Büro-, Lager- und Produktionsgebäude in der Region. Aber auch Schulen oder Küchenstudios hat das Unternehmen neu oder umgebaut. Besonders am Herzen liegt Norbert Trötschler, dass bei Bauvorhaben auf regenerative Energien gesetzt wird, sagt er. So habe er von Anfang an Wärmepumpen in die Gebäude eingebaut. Trötschler hebt zudem zwei Pilotprojekte im Bereich regenerative Energien hervor, an denen er beteiligt war beziehungsweise ist: einen Neubau für die Firma ICMC im Gewerbepark Breisgau aus dem Jahr 1996, den er zusammen mit der Firma Viessmann rea-



Bild: Maez

Norbert Trötschler (Mitte) mit seinen Kindern Patrick Trötschler und Jasmin Berger.

lisiert hat und bei dem eine Sole-Wasser-Wärmepumpe eingebaut wurde. Und ein aktuelles Projekt des Abwasserzweckverbands Staufferer Bucht, bei dem es ums Aufbereiten von Klärschlamm und dabei unter anderem das Rückgewinnen von Phosphor geht.

Als Herausforderungen bezeichnet er Ereignisse von außen, auf die er keinen Einfluss hat – den Börsencrash, als im Jahr 2000 die Dotcom-Blase platzte, die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008, als nach der Lehman-Pleite viele Firmen ihre Bauvorhaben verschoben oder absagten, und nun die Coronapandemie. Diesmal sind die Aufträge nicht weggebrochen, dafür ist er mit Lieferengpässen auf den Baustellen konfrontiert.

Unter seinen Beschäftigten sind stets Auszubildende – künftige Bauzeichner und Industriekaufleute. Das „frische Blut“ sei gut fürs Unternehmen, sagt Norbert Trötschler. Ihn freut es, dass auch seine Kinder Jasmin Berger (36) und Patrick Trötschler (34) ins Unternehmen eingestiegen sind und ihm einmal an der Spitze nachfolgen werden. Die Betriebswirtin Berger arbeitet seit 2017 im Familienbetrieb als Prokuristin. Ihr Bruder ist Architekt und vor einem Jahr als Projektleiter eingestiegen. Norbert Trötschler denkt trotz seiner 64 Jahre nicht ans Aufhören, will sich aber nach und nach aus dem operativen Geschäft herausziehen. **mae**



Kompetenzzentrum Tourismus im Schwarzwald am Start Hingucker stylische Fassade

FREIBURG. Mitte November wurde das „Kompetenzzentrum Tourismus im Schwarzwald“ eingeweiht. Elf verschiedene touristische und tourismusnahe Firmen, darunter die Schwarzwald Tourismus GmbH (STG) und als Hausherren die „land in sight“ AG, teilen sich die rund 2.000 Quadratmeter Bürofläche in einer ehemaligen Fabrikhalle in der Wiesentalstraße. Das Zentrum versteht sich als zentrale Anlaufstelle für touristische Anbieter in der Region. In den Umbau des zweistöckigen Gebäudes hat „land in sight“ rund

1,8 Millionen Euro gesteckt, hinzu kommen die Investitionen der Mieter in ihre eigenen Räumlichkeiten. Besonderes Markenzeichen und eine Art Visitenkarte sind die kunterbunten Außenwände des Gebäudes, die ebenfalls im November vorgestellt worden waren. Sieben Street-Art-Künstler aus dem Schwarzwald haben dafür in sechs Kunstwerken ihr kreativ-buntes Bild der Ferienregion an die Fassaden gesprüht. Sie waren die Sieger des „1. Black Forest Streetart-Contest“, den die STG im Sommer ausgelobt hatte. **uh**

KURZ NOTIERT

Die in Achern im Ortenaukreis ansässige **Securiton GmbH** ist in der Kategorie 250-1.000 Beschäftigte mit dem Award „familyNET 4.0 – Unternehmenskultur in einer digitalen Arbeitswelt“ des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet worden. Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut würdigte in einer digitalen Preisverleihung das Engagement von Securiton als eines von vier ausgezeichneten Unternehmen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familien in Zeiten der Digitalisierung. Der Wettbewerb ist Bestandteil des Transferprojektes „familyNET 4.0 – digitales familienbewusstes Unternehmen“. Securiton Deutschland ist ein Unternehmen der **Schweizer Securitas Gruppe** mit mehr als 16.000 Mitarbeitern weltweit. Kerngeschäft sind Alarm- und Sicherheitssysteme für Unternehmen, Behörden und exponierte Privatpersonen.

Der Mechatronik-Spezialist **Marquardt** hat an seinem Stammsitz in Rietheim-Weilheim eine rund 1.000 Quadratmeter große Technologiefabrik in Betrieb genommen. Hierfür wurde ein knapp zweistelliger Millionenbetrag investiert, teilt das Unternehmen mit. Marquardt produziert mechatronische Schalt- und Bediensysteme unter anderem für die Automobilindustrie. Zu den Produkten, die in der neuen Fabrik entwickelt werden, zählen integrierte Bedienoberflächen und Displays für den Fahrzeuginnenraum. Das Familienunternehmen beschäftigt an weltweit 20 Standorten rund 10.600 Mitarbeiter. Am Hauptsitz in Rietheim-Weilheim sind es etwa 2.000 Beschäftigte, davon mehrere Dutzend in der neuen Technologiefabrik. Der Umsatz von Marquardt lag im Geschäftsjahr 2020 bei circa 1,2 Milliarden Euro.

Die Schramberger **Schweizer Electronic AG** hat in Wilmington im US-Bundesstaat Delaware eine neue Vertriebsgesellschaft gegründet. Das Unternehmen aus der Leiterplattenindustrie verspricht sich durch diesen Schritt einen stärkeren Zugang zu den Märkten Kanada, USA und Mexiko in den Bereichen Automotive, Luftfahrt und Industrie. Leiter des US-Vertriebssteams wird Robert Davenport, der zuletzt als Vertriebsdirektor bei einem US-amerikanischen Leiterplatten-Unternehmen tätig war. Mittelfristig plant das Unternehmen in Übersee einen Jahresumsatz im mittleren zweistelligen Millionenbereich. Neben dem Hauptsitz in Schramberg unterhält Schweizer auch eine Produktionsstätte in Jintan (China) und beschäftigt weltweit rund 1.000 Mitarbeiter.

Wohnungsbauprojekte wie hier in München will Goldbeck künftig auch von Engen aus für die Bodensee-Region in Angriff nehmen.



Goldbeck plant Wohnprojekte am Bodensee Neuer Geschäftsbereich am Standort Engen

ENGEN. Das Bau- und Immobilienunternehmen Goldbeck baut in der Niederlassung Bodensee in Engen einen Geschäftsbereich speziell für den geförderten Wohnungsbau auf. „Ich gehe davon aus, dass wir bald das erste Wohnprojekt in der Region Bodensee realisieren können“, sagt Jörg Parschat, Leiter der Niederlassung in Engen, in einer Mitteilung für die Presse.

Der Bielefelder Konzern hat im Geschäftsjahr 2020/21 eine Gesamtleistung von rund 4,1 Milliarden Euro erwirtschaftet und blickt damit nach Unternehmensangaben auf das erfolgreichste Geschäftsjahr seiner Geschichte zurück. Gut 500 Immobilien hat Goldbeck im abgelaufenen Geschäftsjahr schlüsselfertig an seine Kunden übergeben, darunter auch einige Objekte, die von den 40 Mitarbeitern der Niederlassung Bodensee realisiert wurden. Dazu zählt beispielsweise das neue Bürogebäude der Bezirkssparkasse Reichenau. Für den Verpackungshersteller Aptar hat Goldbeck den Standort in Villingen-Schwenningen mit einer neuen Produktionshalle, einem Technikgebäude und Büroflächen erweitert. In St. Georgen hat Goldbeck für den dort ansässigen Spezialisten für Haarschneidemaschinen Wahl eine neue Produktionshalle und Büroflächen errichtet. Auch für die Industrie- und Handelskammern im Südwesten ist Goldbeck aktiv. So realisiert das Team der Niederlassung in Engen aktuell den IHK-Neubau in Villingen-Schwenningen sowie ein neues Dienstleistungs- und Akademiegebäude der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg. Goldbeck rechnet nach eigenen Angaben mit mindestens acht zusätzlichen Stellen, die durch die Erweiterung des Geschäftsfelds vornehmlich im Bereich Bauleitung und Planung im Wohnungsbau entstehen sollen. **bb**



Die im April 2021 von Goldbeck fertiggestellte Geschäftsstelle Göldern der Bezirkssparkasse Reichenau.

Endress + Hauser erweitert Produktionsstätten in Maulburg

Investition in Anlagen zur Kalibrierung von Messgeräten

MAULBURG. Das Unternehmen Endress+Hauser hat auf das Wachstum der vergangenen Jahre reagiert und am Standort Maulburg (Landkreis Lörrach) ein Produktions- und Bürogebäude mit mehr als 17.000 Quadratmetern Nutzfläche sowie ein neues Parkhaus mit 700 Stellplätzen errichtet. Die Investitionssumme beziffert der Konzern in einer Pressemitteilung mit rund 46 Millionen Euro. Maulburg zählt mit rund 2.000 Mitarbeitern zu den größten Standorten der Unternehmensgruppe, die als Anbieter von Messgeräten und Dienstleistungen für die industrielle Verfahrenstechnik weltweit 14.400 Mitarbeiter beschäftigt.

Die erweiterten Platzverhältnisse helfen dem Unternehmen nach eigenen Angaben insbesondere, seinen Qualitätsansprüchen im Bereich der Füllstand- und Druckmesstechnik gerecht zu werden. Aufgrund der Geschäftsentwicklung sind am Standort Maulburg im Jahr 2021 rund 80 neue Mitarbeiter eingestellt worden, quer über die Bereiche Produkt- und Softwareentwicklung, Produktmanagement bis zum Industrial Engineering und zur Fertigung. Für das Jahr 2022 rechnet die Firma auf Nachfrage ebenfalls mit einem Stellenzuwachs.

Großen Wert gelegt hat das Unternehmen bei den Neubauten auf das Thema Energieeffizienz: Eine Photovoltaikanlage und ein Blockheizkraftwerk liefern regenerative Energie.



Konzern-CEO Matthias Altendorf (Mitte) übergibt Peter Selders, Geschäftsführer von Endress+Hauser Level+Pressure (links), vor dem neuen Gebäude eine Kachel aus Schmelzglas, aus der das neue Wandbild „Global Player“ von Britta Schmidhauser (2.v.r.) gefertigt ist.

Aufgrund der Coronapandemie fand die Präsentation der bereits 2020 fertiggestellten Gebäude erst jetzt statt. Als Symbol für die gute konzerninterne Zusammenarbeit enthüllte Matthias Altendorf, Vorstandsvorsitzender der Endress+Hauser-Gruppe, bei der Einweihung als Geschenk für den Standort das Wandbild „Global Player“ der

Glaskünstlerin Britta Schmidhauser aus Bad Bellingen. Das Kunstwerk besteht aus mehreren Rechtecken aus Schmelzglas. „Würde ein Rechteck fehlen, wäre das Bild nicht komplett“, sagte Matthias Altendorf. Der Gedanke sei sehr gut übertragbar auf die Standorte von Endress+Hauser in aller Welt. **bb**

Trumpf trotz Corona und Lieferengpässen

Stabiler Umsatz, gute Auftragslage

DITZINGEN/FREIBURG/TENINGEN/SCHRAMBERG. Der Technologiekonzern Trumpf hat seinen Jahresumsatz für das Geschäftsjahr 2020/21 leicht um 0,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 3,5 Milliarden Euro gesteigert. Trotz der Einschränkungen durch die Coronapandemie und der Schwierigkeiten innerhalb der Lieferketten (mehr dazu siehe ab Seite 6) erzielte Trumpf einen um 19,5 Prozent höheren Auftragseingang auf 3,9 Milliarden Euro, berichtet die im schwäbischen Ditzingen ansässige Unternehmensgruppe.

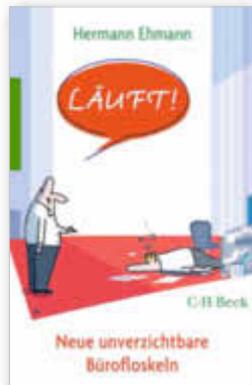
Der auf Werkzeugmaschinen, Lasertechnik und Elektronik spezialisierte Konzern beschäftigt knapp 15.000 Mitarbeiter weltweit, mehr als die Hälfte davon in Deutschland und

hiervon mehrheitlich in Baden-Württemberg. Der zum Mutterkonzern gehörende Großmaschinenhersteller Trumpf Teningen, der 2021 sein 250. Jubiläum feierte, erzielte im Geschäftsjahr 2020/21 einen Umsatz von 32 Millionen Euro. Das entspricht einem Plus zum Vorjahr von vier Prozent. Trumpf beschäftigt in Teningen 129 Mitarbeiter, darunter zwölf Azubis. Die Zahl der Mitarbeiter im Vergleich zum Vorjahr wuchs um sieben Prozent.

Die bei Trumpf Hüttinger in Freiburg und Warschau ansässige Elektroniksparte erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr nach Unternehmensangaben einen neuen Rekordumsatz von 286 Millionen Euro – ein Plus von 24 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Als Gründe

dafür nennt das Unternehmen unter anderem das stark anziehende Solargeschäft in China, für das Trumpf Hüttinger Komponenten liefert. Zudem wuchs die Trumpf-Tochter bei Mikroelektronikanwendungen beispielsweise für Smartphonesdisplays. Am Standort Freiburg sind 365 Mitarbeiter, davon 24 Azubis, beschäftigt. Die Zahl der Beschäftigten wuchs hier im Vergleich zum Vorjahr um acht Prozent.

Neben dem größten Einzelmarkt Deutschland (579 Millionen Euro Umsatz) sind China (525 Millionen) und die USA (485 Millionen) die wichtigsten Märkte der Trumpf-Gruppe. Für die in Schramberg ansässige Trumpf Laser GmbH weist das Unternehmen keine gesonderten Geschäftszahlen aus. **bb**



Erheiternde Sammlung von Bürofloßkeln

Wenn der Chef sagt „Lass uns das völlig ergebnisoffen diskutieren“, will er eigentlich sagen „Meine Meinung dazu steht längst fest – aber wenn du unbedingt reden willst, meinetwegen“. Dies ist eine von vielen erstmal toll klingenden und doch eher nichtssagenden Bürofloßkeln und anderen Unwörtern aus der Arbeitswelt, die der Sprachwissenschaftler Hermann Ehmann gesammelt hat und auf die Schippe nimmt. Zusammen mit Illustrationen von Dirk Meissner sind sie in einem unterhaltsamen Band erschienen, in den es sich in diesen trüben Zeiten immer wieder lohnt, zum Erheitern einen Blick zu werfen. Oder auch dann, wenn der Chef mal wieder zu einem Call einlädt, anstatt einfach anzurufen. **mae**

Hermann Ehmann | Lläuft! Neue unverzichtbare Bürofloßkeln
C.H. Beck | 155 Seiten | 9,95 Euro

Schönes Magazin zum reduzierten Wohnen

Wie gelingt die Grundstückssuche? Was sollte bei der Planung beachtet werden? Wie nachhaltig ist ein Tiny House? Welche Möglichkeiten der Finanzierung gibt es? Fragen wie diese werden im Jahresmagazin „Kleiner Wohnen 2021/2022“ von Laible Verlagsprojekte aus Allensbach beantwortet. Auch Toilettensysteme und platzsparende Möbel für Tiny Houses, Modulbauten und Wohncontainer sind Themen in den Fachartikeln. Zudem präsentieren verschiedene Anbieter ihre Produkte. Mit schönen Bildern werden auch gelungene Beispiele und eine Tiny-House-Siedlung präsentiert. Das macht den Band nicht nur für Bauherren interessant, sondern auch für alle, die sich fürs Wohnen auf kleinem Raum interessieren. **mae**

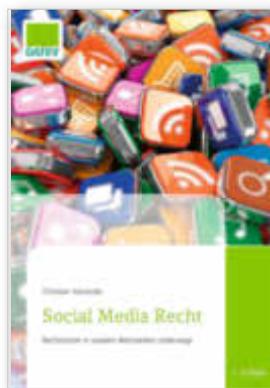
Johannes Laible (Hg.) | Kleiner Wohnen 2021/2022
Laible Verlagsprojekte | 128 Seiten | 8,90 Euro



Rechtliche Tipps für Social-Media-Präsenz

Für viele Selbstständige und Unternehmen ist die Präsenz in sozialen Netzwerken unverzichtbarer Bestandteil ihrer PR- und Vertriebsstrategie. Wer seine Zielgruppen online direkt ansprechen möchte, sollte wissen, was bei der Nutzung von Facebook, Instagram und Co. erlaubt ist – und was nicht. Praxisnah und für juristische Laien verständlich geschrieben gibt der Ratgeber von Christian Solmecke einen sehr guten Überblick über alle relevanten Aspekte. Welche Fotos darf ich nutzen, welche Informationen gehören ins Impressum, wie gehe ich mit einem Shitstorm um? Er liefert Antworten auf alle wichtigen Fragen, denen Unternehmen beim Einrichten und Nutzen von Social-Media-Accounts begegnen können. **bb**

Christian Solmecke | Social Media Recht
Datev | 143 Seiten | 19,99 Euro



Finanzielle Hilfen für Unternehmen

Passende Förderprogramme von Bund und Land gibt es für nahezu alle Investitionsvorhaben und Gründungsfinanzierungen. Zuschüsse gibt es beispielsweise für Innovations- und Digitalisierungsvorhaben sowie für das Engagieren von Unternehmensberatungen. Ein weiterer Förderschwerpunkt ist die Energie- und Ressourceneffizienz. Die häufigste Form sind zinsgünstige Kredite. Bei fehlenden Sicherheiten können Bürgschaften beantragt werden. Mit öffentlichen Beteiligungen kann die Eigenkapitalausstattung eines Unternehmens verbessert werden. Mit ihrer nun aktualisierten Broschüre bieten die IHKs im Land einen kompakten Überblick zu den öffentlichen Finanzierungshilfen. **bwihk**

BWIHK (Hg.) | Finanzielle Gewerbeförderung im Land Baden-Württemberg
24 Seiten | Download: www.wirtschaft-im-suedwesten.de/rubrik/downloads



„WIRTSCHAFT IM SÜDWESTEN“
Zeitschrift und amtliches Verkündungsorgan
der Industrie- und Handelskammern im
Regierungsbezirk Freiburg - ISSN 0936-5885

Redaktion:
Pressestelle der Industrie- und Handelskammern
im Regierungsbezirk Freiburg i. Br. e.V.:
Ulrike Heitze (Leitung, v. i. S. d. P.)
Dr. Susanne Maerz, Kristin Schwarz,
Andrea Keller

Rehlingstraße 16a, 79100 Freiburg
Postfach 860, 79008 Freiburg
Telefon 0761 15105-0, Fax 0761 3858-398
E-Mail: wis@freiburg.ihk.de
www.wirtschaft-im-suedwesten.de

Titelbild: Gernot Krautberger - Adobe Stock
Bilder, falls nicht anders angegeben, wurden
uns von Unternehmen, Gesprächspartnern und
IHKs zur Verfügung gestellt.

Verlag und Anzeigen:
Prüfer Medienmarketing
Endriß & Rosenberger GmbH
Ooser Bahnhofstr. 16, 76532 Baden-Baden
Verlags-/Anzeigenleitung: Achim Hartkopf
Anzeigendisposition: Andrea Albecker
Telefon 07221 211912,
albecker.andrea@pruefer.com
www.pruefer.com
Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 40 gültig ab Januar 2022.

Satz:
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

Druck:
Ernst Kaufmann GmbH & Co. KG
www.druckhaus-kaufmann.de

Herausgeber:
IHK Hochrhein-Bodensee
Reichenaustraße 21, 78467 Konstanz
Telefon 07531 2860-0 und Gottschalkweg 1,
79650 Schopfheim, Telefon 07622 3907-0,
info@konstanz.ihk.de, www.konstanz.ihk.de
Pressesprecherin:
Heike Wagner, Telefon 07531 2860-190

IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg
Romäusring 4, 78050 VS-Villingen
Telefon 07721 922-0, info@vs.ihk.de,
www.ihk-sbh.de
Pressesprecher:
Christian Beck, Telefon 07721 922-174

IHK Südlicher Oberrhein
Schnewlinstraße 11 bis 13, 79098 Freiburg
(Besucheradresse: Bismarckallee 18-20,
79098 Freiburg)
Telefon 0761 3858-0 und Lotzbeckstraße 31,
77933 Lahr, Telefon 07821 2703-0,
info@freiburg.ihk.de
www.suedlicher-oberrhein.ihk.de
Pressesprecherin:
Natalie Butz, Telefon 0761 3858-113

Erscheinungsweise:
Diese Druckversion der Wirtschaft
im Südwesten erscheint am 30.12.2021.
Die elektronische Version ist unter
www.wirtschaft-im-suedwesten.de verfügbar.

Bezug und Abonnement:
Der Bezug der IHK-Zeitschrift erfolgt im
Rahmen der grundsätzlichen Beitragspflicht
als Mitglied der IHK. „Wirtschaft im Südwesten“
kann zudem für 19,80 Euro/Jahr beim
Verlag abonniert werden.

Verkehrsinfrastruktur am Oberrhein IHKs machen sich für 20 Schlüsselprojekte stark

Der Ausbau der Rheintalbahn und deren Anbindung an das Schweizer Bahnnetz zählt für die IHKs der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (TMO) zu den wichtigsten Verkehrsinfrastrukturprojekten zwischen Karlsruhe, Straßburg und Basel. Der Bahnanschluss des Euroairports und der Ausbau der Rhein-Rhône-Wasserstraße ebenfalls (siehe Karte links). Auf 20 solcher Schlüsselprojekte verständigten sich die IHKs am Oberrhein vergangenes Jahr.

Die TMO wurde vor zwölf Jahren gegründet mit dem Ziel, „den Wohlstand für die Region sowie ihre 6,2 Millionen Einwohner und 200.000 Unternehmen langfristig zu sichern“, wie es in dem Positionspapier heißt. Ihren Charme mache aus, dass sie drei unterschiedliche, aber nahe Kulturen und Traditionen im Herzen Europas umfasse. Außerdem liegt die Region verkehrstechnisch zentral im Rhein-Alpen-Korridor – „einem der wichtigsten Güterverkehrskorridore Europas“, wie die sechs IHKs der Region – darunter die IHKs Südlicher Oberrhein und Hochrhein-Bodensee – hervorheben. Sie weisen zudem auf die periphere Lage an den Korridoren Nordsee-Mittelmeer sowie Rhein-Donau und Atlantik hin. „Eine gute Erreichbarkeit des Wirtschaftsraumes ist daher auch international von großer Bedeutung“, heißt es.

Um diese weiter zu gewährleisten beziehungsweise zu verbessern, haben sie sich auf folgende Ziele verständigt:

- die Vernetzung der Teilregionen der TMO,
- ihre Eingliederung in die europäischen Verkehrsnetze,
- ihre Öffnung gegenüber den Nachbarregionen und der Welt
- sowie die Entwicklung einer auf der Aufwertung der Multimodalität beruhenden nachhaltigen Mobilität voranzutreiben.

Um dies zu erreichen, haben sie neben den 20 Schlüsselprojekten Anforderungen formuliert, die sie an den Luft-, Schienen- und Straßenverkehr stellen. Die Region benötigt danach „eine leistungsstarke Anbindung auf dem Luftweg“ für den Personen- als auch für den Frachtverkehr. Um die Flughäfen dabei zu unterstützen, sich von den Auswirkungen der Coronapandemie zu erholen, seien gute Rahmenbedingungen nötig. Außerdem ist für die IHKs die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des gesamten Schienennetzes zentral. „Aufgrund der Korridorfunktion, welche sich durch die zentrale Lage der TMO ergibt, müssen der Personen- und Güterverkehr auf der Schiene reibungslos nebeneinander funktionieren“, heißt es. Als dafür nötige Projekte nennen sie neue Verbindungen zwischen der Rhein- und Rhône-Region sowie einen weiteren Ausbau der grenzüberschreitenden Verbindungen wie der Verbindung Stuttgart-Singen-Zürich (Gäubahn) und verweisen auch auf Fördermittel der EU, die es hierfür gibt. Thema Binnenschiffahrt: Hier sprechen sich die IHKs dafür aus, den Zugang zur Rhein-Wasserstraße, die Rotterdamm und die Region Basel über Straßburg, Kehl und Weil am Rhein miteinander verbindet, besser zu nutzen. Vor allem mit Blick auf den Containerumschlag. Auch wenn es wichtig sei, Verkehr von der Straße weg zu verlagern, müsse die Straßeninfrastruktur „frei von Ideologien weiterhin gefördert werden und gemäß den Bedürfnissen der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Umwelt weiterentwickelt werden“.

mae

Die auf der Karte links eingezeichneten 20 Infrastrukturprojekte sind aus Sicht der IHKs wichtig für die Region und die regionale Wirtschaft. Sie sind alphabetisch gelistet. Rot steht für den Schienenverkehr, blau für die Binnenschiffahrt, gelb für den Straßenverkehr und grün für verkehrsträgerübergreifende Projekte.



Weitere Infos zu Projekten
und Positionen der
Trinationalen Metropol-
region Oberrhein unter
www.rmtmo.eu

Umweltpreis des Landes

Bis Ende Januar bewerben

Der baden-württembergische Umweltpreis für Unternehmen geht in die 20. Runde. Bewerben können sich Betriebe und Selbstständige aus Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistung mit einem Unternehmensstandort in Baden-Württemberg. Mit dem Preis zeichnet die Landesregierung außergewöhnliche Leistungen im Bereich des betrieblichen Umwelt- und Klimaschutzes und des nachhaltigen Wirtschaftens aus. Bewerben ist bis zum 31. Januar möglich. Die Bewerbungen sind auf einen Standort in Baden-Württemberg zu beziehen. Der Preis wird in den Kategorien „Handel und Dienstleistung“, „Handwerk“, „Industrie-

Unternehmen bis 250 Mitarbeitende“ sowie „Industrieunternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitende“ vergeben. Zusätzlich wird der Jurypreis „Engagement für Klimaschutz“ ausgelobt. Darüber hinaus vergibt das Land einen Sonderpreis für Organisationen aus dem Non-Profit-Bereich, die unternehmensähnliche Strukturen aufweisen. Die Preisträger erhalten ein Preisgeld von jeweils 10.000 Euro, welches sie für Maßnahmen im Umweltschutz einsetzen müssen. **AO**

i Infos und Anmeldung:
 www.umweltpreis.baden-wuerttemberg.de

Ergebnis der Weltklimakonferenz

Gemeinsame Regelwerke festgezurr

Im November hatten sich Vertreter von fast 200 Staaten in Glasgow versammelt, um sich auf weitere Regeln für den Klimaschutz zu einigen. Ein Ziel der jährlich stattfindenden Weltklimakonferenz war 2021, sich sechs Jahre nach Abschluss des Pariser Klimaschutzabkommens auf die letzten zur Umsetzung notwendigen Regeln zu verständigen.

gerechnet, welches die Zertifikate erwirbt. Ein weiteres Ergebnis der 26. Weltklimakonferenz: ein gemeinsames Regelwerk für den internationalen Klimaschutz. Um Klimaziele besser überprüfen und vergleichen zu können, gelten künftig einheitliche transparente Berichtsstandards, Berichtspflichten und Bezugszeiträume von fünf Jahren.

In Glasgow einigten sich die Staaten außerdem darauf, die Hilfen für die Anpassung an Folgen des Klimawandels bis 2025 zu verdoppeln. Deutschland stockt seine multilateralen Investitionen in die Anpassungsfinanzierung um weitere 150 Millionen Euro auf. Mit 100 Millionen Euro des Bundesentwicklungsministeriums wird der Fonds der Globalen Umweltfazilität für die ärmsten Länder gestärkt, mit 50 Millionen Euro des Bundesumweltministeriums der Anpassungsfonds. Deutschland trägt insgesamt rund zwei Milliarden Euro pro Jahr zur internationalen Anpassungsfinanzierung bei und zählt damit zu den führenden Gebern. **JM**

i
 Kontakt: Jil Munga ☎ 0761 3858-263
 ✉ jil.munga@freiburg.ihk.de
 Gemeinsam zur Klimaneutralität:
 www.zielgerade2030.de
 Kostenloses Klimabilanzierungstool:
 ecocockpit-bw.de

Gründungswerkstatt BW

Neues Tool für die Finanzen

Die gemeinsame Onlineplattform Gründungswerkstatt Baden-Württemberg der Industrie- und Handelskammern des Landes unterstützt seit vielen Jahren Existenzgründer beim Planen und Gründen ihres Geschäftsvorhabens. Über die Plattform können Business- und Finanzpläne erstellt werden. Nun kommt ein weiterer Baustein hinzu: Über eine neue Schnittstelle zum Finanzierungsportal www.ermoeglicher.de der Bürgschaftsbank Baden-Württemberg können Gründer ihren Finanzierungsbedarf direkt aus der Gründungswerkstatt an die Bürgschaftsbank übermitteln. **red**

i Onlineplattform für Gründer:
 www.gruendungswerkstatt-baden-wuerttemberg.de



ERFINDERBERATUNG

Die **IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg** bietet telefonische Erfinderberatungen am zweiten Dienstag im Monat von **14 bis 17.30 Uhr** an. Nächste Termine: **11. Januar, 8. Februar**. Anmeldung: Rebecca Auber, Geschäftsbereich Innovation, Technologie der IHK, Telefon 07721 922-181, auber@vs.ihk.de

Die **IHK Südlicher Oberrhein** bietet telefonische Erfinderberatungen in Freiburg und Lahr an. In Freiburg finden diese am ersten Donnerstag im Monat statt. Nächste Termine: **13. Januar, 3. Februar**. In Lahr finden die Erfinderberatungen immer am dritten Donnerstag im Monat statt. Nächster Termin: **20. Januar**. Anmeldung: Petra Laumen, Telefon 0761 3858-262, petra.laumen@freiburg.ihk.de

Bilder: Adobe Stock



Da mittlerweile alle Länder, die das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet haben, dazu verpflichtet sind, eigene Klimaschutzversprechen abzugeben, war es nötig, einen Beschluss herbeizuführen, um noch eventuelle Schlupflöcher auszuschließen. Ein Thema der COP 26 war dabei der Handel mit Emissionszertifikaten und die richtige Anrechnung von Klimaschutzleistungen: Die CO₂-Minderung durch Kompensation in Treibhausgasprojekten gilt es korrekterweise nur einem Land anzurechnen. Künftig wird die Reduktion der Treibhausgasemissionen einmalig auf die Klimaschutzleistungen desjenigen Landes an-



Änderungen im Umweltrecht Dem Müll geht's an den Kragen

Der Jahreswechsel 2021/2022 nimmt vor allem Hersteller und Händler bei den Themen Verpackung und Elektrogeräte (noch) stärker in die Pflicht. In Sachen Energie müssen dagegen alle Unternehmen mitziehen.

Nachfolgend eine Übersicht über die wichtigsten Änderungen, die im Laufe des Jahres 2022 für Unternehmen relevant werden:

Stufenweise Novelle des Verpackungsgesetzes

Quasi in Halbjahresschritten tritt die Novelle des Verpackungsgesetzes in Kraft. Ab Januar 2022 wird die Einwegpfandpflicht auf weitere Getränke in Dosen und Kunststoffflaschen ausgedehnt. Das trifft zum Beispiel Fruchtsäfte und Fruchtnektare. Für Unternehmen, die verpackte Waren an gewerbliche Kunden abgeben, gilt seit Jahresbeginn eine neue Dokumentationspflicht über die von ihnen zurückgenommenen Verpackungsmengen, unterschieden nach Hauptmaterialart wie etwa Kunststoff oder Kartonage.

i Weitere Details: WiS 7/8-2021 sowie www.wirtschaft-im-suedwesten.de www.verpackungsgesetz.de oder www.suedlicher-oberrhein.ihk.de [Q 5157520](http://www.suedlicher-oberrhein.ihk.de)

Das Ende vieler Plastiktüten

Zum Jahreswechsel tritt das Verbot von Plastiktüten in Kraft. Davon betroffen sind

Kunststoffbeutel mit Wandstärken von 15 bis 50 Mikrometern, sprich die gewöhnlich im Handel an der Kasse ausgegebenen klassischen Einkaufstüten.

Weiterhin erlaubt sind dagegen die sogenannten Hemdchenbeutel für Obst und Gemüse sowie stabilere Tragetaschen ab einer Wandstärke von 50 Mikrometern.

Novelle des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes

Ab dem 1. Januar 2022 gilt die Änderung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes, die unter anderem Rücknahmekonzepte vorschreibt für Geräte, die gewöhnlich nicht in Privathaushalten verwendet werden. Gestrichen wurden aber die kaum praktikablen Dokumentationspflichten für derartige Geräte gemäß § 30.

Ausgeweitet werden ab 1. Juli 2022 die Rücknahmepflichten von Handelsunternehmen, die dann auch Supermärkte ab einer Verkaufsfläche von 800 Quadratmetern betreffen, sofern sie hin und wieder Elektrogeräte verkaufen.

i Weitere Details: www.suedlicher-oberrhein.ihk.de [Q 5148256](http://www.suedlicher-oberrhein.ihk.de)

Photovoltaikpflicht für Dächer und Parkplätze

Zur Konkretisierung des 2021 novellierten baden-württembergischen Klimaschutzgesetzes gilt ab Januar 2022 die neue „Verordnung zu den Pflichten zur Installation von Photovoltaikanlagen auf Dach- und Parkplatzflächen (Photovoltaik-Pflicht-Verordnung)“. Das Klimaschutzgesetz verlangt die Errichtung von Solaranlagen auf Neubauten von Nicht-Wohngebäuden ab Januar 2022, auf Wohngebäuden ab Mai 2022 und im Fall von grundlegenden Dachsanierungen ab Januar 2023.

Gleiches gilt ab Januar 2022 für Parkplätze ab einer Größe von 35 Stellplätzen. Die genaue Ausgestaltung regelt die neue Verordnung.

i Weitere Details: www.suedlicher-oberrhein.ihk.de [Q 4923628](http://www.suedlicher-oberrhein.ihk.de)

Neue Vorgaben zur Luftreinhaltung

Feuerungsanlagen unter einem Megawatt unterliegen der Kleinfeuerungsanlagenverordnung (1. BImSchV), die zum Jahreswechsel leicht geändert wird. Betroffen sind die Kamine von Feststoff-Feuerungsanlagen und deren Höhe und Abstände zu anderen Gebäuden. Eine Nachrüstpflicht besteht jedoch nicht.

Größere Auswirkungen auf Unternehmen wird die am 1. Dezember 2021 in Kraft getretene „Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft)“ haben. Sie richtet sich zunächst nur an die Behörden, die die neuen Anforderungen jedoch im Laufe der Zeit übernehmen werden in Genehmigungsbescheide an Unternehmen. Besonders betroffen sind Erweiterungsplanungen von Firmen, da nun häufiger im Vorfeld Schadstoffausbreitungsrechnungen vorgeschrieben sind.

i Weitere Details: www.suedlicher-oberrhein.ihk.de [Q 5267580](http://www.suedlicher-oberrhein.ihk.de)

EEG-Umlage sinkt

Die EEG-Umlage wird von zuvor 6,5 Cent pro Kilowattstunde ab Januar 2022 auf 3,723 Cent abgesenkt. Im Vergleich zum Vorjahr sinkt die EEG-Umlage damit um 2,8 Cent beziehungsweise 43 Prozent. **Ba**

i Weitere Details: www.suedlicher-oberrhein.ihk.de [Q 5303294](http://www.suedlicher-oberrhein.ihk.de)

i

Wilfried Baumann [☎ 0761 3858-265](http://www.suedlicher-oberrhein.ihk.de)
[✉ wilfried.baumann@freiburg.ihk.de](mailto:wilfried.baumann@freiburg.ihk.de)

Von Zöllen bis Bescheinigungen

Es bleibt komplex

Durch den Brexit begann das vergangene Jahr recht turbulent. Deshalb scheinen die Neuerungen zum Jahreswechsel 2021/2022 vergleichsweise gering. Doch der Schein trügt.



Bild: Adobe Stock

Auch zum aktuellen Jahreswechsel müssen sich Unternehmen mit einer Reihe von Änderungen befassen. Allen voran sei die Revision des Harmonisierten Systems genannt, denn die Warentarifnummer ist der Schlüssel zu vielen Fragestellungen im Zusammenhang mit Auslandsgeschäften. Alle sieben Jahre bedarf es einer größeren Anpassung, um den technologischen Veränderungen und der Entstehung neuer Produkte Rechnung zu tragen. 2022 gibt es daher gut 350 Neuerungen unterschiedlicher Art, rund 15 Prozent des Warenverzeichnisses ändern sich. Das Statistische Bundesamt hat wieder eine Gegenüberstellung der alten und neuen Warennummern veröffentlicht, die in diesem Jahr knapp 130 Seiten umfasst. Viel Arbeit also, aber jedem Unternehmen bleibt das gute Gefühl, mit diesem Thema nicht allein zu sein, denn rund 200 Staaten weltweit arbeiten auf Basis des Harmonisierten Systems.

Eingangsmeldung vor dem Aus

Eng verbunden mit der Warennummer ist auch die **Außenhandelsstatistik**. Deren Anforderungen ändern sich im neuen Jahr sowohl bei der sogenannten Intrahandelsstatistik als auch bei Extrastat, also den Angaben in der Zollanmeldung. Mit den Intrastat-Meldungen wird der Warenverkehr zwischen den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) statistisch erfasst – derzeit noch sowohl Versendungen als auch Wareneingänge. Perspektivisch plant die EU die Einführung des „Einstromverfahrens“, wonach in der Regel nur noch Versendungsmeldungen abzugeben sind. Nur sehr große Unternehmen werden dann noch Eingangsmeldungen abgeben müssen. Eine spürbare Entlastung also für die Wirtschaftsakteure. Leider ist noch offen, wann die Eingangsmeldung abgeschafft wird.

Rund
15 Prozent
des Waren-
verzeichnisses
ändern sich
zum Jahres-
wechsel

In Vorbereitung auf die Verfahrensänderung müssen seit 1. Januar 2022 bei den **Versendungsmeldungen** zusätzliche Daten angegeben werden: zum einen die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (Ust-ID-Nr.) des Warenempfängers, zum anderen das Ursprungsland der Ware. Zudem gibt es bei den Geschäftsarten Änderungen, und natürlich müssen auch hier die korrekten Warennummern nach dem Harmonisierten System (HS) 2022 berücksichtigt werden. Darüber hinaus gibt es auch noch Einschränkungen bei der Zusammenfassung von Angaben zu gemeinsamen Meldungen.

Die Änderungen der Außenhandelsstatistik bringen auch Umstellungen bei der Zollanmeldung in „ATLAS“ mit sich, denn die bereits erwähnten neuen Codierungen bei der „Art des Geschäfts“ sind auch in Zollanmeldungen umzusetzen. Außerdem ändern sich die Bedingungen zur Nutzung von Sammelwarenummern.

Großbritannien bleibt eine harte Nuss

Auch nach einem Jahr mit unterschiedlichen praktischen Erfahrungen muss nach wie vor ein wenig Augenmerk auf die Geschäfte mit **Großbritannien** gelegt werden. Zwar wurden auf britischer Seite einige Fristen zur Vorlage von Einfuhrdokumenten nochmals verschoben, seit 1. Januar besteht jedoch die Pflicht zur Vorlage einer vollständigen Zollanmeldung bei Einfuhr nach Großbritannien. Und im Zuge der Digitalisierung der Grenzabfertigung müssen sich Spediteure zum „Goods Vehicle Movement Service“ (GVMS) anmelden, wenn Waren über einen Hafen ins Königreich gebracht werden, der diesen Service nutzt. Probleme bereitet vielen Exporteuren im Zusammenhang mit dem Brexit nach wie vor die Erledigung der Ausfuhrverfahren nach Großbritannien, denn bis zu 20 Prozent der Ausgangsvermerke

fehlen zum Teil noch. Diese sollten über das Follow-Up-Verfahren und die Vorlage von Alternativnachweisen erledigt werden.

Kopfzerbrechen bereitet auch die bereits seit Juli 2021 gültige „Kleinsendungsregelung“. Durch das Abschaffen der Steuerfreiheit von Einfuhrsendungen mit weniger als 22 Euro Warenwert müssen für alle Lieferungen Zollanmeldungen abgegeben werden, wodurch der Aufwand für Importeure deutlich höher ist als zuvor. Auch wenn die Abfertigung in den meisten Fällen von Dienstleistern erfolgt, benötigen diese in der Regel zahlreiche Daten und Sendungsdetails für die Abfertigung. Im Januar 2022 soll das Zoll Modul „ATLAS-IMPOST“ an den Start gehen, mit dem Unternehmen selbst die Zollanmeldungen vornehmen können.



Weitere Details: WiS 12-2021 sowie
www.wirtschaft-im-suedwesten.de
One year after

Schweiz-Exporte werden einfacher

In Sachen Einfuhrverzollung macht es sich die Schweiz perspektivisch ein wenig einfacher: Industriezölle sollen vollständig abgeschafft werden. Der ursprünglich angedachte Termin zur Umsetzung, der 1. Januar 2022, konnte zwar nicht gehalten werden, aber der Schweizer Bundesrat wird im Februar über das Datum des Inkrafttretens entscheiden. Zudem steht mit dem Projekt „Dazit“ eine umfassende Revision und Digitalisierung des Zollsystems am Start, was in der Zukunft auch Auswirkungen auf die exportierenden Unternehmen hat.

Halbgare Lösung zum Warenursprung

Veränderungen gibt es zum Jahreswechsel oft bei Fragen des **Warenursprungs** und der damit zusammenhängenden Dokumentation durch Lieferantenerklärungen. Die gute Nachricht zuerst: Auch 2022 bleibt der Wortlaut der Lieferantenerklärung unverändert, und außer mit Großbritannien gab es keine neuen Abkommen, die bei den begünstigten Ländern zu nennen wären. Trotzdem bekommt das Thema des präferenziellen Warenursprungs gerade eine unerwartete Dimension durch das neue Pan-Euro-Med-Regionalübereinkommen. Die darin vereinbarten (Ursprungs-)Regeln sind deutlich wirtschaftsfreundlicher, es sind weniger Nachweise erforderlich, und die Ursprungspräferenz ist leichter erreichbar.

Was nach vielen Vorteilen klingt, hat aber auch wieder einen Haken, denn nicht alle Länder der Pan-Euro-Med-Zone akzeptieren die neuen Regelungen. Die eigentlich durch das Abkommen angestrebte Harmonisierung innerhalb des gesamten Wirtschaftsraums wird also (noch) nicht erreicht. Im Gegenteil: Da Unternehmen die Wahl haben, nach welchen Ursprungs-

regeln die Präferenz ermittelt und bestätigt wird, gibt es zwei Systeme mit zwei getrennten Nachweisketten. Im Moment also eher etwas für Spezialisten, im bilateralen Lieferverkehr kann es aber durchaus hilfreich sein, nach den sogenannten „transitional rules“ zu arbeiten.

Probleme durch neue Lieferketten

Einen kleinen Schritt vorwärts ging es im Handelsstreit zwischen der EU und den USA. Beide Seiten haben sich auf eine Aussetzung der vorgesehenen Zusatzzölle geeinigt und diese nun durch zollbefreite Quoten ersetzt. Teurer wird es an anderer Stelle für einige Importeure durch das Verhängen von Antidumpingzöllen, betroffen sind unter anderem optische Glasfasern aus China. Zur Verteuerung von Gütern tragen derzeit vor allem auch die Lieferkettenprobleme bei (siehe dazu auch Seite 6). Viele Unternehmen klagen über Probleme bei der Beschaffung – seien es Rohstoffe, Zulieferteile oder Handelsware – und orientieren sich auf neuen Märkten. Ein unangenehmer Nebeneffekt könnte sein, dass durch Änderung der gewohnten Lieferketten Produkte ihre Ursprungspräferenz verlieren, was wiederum zu bösem Erwachen beim Kunden führen kann, wenn dieser plötzlich neben dem höheren Preis auch noch Zoll zahlen muss.

In Vorausschau auf das nächste Jahr machen auch andere Fragen der Lieferkette von sich reden: Das **Lieferkettenorgfaltspflichtengesetz** (LkSG). Dies soll der Verbesserung der internationalen Menschenrechtslage dienen, indem es Anforderungen an ein verantwortungsvolles Management von Lieferketten festlegt. Es ist ab 1. Januar 2023 in Deutschland für Unternehmen mit mindestens 3.000 Beschäftigten anwendbar. Ein Jahr später sind dann auch

Unternehmen mit mindestens 1.000 Beschäftigten in Deutschland erfasst.

Auch Unternehmen, die nicht in den unmittelbaren Anwendungsbereich fallen, dürften aber, so stellt die Wirtschaftskanzlei Friedrich Graf von Westphalen & Partner fest, als Teil einer Lieferkette die Auswirkungen des Gesetzes zu spüren bekommen, etwa in Form von neuen Vertragsklauseln, mit denen große Unternehmen die ihnen gesetzlich auferlegten Sorgfaltspflichten an Vertragspartner weitergeben.

Schwellenwerte bei Ausschreibungen

Bleibt zuletzt noch ein Blick auf **öffentliche Aufträge**, für die die EU-Kommission neue Schwellenwerte zur Ausschreibung veröffentlicht hat. Gegenüber den noch bis Ende 2021 geltenden Schwellenwerten liegen sie nur marginal höher. Bauleistungen etwa sind ab 5,382 Millionen Euro auszuschreiben, für übrige Aufträge von Nichtregierungsbehörden liegt der Schwellenwert bei 215.000 Euro. **toe, psb**



IHK Hochrhein-Bodensee: Lena Gatz
☎ 07622 3907-268
✉ lena.gatz@konstanz.ihk.de

IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg:
Ingrid Schatter
☎ 07721 922-120
✉ schatter@vs.ihk.de

IHK Südlicher Oberrhein: Susi Tölzel
☎ 0761 3858-122
✉ susi.toelzel@freiburg.ihk.de

Rechtliche Neuerungen

Von Personal bis Kaufrecht



Viele rechtliche Änderungen zum Jahresstart haben wir bereits in den vergangenen Ausgaben größer vorgestellt. Nachfolgend aber noch mal eine Zusammenfassung über das, was kommt und was man dazu wissen muss.

Mindestlohn & -ausbildungsvergütung

Der gesetzliche Mindestlohn für Arbeitnehmer steigt zum Jahreswechsel auf 9,82 Euro. Ab dem 1. Juli 2022 wird er dann auf 10,45 Euro erhöht. Anstellungen auf 450-Euro-Basis sind dadurch ab Jahresbeginn nur noch für rund 45, ab Mitte 2022 nur noch für 43 Stunden im Monat sozialversicherungsfrei. Bei Verträgen, die bereits die Grenze von 450 Euro voll ausschöpfen, sollte der Beschäftigungsumfang regelmäßig angepasst werden. Die neue Bundesregierung plant zudem, den Mindestlohn auf zwölf Euro anzuheben. Ab wann das gelten soll, ist noch offen. Zum Jahresbeginn wird auch die gesetzliche Mindestausbildungsvergütung für das erste Ausbildungsjahr auf 585 Euro angehoben. Im zweiten, dritten und vierten Lehrjahr gibt es Aufschläge: Die Vergütung muss je 18 Prozent, 35 Prozent und 40 Prozent über dem Einstiegsbetrag des ersten Ausbildungsjahres liegen.

Krankenversicherung bei Minijobbern

Arbeitgeber sozialversicherungsfreier Arbeitnehmer unterliegen seit dem 1. Januar einer Meldepflicht bezüglich der jeweiligen Krankenversicherung der Arbeitnehmer. Der Arbeitgeber muss bei der Meldung des auf 450-Euro-Basis Angestellten bei der Minijob-Zentrale angeben, bei welcher (gesetzlichen) Krankenversicherung dieser für die Dauer der Beschäftigung versichert ist. Ziel ist die Verbesserung des Krankenversicherungsschutzes für kurzfristige Beschäftigte.

Geschlechterquote & #stayonboard

Mit dem sogenannten Zweiten Führungspositionen-Gesetz (FüPoG II) wurde eine verbind-

liche Geschlechterquote für den Vorstand paritätisch mitbestimmter, börsennotierter Unternehmen eingeführt. Besteht dieser aus mehr als drei Mitgliedern, müssen mindestens eine Frau und ein Mann darin vertreten sein. Dies gilt bei der Bestellung neuer Vorstandsmitglieder ab dem 1. August 2022. Eine Bestellung entgegen dem Mindestbeteiligungsgebot ist nichtig und der Posten bleibt unbesetzt. Die Zielgröße von Null-Prozent Frauenanteil für den Aufsichtsrat, den Vorstand und die beiden obersten Führungsebenen unterhalb des Vorstands bleibt zwar weiter zulässig, unterliegt jedoch einer umfassenden Begrün-



dungspflicht. Diese entfällt, wenn bereits die verbindliche Geschlechterquote gilt. Zudem muss die Prozentangabe des Zielanteils eine volle Personenzahl ergeben. Vorangetrieben durch die Initiative #stayonboard wird es Vorstandsmitgliedern zudem künftig ermöglicht, ihr Mandat in bestimmten Fällen bis zu zwölf Monate „ruhen zu lassen“, etwa nach der Geburt eines Kindes, im Sinne einer Elternzeit, zur Pflege von Angehörigen oder bei Krankheit. Der Aufsichtsrat beschließt dafür den Widerruf der Vorstandsbestellung, sichert aber zugleich die Wiederbestellung zu. Nach der alten Rechtslage musste das Amt im Falle einer solchen Auszeit aus Haftungsgründen regelmäßig niedergelegt werden.

Erleichterte Versammlungen für AG und GmbH

Die virtuelle Hauptversammlung geht in die dritte Saison. Die aufgrund der Covid-

19-Pandemie eingeführte und von der Praxis gut angenommene Möglichkeit, eine Hauptversammlung ohne Anwesenheit der Aktionäre abzuhalten, wurde bis zum 31. August 2022 verlängert. GmbH-Gesellschafter haben ebenfalls bis Ende August die Möglichkeit, Gesellschafterbeschlüsse in Textform, also beispielsweise per E-Mail, oder durch schriftliche Stimmabgabe zu fassen, auch wenn weder der Gesellschaftsvertrag dies vorsieht, noch alle Gesellschafter damit einverstanden sind. Eine rein virtuelle Gesellschafterversammlung ist bei der GmbH weiterhin nur dann möglich, wenn dies im Gesellschaftsvertrag entsprechend geregelt ist.

Nachmeldungen zum neuen Transparenz-Vollregister

Das Transparenzregister wird vom bisherigen „Auffangregister“ zum Vollregister aufgewertet. Es enthält künftig die Daten der wirtschaftlich Berechtigten aller (Handels-) Gesellschaften, Vereine und Stiftungen. Wirtschaftlich Berechtigte sind die natürlichen Personen, die mehr als 25 Prozent der Kapitalanteile oder Stimmrechte an einer Personen- oder Kapitalgesellschaft halten oder kontrollieren. Demnach müssen nun die wirtschaftlich Berechtigten sämtlicher Rechtsformen ermittelt und zum elektronischen Transparenzregister nachmeldet werden. Je nach Gesellschaftsform endet die Meldefrist am 31. März (AG, SE, KGaA), 30. Juni (GmbH, [europäische] Genossenschaft, Partnerschaft) oder 31. Dezember 2022 (eingetragene Personengesellschaften).

 Weitere Details: WiS 9-2021 sowie www.wirtschaft-im-suedwesten.de
 Transparenzregister

Steuergleichstellung von Personen- und Kapitalgesellschaften

Ab dem Veranlagungsjahr 2022 besteht die Möglichkeit, Personengesellschaften und Partnerschaftsgesellschaften wie Kapitalgesellschaften zu besteuern. Bei Letzteren erfolgt die Versteuerung von Gesellschaft und Gesellschaftern getrennt. Im Ergebnis

führt dies zu einer betragsmäßig höheren Gewinnausschüttung. Die Gleichstellungsmöglichkeit soll die Steuerneutralität und Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaftsformen stärken. Ausgeschlossen sind die GbR und Einzelunternehmen.

i Weitere Details: WIS 11-2021 sowie
🌐 www.wirtschaft-im-suedwesten.de
🔍 Besteuerung wählen

Online: GmbH gründen, Handelsregister anmelden

Für die GmbH (und die UG) besteht ab dem 1. August 2022 die Möglichkeit einer Onlinegründung. Dabei erfolgt die notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrages und der erforderlichen Willenserklärungen der Gesellschafter mittels eines besonders gesicherten Videokommunikationssystems der Bundesnotarkammer.

Auch Handelsregisteranmeldungen können in Zukunft mittels Videokommunikation beglaubigt werden, vorausgesetzt die Anmeldung erfolgt durch Einzelkaufleute oder Kapitalgesellschaften in der Rechtsform der AG, GmbH und KGaA. Bekanntmachungen der Eintragungen erfolgen dann nur noch durch die erstmalige Abrufbarkeit der Informationen über das Registerportal der Länder (www.handelsregister.de). Das Abrufen von Daten aus dem Handelsregister ist ab dem 1. August gebührenfrei möglich.

i Weitere Details: WIS 11-2021 sowie
🌐 www.wirtschaft-im-suedwesten.de
🔍 GmbH gründen

Neuer Sachmangelbegriff im Kaufrecht

Im Juni 2021 wurde die EU-Warenkaufrichtlinie zur Harmonisierung des Kaufrechts umgesetzt. Die Gesetzesänderung gilt für Vertragsschlüsse ab dem 1. Januar 2022. Der neue Sachmangelbegriff ist die wichtigste Neuerung: Danach kann eine Sache mangelhaft sein, obwohl sie die vereinbarte Beschaffenheit hat. Bisher genießt eine subjektive Beschaffenheitsabrede Vorrang vor objektiven Anforderungen. Nach dem neuen Mangelbegriff ist neben der vereinbarten Beschaffenheit das Erfüllen objektiver Anforderungen maßgeblich, das heißt vor allem der „üblichen“ Beschaffenheit sowie Montageanforderungen. Darunter fallen insbesondere Montage- und Betriebsanleitungen. Bei B2B-Geschäften kann der Umfang der objektiv zu erwartenden Eigenschaften vertraglich vereinbart werden, im Verbrauchergeschäft nur

unter strengen Voraussetzungen. Insbesondere muss die vertragliche Vereinbarung das Abweichen von der objektiv erwarteten „üblichen“ Beschaffenheit ausdrücklich festlegen. Ein allgemeiner Hinweis in den AGB oder in der Produktbeschreibung ist nicht ausreichend.

Beim Verkauf gebrauchter Waren an Verbraucher kann der Händler die gesetzliche Gewährleistungsfrist weiterhin verkürzen, aber nicht mehr in den AGB, sondern nur durch individualvertragliche Vereinbarung. Außerdem verlängert sich der Zeitraum der Beweislastumkehr für Mängel im B2C-Bereich (Verbrauchsgüterkauf) von einem halben auf ein ganzes Jahr: Tritt ein Mangel während dieser Zeit auf, wird vermutet, dass er schon bei der Übergabe der Ware vorlag. Der Verkäufer müsste das Gegenteil beweisen. Unternehmer sollten ihre Kaufverträge an die neuen Regelungen anpassen.

i Weitere Details: WIS 9 und 11-2021 sowie
🌐 www.wirtschaft-im-suedwesten.de
🔍 EU-Warenkaufrichtlinie und
🔍 EU-Kaufrecht

Verbrauchervertrag über digitale Produkte

Das Kaufrecht enthält in seiner neuen Fassung auch den neuen „Verbrauchervertrag über digitale Produkte“ nebst Gewährleistungsrecht. Unter die neue Vertragsart fallen beispielsweise Verbraucherverträge über Smartphones, Smartwatches, digitale Sprachassistenten, smarte Fernseher und Stereoanlagen sowie digitale Haushaltsgeräte oder Spielekonsolen. Neben den Gewährleistungsrechten hat der Verkäufer künftig eine Aktualisierungspflicht. Stellt der Verkäufer innerhalb der üblichen Nutzungsdauer des Produkts keine Updates bereit, liegt darin ein Sachmangel. Davon betroffen sind vor allem Aktualisierungen, welche die Funktionsfähigkeit und die IT-Sicherheit des Produkts gewährleisten. Funktionsverbesserungen sind nicht geschuldet. Verkäufer von digitalen Produkten, die diese nicht selbst

herstellen, sollten daher mit dem Hersteller die Modalitäten der Aktualisierung vertraglich vereinbaren, um ihre Aktualisierungspflicht abzusichern. Zudem wird auch die Frage nach der Dauer des Zeitraums für die Bereitstellung der Updates regelungsbedürftig sein, da dies gesetzlich nicht festgelegt ist. Dieser muss mindestens die Dauer der gesetzlichen Gewährleistung (zwei Jahre) betragen und kann

durch Vereinbarung nicht verkürzt werden. Denkbar ist, dass digitale Produkte künftig mit einem „Haltbarkeitsdatum“ verkauft werden, das der zu erwartenden Produktlebensdauer entspricht.

i Weitere Details: WIS 9 und 11-2021 sowie
🌐 www.wirtschaft-im-suedwesten.de
🔍 EU-Warenkaufrichtlinie und
🔍 EU-Kaufrecht

Automatische Verlängerungen nur noch eingeschränkt

Für Dauerschuldverhältnisse im B2C-Bereich, die ab dem 1. März 2022 geschlossen werden, verändern sich die gesetzlichen Regelungen zur stillschweigenden Verlängerung. Eine automatische Verlängerung um ein Jahr, bei einer vorherigen Kündigungsfrist von bis zu drei Monaten, ist nicht mehr wirksam. Stillschweigende Verlängerungen sind nur noch zulässig, wenn sich das Dauerschuldverhältnis auf unbestimmte Zeit verlängert und vom Verbraucher monatlich kündbar ist. Unternehmen sollten ihre AGB bis zum 1. März anpassen. Entgegenstehende Klauseln werden ab diesem Zeitpunkt unwirksam.

Bei online geschlossenen kostenpflichtigen Dauerschuldverhältnissen im B2C-Bereich sind Unternehmen ab dem 1. Juli verpflichtet, auch eine Onlinekündigung anzubieten. Dies



soll über eine gut sichtbare und eindeutig beschriftete Schaltfläche („Kündigungsbutton“) ermöglicht werden. Die Schaltfläche zur Kündigung muss den Verbrauchern gut auffindbar dargestellt werden und ständig verfügbar sein. Gibt es bis zum Stichtag keinen solchen Kündigungsbutton, können Verbraucher fristlos kündigen.

Barbara Mayer,
Friedrich Graf von Westphalen & Partner

Änderungen bei Steuern und Sozialversicherungen

Handfestes – und ein erster Blick in die Glaskugel

Bedingt durch die Bundestagswahl im vergangenen September und die anschließende Regierungsbildung ist ein Jahressteuergesetz mit Änderungen für 2022 Stand Mitte Dezember noch nicht ergangen. Trotzdem stehen durch einige Gesetze der „alten“ Regierung und erste Planungen der neuen Koalition verschiedene Neuerungen ins Haus. Eine Übersicht über das, was kommt und was kommen könnte.

Im Rahmen der Einkommensteuer wird der **steuerfreie Grundfreibetrag** für das Jahr 2022 von 9.744 Euro (2021) auf 9.984 Euro erhöht. Zum Ausgleich der kalten Progression werden die übrigen Eckwerte des Einkommensteuertarifs angepasst. Kinderfreibetrag beziehungsweise Kindergeld bleiben unverändert zum Vorjahr. Für die Zukunft sieht der Koalitionsvertrag die Einführung einer Kindergrundsicherung vor. Diese besteht aus einem einkommensunabhängigen Garantiebtrag sowie einem vom Elterneinkommen abhängigen gestaffelten Zusatzbeitrag.

Für **Corona-Sonderzahlungen an Arbeitnehmer** wird die steuerfreie Auszahlungsfrist nochmals bis zum 31. März 2022 verlängert. Voraussetzung für die Steuerfreiheit bleibt, dass die Leistung zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn gezahlt wird. Auch der Steuerfreibetrag von maximal 1.500 Euro bleibt unverändert, da lediglich der Zeitraum für die Gewährung gestreckt wird. Eine Zahlung von 1.500 Euro in mehreren Teilraten ist möglich.

Die **Freigrenze für die Gewährung von Sachbezügen** steigt ab dem Jahr 2022 von 44 Euro monatlich auf 50 Euro. Dies gilt nach wie vor nur, wenn die Sachbezüge zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn geleistet werden und es sich um Sachleistungen handelt. Nicht zu den Sachleistungen gehören Einnahmen in Geld, wie beispielsweise zweckgebundene Geldleistungen, nachträgliche Kostenerstattungen und andere Vorteile, die auf einen Geldbetrag lauten. Die Nichtbeanstandungsregel für Gutscheine in Form von Geldkarten – zum Beispiel bestimmte Open-Loop-Karten –, die als Geldsurrogate im Rahmen unabhängiger Systeme des unbaren Zahlungsverkehrs eingesetzt werden können, ist zum 31. Dezember 2021 ausgelaufen.

Im Koalitionsvertrag der neuen Regierungsparteien ist für den **Sparrerpauschbetrag** die Anhebung von 801 Euro beziehungsweise 1.602 Euro bei zusammenveranlagten Paaren auf 1.000 Euro und 2.000 Euro geplant. Die **Homeoffice-Pauschale** soll nach den Vorschlägen der Koalitionspartner bis zum 31. Dezember 2022 verlängert und für Arbeitnehmer in der Pflege der steuerfreie Pflegebonus auf 3.000 Euro erhöht werden. Auch ist im Vertrag die Einführung einer Steuerbefreiung von Zuschlägen für Pflegeberufe geplant. Darüber hinaus sieht der Koalitionsvertrag vor, **Mitarbeiterkapitalbeteiligungen** durch Anhebung des Steuerfreibetrags attraktiver zu machen.



Bild: Audoe Stock

Durch das zweite Corona-Steuerhilfegesetz 2020 wurden die Höchstbetragsgrenzen für den **steuerlichen Verlustrücktrag** der Veranlagungszeiträume 2020 und 2021 von einer Million Euro auf fünf Millionen Euro bei Einzelveranlagung und von zwei Millionen Euro auf zehn Millionen Euro bei Zusammenveranlagung angehoben. Der erhöhte Wert von fünf Millionen Euro gilt auch für die **Körperschaftsteuer**. Die Verlängerung ist derzeit nicht gesetzlich verankert, wird im Koalitionsvertrag aber für die Veranlagungszeiträume 2022 und 2023 mit einer Verrechnung über die zwei vorangegangenen Veranlagungszeiträume – aktuell nur für den vorangegangenen Veranlagungszeitraum – angedacht.

Ein **aktiver Rechnungsabgrenzungsposten** (ARAP) war laut einem Urteil des Finanzgerichts Baden-Württemberg im Jahr 2019 bei Betriebsausgaben unterhalb der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter (damals 410 Euro) nicht mehr auszuweisen. Der Fall wurde dem Bundesfinanzhof vorgelegt: Gemäß der Entscheidung des Bundesfinanzhofs vom 16. März 2021 sind ARAP jedoch auch bei geringfügigen Beträgen zu bilden, da für Rechnungsabgrenzungsposten der Grundsatz der Wesentlichkeit und Verhältnismäßigkeit keine Anwendung findet. In Folge bleibt hinsichtlich aktiver und passiver Rechnungsabgrenzungsposten alles wie gehabt.

Eine „**Superabschreibung**“ soll laut Koalitionsvertrag für Unternehmen gewährt werden, die in den Jahren 2022 und 2023 in Projekte investieren, die in besonderer Weise dem Klimaschutz dienen. Auch die Investition in digitale Wirtschaftsgüter soll begünstigt sein. Welchen Umfang die Abschreibungen haben werden sowie die genaueren Bestimmungen der förderfähigen Investitionen sind bisher noch nicht festgelegt.

Bereits seit dem 1. Juli 2020 gilt für **Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen** der ermäßigte Umsatzsteuersatz von sieben Prozent. Die Begünstigung für die Anwendung des ermäßigten Steuersatzes wurde bis zum 31. Dezember 2022 verlängert. Ausdrücklich ausgenommen ist wie bisher die Abgabe von Getränken. Hier kommt weiterhin der Regelsteuersatz zur Anwendung. Auch die Finanzverwaltung hat ihre für Pauschalangebote getroffenen Vereinfachungsregelungen für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen verlängert. Bei Angeboten, die sowohl Speisen als auch Getränke zum Pauschalpreis beinhalten, kann der auf die Getränke entfallende Entgeltanteil pauschal mit 30 Prozent angesetzt werden. Der Anteil, der der Umsatzsteuer von sieben Prozent beziehungsweise dem Regelsteuersatz unterliegt, darf folglich geschätzt werden.

Die **Pauschbeträge für Verpflegung und Übernachtung bei Auslandsreisen**, die das Bundesfinanzministerium für gewöhnlich einmal im Jahr anpasst, werden pandemiebedingt diesmal nicht zum 1. Januar 2022 neu festgesetzt. Es gelten also weiterhin die Pauschbeträge, die die Finanzverwaltung bereits zum 1. Januar 2021 veröffentlicht hat.

Die **steuerliche Forschungszulage** wurde nach langjähriger politischer Diskussion zum 1. Januar 2020 eingeführt und begünstigt die Grundlagenforschung, industrielle sowie experimentelle Forschung (25 Prozent der förderfähigen Aufwendungen, Bemessungsgrundlage maximal zwei Millionen Euro pro Jahr, maximale Forschungszulage 500.000 Euro pro Jahr). Durch das Konjunkturpaket wurde die Forschungszulage erhöht: Für förderfähige Aufwendungen, die nach dem 30. Juni 2020 entstanden sind beziehungsweise vor dem 1. Juli 2026 entstehen, wurde die maximale Bemessungsgrundlage von zwei auf vier Millionen Euro pro Jahr verdoppelt, sodass Unternehmen in diesem Zeitraum bis zu einer Million Euro Forschungszulage pro Jahr erhalten können. Dafür muss das Unternehmen zunächst bei der Bescheinigungsstelle Forschungszulage (BSFZ) einen Antrag auf Erteilung einer Bescheinigung stellen. Nach Prüfung, Zustimmung und Ausstellung des Papiers ist die Forschungszulage beim Finanzamt zu beantragen. Die sodann festgesetzte Forschungszulage ist auf die Einkommen-/Körperschaftsteuer anzurechnen. Eine Aktivierung als sonstiger Vermögensgegenstand beziehungsweise die Minderung der Steuerrückstellung ist geboten, sofern die sachlichen Voraussetzungen zum Bilanzstichtag erfüllt sind und eine



positive Bescheinigung der BSFZ bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses vorliegt. Zudem muss der Antrag beim Finanzamt bereits gestellt sein beziehungsweise mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gestellt werden. Folglich setzt die Aktivierung eines Anspruchs auf Gewährung einer Forschungszulage nicht notwendigerweise voraus, dass der Antrag auf Festsetzung beim Finanzamt bis zum Zeitpunkt der Beendigung der Aufstellung des Abschlusses bereits gestellt worden ist.

Die Vorschriften für die Bemessung der **Grundsteuer** wurden aufgrund veralteter Datengrundlage bereits im Jahr 2018 für verfassungswidrig erklärt. Der Bund hat bereits im November 2019 neue Bewertungsregeln geschaffen und eine Öffnungsklausel für die

Bundesländer eingeräumt, sodass zum Beispiel Baden-Württemberg (BW) ein eigenes Grundsteuergesetz im November 2020 verabschiedet hat. Zudem wird zum 1. Januar 2025 bundesweit ein sogenannter Grundsteuerwert den Einheitswert ablösen. Hierfür erfolgt die erste Hauptfeststellung der neuen Grundstückswerte zum Stichtag 1. Januar 2022. Daher werden alle Grundstücksbesitzer dazu aufgefordert, die Grundstücke neu zu bewerten und eine Feststellungserklärung abzugeben. Für BW soll die Übermittlung elektronisch über Elster erfolgen. In der Regel sind in der Erklärung die Grundstücksgröße und der Bodenrichtwert, der von der Kommune bekanntgegeben wird, einzutragen.

Die elektronische Übermittlung wird in BW voraussichtlich ab dem 1. Juli 2022 möglich sein. Die Frist zur Abgabe endet nach derzeitiger Planung am 31. Oktober 2022.

Bei der **Sozialversicherung** haben sich die **Beitragsbemessungsgrenzen** zum 1. Januar leicht verändert (siehe Tabelle). Der Beitragssatz zur Krankenversicherung beläuft sich – genau wie schon 2021 – in diesem Jahr auf 14,6 Prozent des Bruttoeinkommens. Bei Arbeitnehmern trägt der Arbeitgeber hiervon die Hälfte. Die Krankenkassen erheben in der Regel individuelle Zusatzbeiträge, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber ebenfalls jeweils zur Hälfte tragen. Der Beitragssatz für die Pflegeversicherung beträgt wie im Vorjahr 3,05 Prozent, für Kinderlose über 23 Jahre 3,4 Prozent (Vorjahr 3,3 Prozent), der Beitragssatz zur Rentenversicherung wie zuvor 18,6 Prozent und zur Arbeitslosenversicherung weiterhin 2,4 Prozent.

Claudio Schmitt, Bansbach GmbH

BEITRAGSBEMESSUNGSGRENZEN

Gültigkeit	Allgemeine Renten- und Arbeitslosenversicherung		Kranken- und allgemeine Pflegeversicherung
	alte Länder und Berlin-West Euro	neue Länder und Berlin-Ost Euro	alte und neue Länder Euro
2020	82.800	77.400	56.250
2021	85.200	80.400	58.050
2022	84.600	81.000	58.050

CORONA IN DER BILANZ

Auch 2021 stand für viele im Schatten der Coronapandemie. Und sie begleitet den Jahres- und Konzernabschluss. Bei der Beurteilung der Auswirkungen von coronainduzierten Sachverhalten im Rahmen der **Rechnungslegung** spielt das Stichtagsprinzip eine maßgebliche Rolle. Was dabei zu beachten ist, erfahren Sie online:

🌐 www.wirtschaft-im-suedwesten.de/praxiswissen/rechnungslegung

SO GEHT'S

Bei der Suche nach einem Nachfolger, einem zu übernehmenden Betrieb, einem Kooperationspartner, Geldgeber oder Handelsvertreter kann ein Eintrag in den Börsen helfen. Diese Kleinanzeigen sind ein Service der drei Industrie- und Handelskammern im Südwesten. Angebote und Gesuche werden einmalig kostenfrei mit Chiffrenummer veröffentlicht. Inserenten wenden sich an:

IHK Südlicher Oberrhein

Nicole Kintzinger
☎ 0761 3858-145,
✉ nicole.kintzinger@freiburg.ihk.de

IHK Hochrhein-Bodensee

Birgitt Richter
☎ 07531 2860-139,
✉ birgitt.richter@konstanz.ihk.de

IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg

Larissa Kratt
☎ 07721 922-138,
✉ kratt@vs.ihk.de

Die IHK-Ansprechpartner nehmen auch Zuschriften zu den Inseraten entgegen. Welche IHK zuständig ist, zeigen die ersten beiden Buchstaben der Chiffrenummer: **FR** steht für die IHK Südlicher Oberrhein, **KN** für die IHK Hochrhein-Bodensee und **VS** für die IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg. Die Zuschriften werden kostenfrei an die Inserenten weitergeleitet.

Redaktionsschluss für Veröffentlichungen in der Februar-Ausgabe ist der 4. Januar.

i

**Bundesweite
Existenzgründungsbörse:**
www.nexxt-change.org

Recyclingbörse:
www.ihk-recyclingboerse.de

EXISTENZGRÜNDUNGS- UND NACHFOLGEBÖRSE

Staatlich geprüfter Verkehrsfachwirt und Logistikexperte für Luft-, Land- und Seefracht sowie der Pharmalogistik (GxP) sucht ein Unternehmen zur Übernahme. Stelle mich der Herausforderung, mit Verantwortungsbewusstsein Ihr Unternehmen weiterzuführen – eine Zukunft für Ihre Mitarbeiter und eine aktive Weiterentwicklung. **FR-EX-N-06/21**

Hightech-Firma aus dem Bereich Life Science zu verkaufen. Das Unternehmen arbeitet als internationaler Distributor. Die Hauptmärkte sind in D, A und in der Türkei. Die Produkte, mit denen wir am Markt sind: 1. Xenometrix, Firma aus der Schweiz liefert Ames Test (Detektion von Genetox), Xenosreen (Detektion von Endocreenen Disruptoren), XTT (Detektion von Toxizität). 2. Across Barriers, Firma aus Deutschland, humane Haut für zum Beispiel Permeation-Untersuchungen. 3. NEST, Firma aus China, Microtiter-Platten. 4. Wisent, Firma aus Kanada, Zell Culture Medien. Sehr gerne würde ich mich mit Ihnen treffen, um über die Details zu sprechen. **FR-EX-A-35/21**

Nachfolger gesucht für fahrbaren Tante-Emma-Laden. Seit 16 Jahren im Landkreis Emmendingen gut eingeführter Tante-Emma-Laden auf Rädern sucht motivierten Nachfolger. Verkauft wird ein Marktanhänger mit circa sieben Quadratmetern. Verkaufsfläche, elf Standplätze im Raum Emmendingen mit circa 300 Stammkunden. Das Sortiment umfasst frisches Obst, Gemüse, Backwaren, verpackte Wurstwaren und Lebensmittel, Produkte des täglichen Bedarfs. Übergabe Januar 2022. **FR-EX-A-36/21**

Start-up im Bereich Webdesign / Webagentur mit Bestandskunden und Technologie zu verkaufen. Im Fokus stehen Wartungsverträge in Höhe von über 4.800 Euro monatlich, die prozessoptimierte Entwicklungstechnologie sowie das effiziente Vertriebssystem. Aktuell befindet sich das Unternehmen in einer Phase, die hohes Potenzial für Weiterentwicklung bietet. **KN-EX-A-661/21**

Für langjährig gut eingeführten Einzelhandelsmarkt im Landkreis Waldshut mit treuem Kundenstamm suchen wir eine/n Nachfolger/in. Auf 450 Quadratmetern Verkaufsfläche (gemietet) gibt es ein Vollsortiment mit Obst und Gemüse, Fleisch, Käse und Wursttheke, Lottoannahmestelle und Hermesannahme. **KN-EX-A-660/21**

Unser leidenschaftlich geführter Pflegedienst im Landkreis Konstanz mit individuell entwickeltem Konzept sucht Nachfolger/in zur Weiterführung. Unsere Einrichtung genießt einen hervorragenden Ruf. Ein eingespieltes Team versorgt täglich weit über 100 Klienten. **KN-EX-A-659/21**

Sehr gut eingeführtes und ausgelastetes Sachverständigenbüro Fachrichtung Medizinprodukte sucht zunächst personelle Unterstützung mit der Option der vollständigen Übernahme des Tätigkeitsfeldes innerhalb von ein bis zwei Jahren. Die Zusammenarbeit kann zu Beginn auch in Teilzeit erfolgen, dabei wird eine umfassende Einarbeitung geboten mit dem Ziel, baldmöglichst eine öffentliche Bestellung des Partners und damit die Möglichkeit zur selbstständigen Berufsausbildung zu erreichen. Voraussetzung ist eine weitreichende Erfahrung im Bereich der Medizintechnik (gerne auch Industrieerfahrung). Eine akademische Ausbildung (Ingenieurwesen, QM Management, gegebenenfalls auch Medizin) ist notwendig. **KN-EX-A-658/21**

Etabliertes Feinkostgeschäft zu verkaufen, auch für Existenzgründer, Quereinsteiger oder Umsteiger. Aus persönlichen Gründen verkaufen wir unser Feinkostgeschäft im Raum Villingen-Schwenningen. Schwerpunkt des Geschäftes ist der Verkauf von offenen, flüssigen Produkten. Wir sind seit 1996 erfolgreich als Franchisenehmer am Markt tätig. Das Geschäft ist seit Gründung nachweislich hoch profitabel und krisensicher, da wir Lebensmittel verkaufen. Unsere hochwertigen Produkte werden von einem treuen Kundenstamm mit vielen Stammkunden sehr geschätzt. Der angemietete Laden (mit günstiger Miete) und die neu- und hochwertige Einrichtung können übernommen werden, ebenso auf Wunsch unsere langjährigen, kompetenten und zuverlässigen Mitarbeiter. Die Übergabe ist ab Frühjahr 2022 möglich. **VS-EX-A-26/21**

Automatendreherei mit drei Mitarbeitern und einer Bürokraft (halbtags) suchen auf diesem Wege nach einer Nachfolgeregelung. Sehr guter langjähriger Kundenstamm im Bereich Maschinenbau und Apparatebau. Gebäude kann nicht übernommen werden. Wir fertigen auf 16 Drehautomaten Stückzahlen von 100 bis 50.000 Stück. Der Nachfolger sollte möglichst Erfahrung im Bereich Drehen und Zerspanen besitzen. Zur Einarbeitung stehen die jetzigen Inhaber wenn notwendig bereit. **VS-EX-A-27/21**

HANDELSVERTRETERBÖRSE

Handelsvertretung gesucht von freiem Handelsvertreter mit langjähriger Berufserfahrung als Key Account und Vertriebsmanager (circa 27 Jahre) im Bereich Automotive und Maschinenbau in verschiedensten Bereichen wie zum Beispiel Hybrid- und E-Mobility, Getriebe-, Motoren- und Fahrwerkskomponenten, Baugruppen aus Kunststoff inklusive Montage und Oberflächenveredelungen, Zerspanung, Stanzen, Spritzgießen, Sensorik, Elektronikbauteilen sowie dem Aftermarkt. **KN-HV 560/21**

WIRTSCHAFT

IM SÜDWESTEN



Anzeigenspecials sind als Sonderveröffentlichung in der „Wirtschaft im Südwesten“ – **Zeitschrift der Industrie- und Handelskammern Hochrhein-Bodensee, Schwarzwald-Baar-Heuberg und Südlicher Oberrhein** ein ideales Medium, das erfolgreichen Unternehmen mit deren Leitungs- und Führungskräften die Möglichkeit bietet, sich Kunden, Partnern, Lieferanten und Institutionen in einem attraktiven Rahmen vorzustellen. Und das bei einer Auflage von über 64.000 Exemplaren zu einem hervorragenden Preis-Leistungs-Verhältnis.

Inhaber, Vorstände, Geschäftsführer, Bereichsleiter und leitende Angestellte sind als Mittelständler die Leser und Nutzer der IHK-Zeitschrift „Wirtschaft im Südwesten“.

Stellen auch Sie Ihr Unternehmen, Ihre Produkte oder Dienstleistungen unseren Lesern mit einem selbst gestalteten Firmenportrait oder einem eigenen Themen-/PR-Beitrag vor, den Sie flächengleich zu Ihrer Anzeige erhalten, d.h. **Sie bezahlen nur 60% des Anzeigenpreises.**

Fordern sie unseren Themenplan per E-Mail an: albecker.andrea@pruefer.com



Formate und Preise*

2 x 1/1 SEITE	2 x 1/2 SEITE	2 x 1/3 SEITE	2 x 1/4 SEITE	2 x 1/6 SEITE	2 x 1/8 SEITE
ANZEIGE 185b x 250h mm + PR-FLÄCHE 185b x 250h mm	ANZEIGE 90b x 250h mm oder 185b x 124h mm + PR-FLÄCHE 90b x 250h mm oder 185b x 124h mm	ANZEIGE 185b x 83h mm + PR-FLÄCHE 185b x 83h mm	ANZEIGE 90b x 124h mm oder 185b x 61h mm + PR-FLÄCHE 90b x 124h mm oder 185b x 61h mm	ANZEIGE 90b x 83h mm + PR-FLÄCHE 90b x 83h mm	ANZEIGE 90b x 62h mm + PR-FLÄCHE 90b x 62h mm
farbig 10.260 € 6.156 €	farbig 5.130 € 3.078 €	farbig 3.420 € 2.052 €	farbig 2.565 € 1.539 €	farbig 1.710 € 1.026 €	farbig 1.283 € 770 €

*Ortspreise nur gültig für Direktaufgeber aus dem Verbreitungsgebiet. Alle Preise zzgl. ges. MwSt. Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlages.

Wir beraten Sie gerne, rufen Sie uns an:

Andrea Albecker / Disposition
Tel.: 07221/2119 – 12 · albecker.andrea@pruefer.com



Prüfer Medienmarketing
Endriß & Rosenberger GmbH

Ooser Bahnhofstr. 16 · 76532 Baden-Baden
Tel. 07221/2119-0 · Fax 07221/2119-15
medienmarketing@pruefer.com · www.pruefer.com

Schilder aus Ortenberg

Leuchtende Werbung

In unserer Rubrik „Aus dem Südwesten“ stellen wir Produkte vor, die viele kennen, von denen aber wenige wissen, dass sie in der Region hergestellt werden. Diesmal: Leuchtschilder von Westiform aus Ortenberg.

Bedruckt, geformt, gefräst

Ein Leuchtschild wie das abgebildete VW-Logo besteht aus einer farbigen Front und einer Rückseite. Der Hohlraum dazwischen schafft die gewünschte 3-D-Optik und Platz für Beleuchtung. Westiform fertigt die Werbetoschaffter heute aus Metall oder Kunststoff und häufig aus einem Aluminium-Kunststoffverbundmaterial. Das ist leicht und lässt sich gut verarbeiten. Im Werk in Ortenberg machen die rund 130 dort tätigen Mitarbeiter fast sämtliche Produktionsschritte. Zunächst schneidet eine Lasermaschine die Platten zu. Bei großen Serien funktioniert das computergesteuert, bei kleineren mit menschlicher Unterstützung. Die gefrästen Rückseiten werden dann gebogen (bei reinen Aluplatten muss das eine Kantmaschine übernehmen), erhalten Befestigungen und ihr elektronisches Innenleben samt LED. Die Fronten formt eine Maschine mit Wärme und Vakuum. Sie werden extern bedampft beziehungsweise metallisiert und lackiert und in der eigenen Produktion vollendet. Große Serien gehen in die Siebdruckerei, bei kleineren oder speziellen Aufträgen verklebt man Spezialfolie. Das VW-Logo zum Beispiel wird erst foliert und dann noch bedruckt.



Stelen, Fassaden, Aufzüge

Schilder von Westiform sieht man an Autohäusern, Tankstellen, Flughäfen, Geschäften, Banken und anderen Firmengebäuden in Deutschland und weltweit. Etwa 60 Prozent der Produkte, die in Ortenberg entstehen, landen außerhalb Deutschlands, vor allem über die vielen Kunden aus dem Automobilsektor.

Rund die Hälfte des Umsatzes kommt aus diesem Bereich. Westiform fertigt nicht nur Schilder, Schriftzüge und Logos in vielen verschiedenen Varianten und Größen, sondern auch Stelen, sogenannte Pylone, teilweise ganze Fassaden und mittlerweile beispielsweise auch E-Ladesäulen. Um die Produktion besser auszulasten, ergänzen zudem seit einigen Jahren technische Kunststoffteile das Sortiment, beispielsweise Duschwannen für Wohnmobile und -wagen oder Kühlergrills. Ein weiteres neues Geschäftsfeld heißt „CabinKit“. Hier gestaltet Westiform die Innenverkleidung von Aufzugskabinen.

Vom Emailplakat zur Lichtwerbung

Seit 1921 entstehen in Ortenberg Werbeschilder, bis Anfang der 1990er-Jahre waren es vor allem Emailschilder und -plakate. Die Firma Boos + Hahn, die Wilhelm Boos und Anton Hahn 1917 in Offenburg gegründet hatten, bezog 1921 das Firmengelände am Fuß des Schlosses Ortenberg. 1989 übernahm die Schweizer Firma Westiform das Unternehmen, das von da an als Westiform GmbH & Co. KG firmierte und den Fokus auf Lichtwerbung verlagerte. Aufgrund von rückläufiger Nachfrage aus der Automobilindustrie geriet die deutsche Westiform-Tochter 2019 in die Insolvenz. 2020 hat die Beteiligungsgesellschaft Pentapart aus dem niedersächsischen Altenmedingen das Ortenauer Unternehmen übernommen und rentabel geschrumpft. Sowohl der Name (jetzt: „Westiform Germany GmbH“), als auch die Kunden- und Lieferantenstruktur blieben erhalten. Seit Kurzem gehört die Gaggenauer Firma Dambach, die auf Beleuchtungsschilder für Supermärkte spezialisiert ist, zu Westiform. Die Zahl der Beschäftigten liegt damit nun insgesamt bei rund 150, davon etwa 20 in Gaggenau. Für 2021 plant Geschäftsführer Christian Dreser circa 42 Millionen Euro Umsatz. **kat**